oktober

konkret

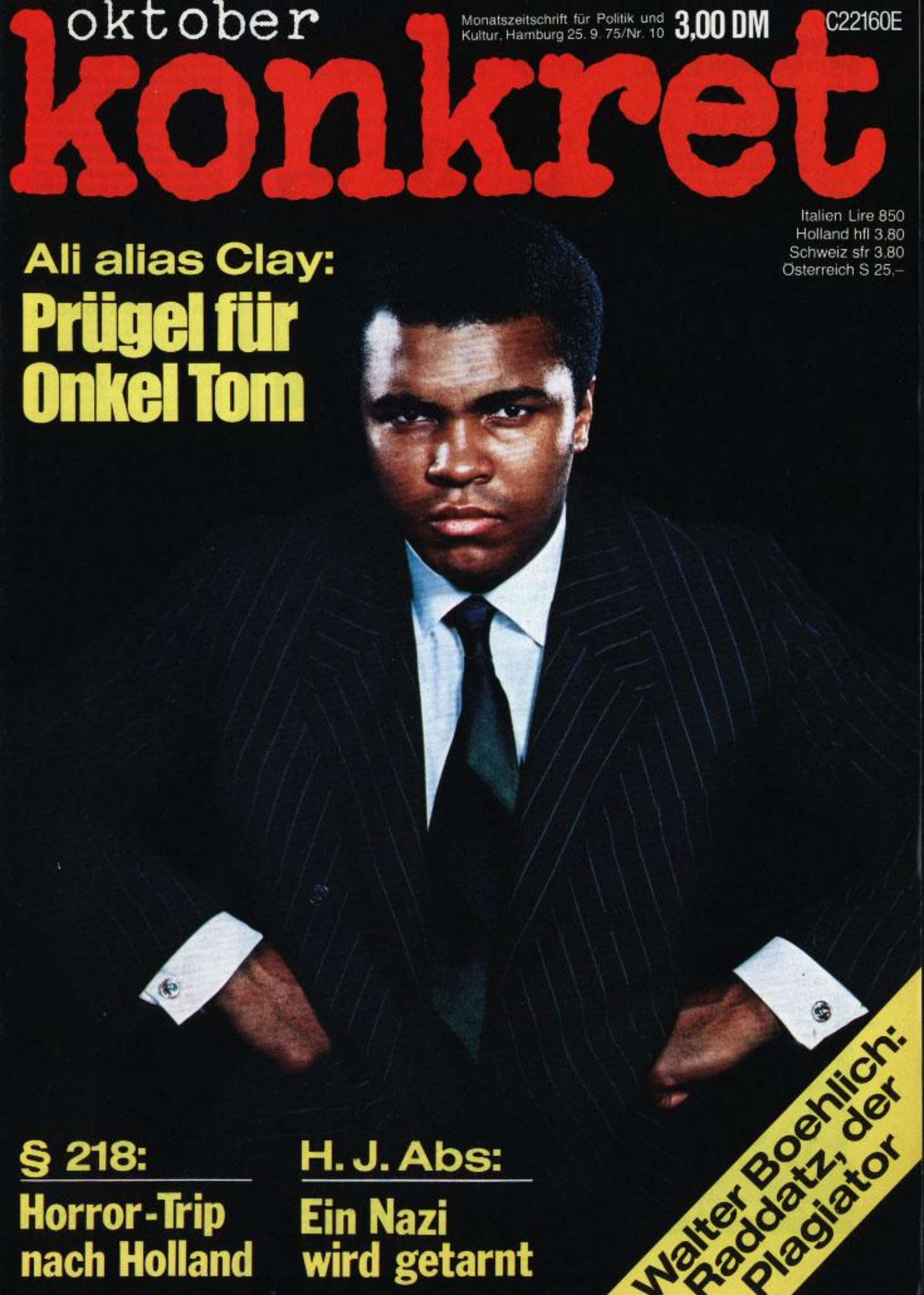
Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 25. 9. 75/Nr. 10

3,00 DM

C22160E

Italien Lire 850
Holland hfl 3,80
Schweiz sfr 3,80
Österreich S 25,–

Ali alias Clay:
Prügel für Onkel Tom

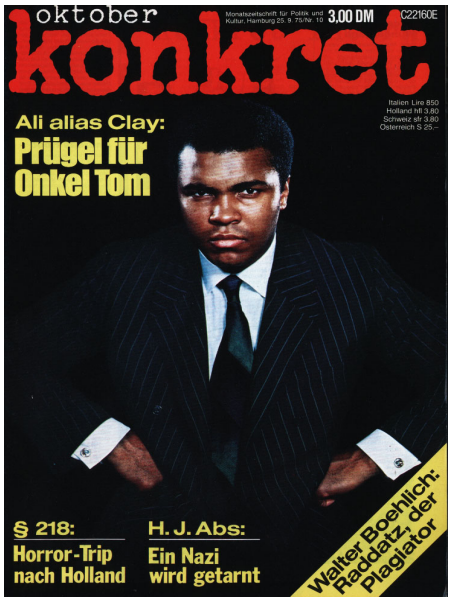


§ 218:
Horror-Trip nach Holland

H. J. Abs:
Ein Nazi wird getarnt

Walter Boehlich: Raddatz, der Plagiator

in konkret Oktober 1975



Post

konkret intern

konkret extrakt

Das Ding heißt Klassenkampf von Hermann L. Gremliza

Geklotzt wie gekleckert von Elmar Altvater, Christel Neusüß
Prof. Elmar Altvater und Christel Neusüß (FU Berlin) analysieren die Misere einer Konjunkturpolitik zwischen Inflation und Stagnation:

Radikalauer von Winfried Thomsen

Monumentum Germaniae Juridicum von Helmut Ridder
Der „Radikalen-Beschluß" des Bundesverfassungsgerichts* / oder: Der Austritt der Bundesrepublik aus der Familie der west-europäischen parlamentarischen Demokratien / Eine freiwillige Satire auf eine unfreiwillige

Hermann Josef Abs - ein Widerstandskämpfer? von PDI
Wenn das so weitergeht, werden unsere beamteten Geschichtsfälscher bald Goebbels zum Helden des 20. Juli machen. Wie weit wir schon sind, zeigt diese Dokumentation des Presseausschusses Demokratische Initiative (PDI)

Radikalenerlaß vor vierzig Jahren von Claudia Wolff
Berufsverbot, Schnüffler, Denunzianten, Existenzangst im öffentlichen Dienst - das gab's schon einmal. Dokumentation von Claudia Wolff

Für Wahrheit über Portugal
Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller, darunter viele KONKRET-Autoren, richten diesen Appell an die europäische Öffentlichkeit:

Abtreibung ist keine Lappalie von Karin Reschke
Es ist kein Traum. Ich bin schwanger. aber ich werde keinen schwangeren Berg vor mir hertragen. Kein Alptraum wird aus mir herauswachsen. Ich treibe ab!

Der NDR zieht ins neue Haus von Henning Venske

Chile nach dem Putsch - 8. Folge
KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung im und um den Faschisten-Staat. Autoren der Serie sind die Mitglieder der Union antifaschistischer chilenischer Journalisten in der Bundesrepublik

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Wenn der schwarze Affe den weiden Jäger jagt von Yaak Karsunke

Der Fight des Jahrhunderts von Volker Braun

„Da machen wir nicht mit, Herr Staatssekretär..:“ von Christel Buschmann
Christel Buschmann berichtet über die Schwierigkeiten beim Drehen des neuen Böll-Films

Eitle Überlegungen zur literarischen Situation von Reinhard Lettau

... nur Globke fehlte von Winfried Thomsen

Die Kultur der Hitler- und Adenauer-Ära hat nie kapituliert. Jetzt hilft auch das Fernsehen mit, daß die Vergangenheit Gegenwart bleibt

Plagiarius Raddatz von Walter Boehlich
Vom Rechthaben und vom Rechtbekommen

Wyhl - die Stunde der Exekutive? von Freimut Duve
KONKRET-Essay

Mit Rotwein-Flasche und Rimbaud in der Tasche von Ralf Thenior
Bob Dylans Aufnahmen von 1966 kommen erst jetzt auf den Markt - ein Lyriker darf entdeckt werden

Konkret 10/75, S. 2

Post

Alices Wunderhand

Liebe Alice Schwarzer! In vielen Dingen haben Sie recht: Daß die menschlichen Beziehungen oft kranke Beziehungen sind, daß Männlichkeit und Weiblichkeit Fesseln darstellen, und daß der Kampf der Frauen für die Befreiung der Frauen langfristig beiden Geschlechtern nützt, sind wichtige Erkenntnisse. „Nur wer Existierendes eingesteht, wird es auch ändern können." Doch Sie irren, wenn Sie den kleinen Unterschied für die Disparitäten in den Geschlechtsbeziehungen verantwortlich machen. Männlichkeit macht sich nicht daran fest, daß der Mann auf den Koitus insistiert und diesen die Frau erleidet. Die ursächlichen Gründe der Unterdrückung sind immer an der ökonomischen Struktur einer Gesellschaft festzumachen. Sie schreiben: „Nichts, weder Rasse, noch Klasse bestimmt so sehr ein Menschenleben, wie das Geschlecht." Sie vergessen aber, daß es die Klassenverhältnisse sind, die die Geschlechterrollen bestimmen. In der Geschichte der Menschheitsentwicklung haben die Menschen immer auf ihre materielle Umwelt reagiert, haben die Arbeit geteilt, weil es eine Notwendigkeit war. Ein Produkt dieser Entwicklung war die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. In der Frühphase des Kapitalismus, in der die puritanische Ideologie als ein Reflex auf die Kapitalakkumulation entstand und Kampfmittel gegen einen verschwendungssüchtigen Adel war, in der die Kleinfamilie Produktionsstätte wurde, in der Proletarier en masse erzeugt wurden, die Geschlechtsorgane nach der Logik des entstehenden Kapitals funktionierten, in dieser Phase sind schon Ursachen zu erkennen, die für die herrschende Lustlosigkeit verantwortlich sind.

Gunnar Schmidt

Bremen

Wir Neger

Ihr „Lehrstück vom Hunger" finde ich niederschmetternd, und ich muß mich angesichts der Tatsache, daß der Profit einiger skrupelloser Unternehmer mehr zählt als das Leben vieler Menschen, schämen und fürchten! Schämen weil ich als vollgefressener Westler diese Verbrechen, wahrnehme, von ihnen profitiere und nichts zu ihrer Verhinderung anstelle. Fürchten weil ich mir auszumalen wage, wie es um uns stehen wird, wenn die Entwicklungsländer irgendwann erwachsen sind und sich an der westlichen Arroganz zu rächen gedenken . . . Ob sie uns dann auch verhungern lassen?

Zscheckna Iri

Vöhrenbach

Geschändet

Solidarität unter Schriftstellerkollegen scheint es nicht mehr zu geben. Auch in KONKRET nicht. Gert Fuchs, der DKP-Poet, schlägt, Schaum vor dem Mund, blindwütig um sich. Seine Literaturkritik ist noch nicht einmal marxistisch zu nennen, sondern nur noch vulgär. Nicht anders bei Hermann Peter Piwitt, der ja noch weiter links steht. Da mäkelt er verdrossen am Petrarca-Preis herum („Burda-Moden") und beklagt sich, daß der inhaftierte Peter Paul Zahl nicht bedacht worden sei. In seiner grenzenlosen Arroganz hält es Piwitt noch nicht einmal für nötig, den tatsächlichen Preisträger einmal zu nennen: nämlich Rolf-Dieter Brinkmann! Posthum wurde der Lyriker-Preis an ihn verliehen. Denn Rolf-Dieter Brinkmann kam im April in London bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Einer der begabtesten und unbequemsten Lyriker zugleich wurde nachträglich geehrt, er, der es dem herrschenden Literaturbetrieb nie leicht gemacht hat in seiner kompromißlosen Besessenheit. Hermann Peter Piwitt betreibt an ihm nachträglich Leichenschändung.

Ronald Glomb

Bremen

Größeres Übel?

Der „Radikalen-Erlaß" wurde bekanntlich unter einer „sozial-liberalen" Regierung, der Regierung des zu Unrecht gefeierten Nobelpreisträgers Brandt, erlassen. Endgültig mit dieser Maßnahme hat die SPD (und ihr Vorsitzender) gezeigt, wo sie steht. Mit den Berufsverboten ist diese Partei objektiv als Schrittmacher und Einführer faschistischer Methoden der

Gesinnungsschnüffelei und der Disziplinierung Andersdenkender aufgetreten. Wer da noch glaubt, daß von der SPD innenpolitisch in der Zukunft irgend etwas Progressives erwartet werden dürfte, wer glaubt, mit der SPD nächstes Jahr „das kleinere Übel" zu wählen, dem ist nicht mehr zu helfen. Und: es geht um Entlarvung der objektiven Rolle der SPD und nicht um ständiges unangebrachtes Anbiedern an diese Partei.

Axel Götz

Fulda

Viva KONKRET

Warum schreibt Ihr bloß alle so, als wolltet Ihr große Sprachkünstler sein? Beweist lieber, daß Ihr von der Sache, über die Ihr schreibt, Mitteilenswertes wißt. Das Beste sind immer noch die Berichte, also Fakten (und auch Schlüsse, die daraus gezogen werden), von Dingen, die uns alle angehen: „Portugal z. B.", „Chemische Keule", „Vermieter-Terror", „Die Freiheit des freien Schriftstellers" und die Buchkolumne. Aber laßt doch endlich mal diese verhinderten Dichter von Enzensberger über Wolff und Thomsen (Doppelter-Blödmacher-Artikel) zu Dutschke aus dem Spiel. Um es klarzustellen, ich habe nichts gegen literarische Texte schlechthin, wohl aber gegen die Quantität und den journalistischen Deckmantel, den ihre Zeitschrift ihnen einräumt. Schließlich, was soll das Titelfoto? Die Alte mit den modischen Bügelfalten-Jeans und dem oberrevolutionären Arbeiter- und Soldatenhemd für 80 Mäuse aus der Boutique und ihrer dezenten Gesichtsmaske ist hergerichtet wie für „Viva Maria" oder wie sich der Playboy-Leser eine rote Gespielin vorstellt. Überlegt mal gut, ob Ihr derart verlogene Bilder in Zukunft noch bringen wollt.

Michael Schreiber

Andreas Hood

Respekt, Herr Janassek aus Halsen rettet die Situation. Ein Wunder ist, daß sich die „wahren Anarchisten" noch nicht bei all dem Anarchismus = Baader-Meinhof-Doktrin-Geschwätz beschwert haben. Es ist schade, daß erst ein Leser ihrer immerhin linksdemokratischen Zeitschrift den Irrtum beheben muß. Bakunin würde sich im Grabe umdrehen, wenn er von seiner angeblichen Brut wüßte. So ein Vergleich kann nur aus der bürgerlichen Propaganda-Maschinerie entsprungen sein. Die Opportunisten in Bonn können dann auch gleich im Zuge der Anti-Terror-Kampagne aufgrund solcher Vergleiche die Anarchisten = freiheitliche Sozialisten von der ernst zu nehmenden politischen Szene wischen. Doch da wappnen sie sich gegen die anarchistische Gefahr, schreien nach Solidarität der Demokraten, und wer kommt: ein kleiner schwach roter Robin-Hood-Verschnitt mit seiner Berliner Grunewald-Bande und deren Micky-Maus-Ideologie. Dieses angehäufte Bündel von Minderwertigkeitskomplexen sind Anarchisten?

P. Widmaier

Stockum

Eßt Sardinen

Hier - so meine ich - bietet sich die Möglichkeit für viele Leser (bzw. deren Bekannten) einen äußerst billigen Urlaub bzw. Extraurlaub über die leer gewordenen Plätze bei den Reisegesellschaften. Das Ergebnis wäre: Die in Bedrängnis geratene Devisenwirtschaft würde nicht so negativ ausfallen wie es gerade im Augenblick aussieht.

Heinrich Meyer

Wilhelmshaven

Ach, Ernst

In dem Piwitt-Artikel „Die blödsinnige Realität` wird ein sehr wichtiges Thema angeschnitten. Wenn die Erfassung und Veränderung der gesellschaftlichen Realität unter Verkümmerung der Persönlichkeit betrieben wird, ist dies kein Schritt nach vorn. Die emotionale Seite, der persönliche Kontakt gehören zu einem Menschen genauso wie seine materielle Realität, und nur durch eine Verknüpfung dieser beiden kann ein für den einzelnen und die Gesellschaft erträglicher Zustand herbeigeführt werden, denn die Zuwendung von und zu anderen ist meines Erachtens ein grundsätzliches Bedürfnis. Geistige und emotionelle Gleichschaltung und Sterilität in einem System materieller Gleichheit ist nicht besser und liebenswürdiger als ein System materieller Unterdrückung. Dies an diejenigen, die sich oft mit übertrieben großem

Ernst für die Sache engagieren und darüber persönliche Kontakte vernachlässigen. Und: Niemand braucht sich zu schämen, wenn er seine Zeit auch dazu verwendet, einen Roman zu lesen, Musik zu hören oder einem anderen Menschen Zuneigung zu schenken, statt dazu, sich den Kopf über staatsmonopolistischen Kapitalismus zu zerbrechen. Wohlgemerkt: Auch, nicht nur. Dies an all die anderen.

Rolf Ulrich Schaefer

Traben-Trarbach

Rocker vom Hocker

Wer Udo Lindenberg mit Villon zusammen in einen Artikel wirft, wer ihn bedeutend nennt, gerade, weil er über Kleinkram redet - und sonst nichts, dem sollte man seine Obereinstimmung mit dem westdeutschen Kleinkrämer nicht verbergen. Wir beide, Biermann und ich, glauben ja wohl nicht, daß das Kunst ist, was uns ein Nobelrocker an privaten Erlebnissen in barbarischem Deutsch mehr vorschwatzt als singt. (Früher brauchte der Bonze den Rocker, um seine Gegner zusammenzuschlagen, heute benutzt er seinen Stil, um die Opposition, auch im Verstand des Rockers selbst, durch romantische Brutalitätensprüche zu ersticken.) Ich bin darüber hinaus bescheiden genug - denn ich weiß Bescheid -, Lindenbergs Stücke zu sehen, so wie sie sind: gut deutsch, nämlich leicht und leer, kurz Unterhaltungsdreck. Sprache hat eben nur dann Kunst, wenn sie einen Inhalt, also nicht Fläche, kleidet, auf ihn paßt. Es gibt die Sprache Lindenbergs, aber nicht unter Rockern, sondern bei Angebern aus etwas besser gestellter Schicht. Jeder Rocker, der etwas auf sich hält, würde den Kerl, der derart aufgeblasen ins Lokal käme, rausschmeißen. Denn auch ein Rocker (gerade er) haßt nichts mehr als große, sprich blöde Sprüche.

Klaus Wachowski

Alzey

Konkret 10/75, S. 3

konkret intern

In diesem Heft finden Sie eine Umfrage. Wir möchten herausbekommen, wer KONKRET kauft und liest. Die Ergebnisse sollen uns erstens helfen, den Bedürfnissen der KONKRET-Leser besser zu entsprechen. Zweitens sollen sie uns Daten liefern, mit denen unser Anzeigen-Aquisiteur arbeiten kann. KONKRET braucht einen höheren Anzeigenerlös. Das könnte mit Druck-, Personal- und Honorarkosten belegt werden. Aber da man bekanntlich auch mit Zahlen lügen kann, sagen wir einfach: Bitte glauben.

*

"Sergio Segre, der sich gern 'Schattenaußenminister' der KP Italiens nennen läßt, klärte kürzlich ... auf drei Seiten des Magazins KONKRET gewisse Mißverständnisse auf", schreibt der "Rheinische Merkur" und veranstaltet dann drei Spalten lang einen kaum kaschierten Nachdruck des KONKRET-Interviews, das Peter 0. Chotjewitz in Bonn mit Segre geführt hatte. Aber bitte, wenn's der politischen Fortbildung der Fuldaer Bischofskonferenz dient ...

*

"Im jüngsten KONKRET-Heft, das von den Widersachern des 'grauenhaften Typs' (Röhl über Röhl) ediert und brillant redigiert .wird, ist das neue Schundprodukt 'Die Genossin' treffend charakterisiert: 'Röhl verkauft seine ehemalige Frau so gründlich, daß ihm jetzt nur noch überigbleibt, ein paar Nacktbilder von Ulrike auf Sylt, wenn er sie noch hat, an irgendein Pornoblatt zu verscherbeln'." (Aus den "Nürnberger Nachrichten").

*

Theo Sommer, Chefredakteur der ohne unser Zutun periodisch erscheinenden Druckschrift "Die Zeit", hat sich in einem Brief an den, Herausgeber von KONKRET über die "ständigen Anspielungen auf mich in Ihrer Postille" beschwert. Dem Manne soll geholfen werden: Ein Theo-Sommer-Sonderheft ist in Arbeit.

Konkret 10/75, S. 6

konkret extrakt

Alles in Butter

16 Milliarden Liter Milch, ein Fünftel der Gesamtproduktion, werden in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft jedes Jahr in Futtertröge geschüttet. Die Landwirtschaft erhält dafür aus Steuergeldern 2,4 Milliarden Mark. 250 000 Tonnen Butter im Wert von 1,8 Milliarden Mark sind derzeit unverkäuflich eingelagert. Am 26. September wurde der Kilopreis der Butter um 25 Pfennig erhöht.

Göring (CSU)

„Wohnsitz Hermann Görings, des ehemaligen Reichsministers und preußischen Ministerpräsidenten" - Text einer Erinnerungstafel an der Burg Waldenstein bei Nürnberg. Ihr heutiger Besitzer, der Brauerei-Boß und CSU-Kreisrat Laus, bemüht sich um Touristen. Sein Slogan: „Lieblingsaufenthalt des Reichsmarschalls".

Waltel Bechel

Auf die Bemerkung eines Journalisten, daß hinter der „Landsmannschaft" niemand mehr stehe außer ein paar Berufsflüchtlingen, antwortete der Sprecher der Sudetendeutschen, Becher (früher NSDAP-Gauredner, heute CSU-MdB): „Vielleicht werden bald 800 Millionen Chinesen hinter uns stehen."

Arbeitsdienst

Der Münchner CSU-Landtagsabgeordnete Karl Schön hat in einem Brief an seinen Ministerpräsidenten Goppel empfohlen, Arbeitslose zu „Notstandsarbeiten" zu verpflichten. Gegen Zahlung einer „kleinen Anerkennung" sollen sie öffentliche Bauten errichten und renovieren. Als erstes geeignetes Objekt nennt Schön das bayerische Armee-Museum.

Inflation

60 000 Medikamente gibt es in der Bundesrepublik. Zählt man die Präparate, die in Drogerien verkauft werden, hinzu, sind es 80 000. Trotzdem ist bei uns jeder fünfte (71,9 Millionen Bundesbürger) krank. Die Pillen reichen offenbar nicht. Und daher wohl auch der Gesetzentwurf des Bundesrats zur „Medikamentenerprobung an Häftlingen und Geisteskranken". (Der SPD-Abgeordnete Dudene: „Rückfall in die dunkelsten Zeiten des Nationalsozialismus.") Übrigens, die Schweizer kommen mit 6000 Medikamenten, die Schweden mit nur 3000 sehr gut aus. Aber da verpesten die Pharmakonzerne mit ihrem 10-Milliarden-Umsatz auch die Luft nicht

Lieb & teuer

Die FAZ kündigt an: „Ärzte wollen etwas gegen ihre ‚schlechte Presse` tun." Was hat man schließlich davon, wenn sich das Durchschnittseinkommen in den letzten zehn Jahren verdreifacht (bei Zahnärzten verfünffacht) und keiner hat einen richtig lieb! Der Erfolg des neuen „Schwerpunktprogramms für die Informationsarbeit" der Bundesärztekammer ist allerdings recht unsicher. Schließlich müssen auch Journalisten mal zum Doktor.

Deutsch I

Wenn jemand von „antifaschistisch-demokratischer Politik", „dringender Forderung der Volksmassen", „historischer Etappe", vom „Kampf dem Atomtod", ja, von „innerdeutscher Entspannung" oder gar von „Ausbeutergesellschaft" spricht, deutet das „mit Wahrscheinlichkeit auf kommunistische Tendenzen" hin. Lehrt Joachim Schwager), Mitglied der SPD und leitender Beamter im hessischen Landesamt für Verfassungsschutz in einem Ausbildungsbuch für politische Polizei und Verfassungsschutz. Titel: „Der Schutz der Verfassung."

Deutsch II

Politische Sprachschulung auch anderswo: „Der Verwaltungsrat hat sich einstimmig einer von Herrn Kühn angeregten Empfehlung angeschlossen, Begriffe wie ‚Berufsverbot` künftig in Programmen des WDR zu vermeiden." So Rotfunk-Intendant Klaus von Bismarck in einer Dienstanweisung an sämtliche Redaktionsabteilungen.

Demokraten

„In keiner Weise" ist die NPD von Berufsverboten betroffen, erklärte ihr Bezirksbeauftragter für das Emsland auf einer Kundgebung in Nordhorn. Nirgendwo drohe den Neofaschisten „eine Gefahr, nicht in den Staatsdienst aufgenommen oder als Beamte aus Amt und Würden hinauskatapultiert zu werden". Und die „Jungen Nationaldemokraten" brüsten sich: „In den anhängigen Gerichtsverfahren wurde immer zugunsten unserer Mitglieder entschieden." Stimmt. Am 4. September hat der Disziplinarhof beim Mannheimer Verwaltungsgericht die Suspendierung ihres Bundesvorsitzenden Günter Decker vom Lehrer-Dienst aufgehoben. Und im niedersächsischen Northeim ehrte Bürgermeister Teuteberg den NPD-Kreisvorsitzenden Schulenburg als „Vertreter demokratischer Gesinnung" mit Silbertaler und Zinnteller.

Trau, Frau wem

117 Länder, nicht aber die BRD, hatten bis Ende August ihre Teilnahme an der Weltkonferenz der Frauen zugesagt, die von der UNO organisiert, im Oktober in Berlin/DDR stattfinden wird. Die Initiative Internationales Jahr der Frau (Mitglieder unter anderem: Lil Dagover, Ingeborg Drewitz, Susanne von Paczensky, Erika Runge und die Betriebsrätin Doris Gollwitzer) hat dagegen protestiert. Die Experten Döpfner und Schleyer vom bundesoffiziellen Kuratorium für das Jahr der Frau aber werden schon wissen, warum sie sich da raushalten.

Touristen

Wenn ein ehemaliger CIA-Agent heutzutage nach Portugal reist, kann er viele alte Bekannte treffen. Philip Agee, der nach seinem Bruch mit der US-amerikanischen Umsturzagentur schweres Belastungsmaterial publizierte, erkannte kürzlich in Lissabon auf Anhieb neun Ex-Kollegen: James N. Lawler, Richard M. Baltimore 111., Philip W. Snell, Anthony Arredondo, Leslie F. Hughes, Frank Lowell, Gerald Zapoli, Donna J. Caldwell und deren Chef, John S. Morgan, der in 25 Jahren CIA-Arbeit vor allem in Südamerika (unter anderem bei der Ausbildung der brasilianischen „Todesschwadron") Erfahrungen in Sachen Freiheits-Verteidigung sammelte. Die Arbeit dieser frisch eingeflogenen Truppe geht offenbar auf einen Besuch des CIA- Vize, General Walter, zurück, der im Oktober vorigen Jahres als „Tourist" nach Lissabon kam. Warum solche Nachrichten in der Bundesrepublik keine Nachrichten werden, beschrieb Arno Münster jetzt in der portugiesischen Zeitung „O Seculo". Seine Berichte als Portugalkorrespondent für den WDR seien „total zensiert" worden, inzwischen lehne der Sender eine weitere Zusammenarbeit ab.

Heja Safari

Franz Josef Strauß, dessen neues Buch soeben vom chinesischen Verlag Hsinhua Chu Pan She als erstes, das nicht von Mao Tse Tung stammt, herausgebracht wird (Vorwort von Professor Pascual Jordan, Atom-Physiker und Propagandist für Hitler und auch heute noch zu Gefälligkeiten für Rechtsradikale und Faschisten jeden Grades bereit), Strauß also hat Ende August mal wieder in Südafrika Urlaub gemacht. Und weil er Vorsitzender einer sozialen Union und Vorsitzender des Aufsichtsrates einer großen Flugzeugfirma, der „Deutschen Airbus GmbH", ist, denkt er auch in den Ferien an die Arbeitsplatzsicherung zu Haus, bei Messerschmidt-Boelkow-Blohm und VFW Fokker: Vier Flugzeugtransporter hat er den südafrikanischen Rassisten verkauft. Damit Killer und Kanonen des Forster-Regimes schneller nach Namibia kommen.

Und Hupka?

Mehr als die Hälfte (51 Prozent) aller bundesdeutschen „Nichtseßhaften" (auch „Penner" genannt) stammt aus der DDR oder den ehemaligen deutschen Ostgebieten.

Die „Welt" und ihr „Wesergate"

Es ist schon spaßig, wie dir CDU versucht, der Bremer SPD, die den Bock zum Polizeichef gemacht hat, kurz vor der Bürgerschaftswahl ein „Wesergate" anzuhängen. Da ist dann der Skandal natürlich nicht, daß die sozialdemokratische Führungsspitze den obersten Polizisten der Hansestadt („Draufhauen, nachsetzen!") und Ex-Nazi von Bock und Pollach erst fallenläßt, nachdem er seine Genossen vor einem Bildzeitungs-Schreiber und CDU-Angestellten denunziert, sondern daß sich ein Pastor, der BM-Kontakte verdächtigt, vor sieben Jahren die Telefonnummer des SPD-Senatsdirektors Klischies notiert hatte. Und diese Ungeheuerlichkeit kam heraus, weil sich der Bock widerrechtlich ein Telefonprotokoll beschafft hat. Roland Kimmich, der aus des Pastors Notizbuch Ende August fast täglich für die „Welt" das „Wesergate" basteln wollte, dürfte wissen, was Telefonate alles ans Licht bringen können. Wenn wirklich was im dunkeln lag. Mit Wallraff-Methode, fernmündlich, fand der Hamburger Uni-AStA 1972 heraus, daß damals, unter Kimmichs Vorsitz, der RCDS, die CDU-nahe Studentenorganisation, von Neofaschisten durchsetzt war. Kimmichs Geschäftsführer zum Beispiel war NPD-Wahlhelfer und Mitglied des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes", der (laut Innenministerium) zweitgrößten rechtsextremistischen Vereinigung. Wie aus einem internen RCDS-Rundbrief vom Mai 73 hervorgeht, hatte Kimmich seine Politik „mit satzungswidrigen Praktiken und faschistischen Schlägertrupps" durchgesetzt. Und weiter: „Roland Kimmich, der noch dazu auf eine Busfahrt zur Bonn-Demonstration (für Rudolf Hess) bekannte Rechtsradikale mitnahm, die sich im Bus vor RCDS- und Junge-Union-Mitgliedern zum NHB (der NPD-Studentenorganisation) bekannten, die die Reichskriegsflagge zeigten und völkische Lieder sangen, wurde wegen verbandsschädigendem Verhalten aus dem RCDS ausgeschlossen." In der CDU dagegen brachte es Kimmich bis zum Kandidaten für den Hamburger Landesvorsitz. Für Springer gerade der rechte Mann, um „Skandale" aufzuhellen.

Konkret 10/75, S. 8

Hermann L. Gremliza

Das Ding heißt Klassenkampf

„Wir sind gegen Verbalinjurien wie Offenbarungseid und Sozialismus"

Hans Apel

Schade. Denn beides tut not.

Oder ist kein Offenbarungseid fällig, wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler am 17. Januar sagt, „die Bundesregierung geht mit Gewißheit davon aus, daß es ab Sommer dieses Jahres mit der wirtschaftlichen Entwicklung wieder bergauf gehen wird", wenn sein sozialdemokratischer Finanzminister am 14. April erklärt, „wir kommen aus der Talsohle raus, wir werden die Konjunktur anführen, die Gesundung der Konjunktur", wenn der sozialdemokratische Bundesbankpräsident noch am 6. Juni warnt, „es muß jetzt sehr sorgfältig darauf geachtet werden, daß nicht zu viele Belebungsmaßnahmen eingeleitet werden, damit der zu erwartende Aufschwung nicht mit zu großer Wucht kommt" -und wenn von all diesen Prophezeiungen das Gegenteil eintrifft?

Zugegeben, nobody is perfect. Aber so unvollkommen so vollkommen falsch wie die Prognosen der Bonner Wirtschaftslenker sind nicht einmal die Horoskope in den Illustrierten. Es ist offenbar, und müßte jetzt auch von den reingefallenen Prognostikern offenbart werden, daß es gar nicht anders sein kann: Daß die wirtschaftlichen Globalsteuerer auf einem Schiff ohne Ruder sitzen, daß Krisen zum Kapitalismus gehören wie Wellen zum Meer, daß die anarchischen Bewegungen des Kapitals so kontrollierbar sind wie die Drehungen des Windes.

Es müßte - ob mit Eid oder ohne - offenbart werden, daß Arbeitslosigkeit und Inflation Ausdrucksformen des Klassenkampfs sind: Am Ende des Wachstums, wenn es kein „Mehr" mehr zu verteilen gibt, können die Unternehmer ihren Anteil am Sozialprodukt nur dadurch steigern, daß sie andern etwas wegnehmen, zum Beispiel soziale Leistungen oder Arbeitsplätze. Und es müßte offenbart werden, daß Entlassungen und Kurzarbeit keineswegs identisch sind mit einer Minderung des Unternehmer-Profits - die Maxi-Gewinne des Krisenjahres 1974 beweisen es. (Die Pleiten der Kleinunternehmer buchte das große Kapital unter „Strukturverbesserung" ebenfalls auf der Habenseite ab.)

Niemand erwartet, daß infolge solcher Offenbarungen die Gesetze der kapitalistischen Produktion sogleich novelliert oder gar aufgehoben werden könnten. Dazu bedürfte es einer sozialistischen Massenorganisation mit hohem Bewußtseinsstand und entsprechender Strategie. Als Parteien oder Gewerkschaften firmierende Arbeiterwohlfahrtsvereine können das nicht. Eine Sozialdemokratie, deren führender Finanzpolitiker Sozialismus für eine Verbalinjurie hält, kann es schon gar nicht.

Ich heiße nicht Mommsen und bin auch nicht Vorstandsvorsitzender von Krupp, darum für Ratschläge an einen SPD-Kanzler kaum befähigt - aber: Glaubt Helmut Schmidt, glauben Apel und die anderen eigentlich selbst, daß die heutigen und künftigen Opfer der kapitalistischen Krisenwirtschaft (und das sind vorwiegend SPD-Wähler) um so hartnäckiger für die Sozialdemokraten votieren, je mehr man ihren Glauben an die Verantwortung der Regierung für Inflation und Arbeitslosigkeit schürt? Je mehr Genossen man aus der Partei ausschließt weil sie - wie jetzt in Westfalen - die Legende vom krisenlosen Kapitalismus zerstören wollen? Je mehr Genossen, die - weil nicht an der Regierung beteiligt - nicht einmal dem Schein nach an Arbeitslosigkeit und Inflation schuld sind, man mit ihren Plänen zur Investitionslenkung „ins Studierzimmer" verweist (wie Helmut Schmidt das auf dem bayerischen SPD-Parteitag getan hat).

(Nebenbei: Wie ist das eigentlich mit der internationalen Solidarität, auf die sich die SPD im Fall Portugal soviel zugute hält, wenn man sich, seinen Genossen und seinen Wählern immer schluchzend die „Exportabhängigkeit unserer Wirtschaft" vorhält, ohne auch nur einmal zu erklären, daß unsere (wessen eigentlich? Schmidts? Apels?) Überschüsse im Handel mit anderen so zustande kommen, daß die anderen Defizite machen, daß es „uns" also auf Kosten anderer gutgeht - und die anderen sind nicht die Unternehmer der anderen Länder. Auch da wäre es Zeit für eine Offenbarung, weil Klamottensammlung für Biafra auf Dauer kein politisches Programm ist.).

Und wollte Helmut Schmidt auch gar nichts anderes als bloß Kanzler bleiben und nächstes Jahr wiedergewählt werden - wäre es da nicht besser, öffentlich die Anarchie des Kapitals zu denunzieren, als sich mit Prognosen über dessen nächste Aktionen auch noch zum Gespött der Anarchisten zu machen? Wäre es nicht besser, den Arbeitslosen zu sagen, was sie arbeitslos macht und wer an ihrer Lage verdient, als sich mit Sprüchen wie „eine Million Arbeitslose wären für eine sozialdemokratische Regierung untragbar" in eine untragbare Verantwortlichkeit hineinzuschwätzen? Wäre es nicht das beste, die Genossen in der Partei geradezu aufzufordern, über Alternativen zu dieser Chaoten-Wirtschaft nachzudenken?

Tut man nämlich nichts von alledem, hält lieber den Glauben an das Segensreiche der freien Marktwirtschaft und die Kurierbarken ihrer Krisen hoch, bietet man sich der Reaktion selbst als Opfer an: Können Krisen gesteuert werden, haben

die Steuermänner versagt. Ist die freie Marktwirtschaft an sich o. k., sind ihre derzeitigen Leiden durch Überanspruchung verursacht. „Welt"-Chefredakteur Herbert Kremp hat den etwas artikulationsschwachen CDU-Führern das Vokabular schon zurechtgemacht: Man muß „der Amtsführung des sozialdemokratischen Kanzlers den verdienten Pleitegeier anheften", „die Sozialexzesse seit 1969 haben das Staatsschiff in die Höllenklamm getrieben", „es ist die überhöhte Lohnquote, die unsere internationale Stellung als Groß-Exporteur bedroht".

Klammert man mal den menschenverachtenden Zynismus eines Großverdieners aus, der im Suff 30 000-Mark-Autos kaputtfahren kann, aber die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Rentenanpassung für „Sozialexzesse" hält- was will ein sozialdemokratischer Kanzler, der seinen Genossen erklärt, die Unternehmer müßten wieder mehr verdienen, was will der denn auf den Vorwurf antworten, das Netz sozialer Sicherungen (das wie alle Netze größtenteils aus Löchern besteht) habe die Unternehmergewinne gedrückt, dadurch Investitionen verhindert und schließlich Arbeitslose produziert?

Das Antworten werden wohl jene übernehmen müssen, die nach dem Willen des Kanzlers in ihre Studierzimmer verschwinden sollten. Sie werden sagen müssen, daß die genannten Sozialleistungen von der SPD für die Lohnabhängigen erkämpft wurden und daß die CDU/CSU diesen Anteil am Volksvermögen für ihre Unternehmer zurückgewinnen will. Sie werden die hinter dem Wortgeklingel vom Gasgeben und von der Talsohle, vom Investitionsklima und vom Phasengleichklang, vom aufgeblähten Haushalt und von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft steckenden Interessen bloßlegen und bei jedem reaktionären Phrasengleichklang fragen müssen: Wem nützt's?

Der KPI-Führer Sergio Segre hat in seinem KONKRET-Interview gesagt, Gesprächspartner für seine Partei sei die SPD. Warum? „Es ist der Wille der westdeutschen Arbeiterklasse." Andersrum: Ob Helmut Schmidt und andere das wollen oder nicht- die SPD ist die Partei der westdeutschen Arbeitnehmer und wird nur so lange genügend Wähler finden, als sie deren Interessen besser wahrt als die CDU/CSU. Und ob die SPD das weiß oder nicht ob sie es , politischen Wettbewerb zwischen zwei großen demokratischen Parteien" oder „Ringen um den besseren Weg" oder sonstwie nennt, die Auseinandersetzung hat auch einen richtigen Namen:

Das Ding heißt Klassenkampf.

Konkret 10/75, S. 10

Elmar Altvater, Christel Neusüß

Geklotzt wie gekleckert

Prof. Elmar Altvater und Christel Neusüß (FU Berlin) analysieren die Misere einer Konjunkturpolitik zwischen Inflation und Stagnation:

Zu welch blumiger Sprache die trockenen Ökonomen doch fähig sind, wenn es darum geht, einen unangenehmen Tatbestand zu umschreiben: Daß in der Krise der Kapitalakkumulation Investitionen nur durch eine Verbesserung der Rentabilität - sprich: Erhöhung der Profite - anzuregen sind. Die „Neue Zürcher Zeitung" holt aus dem vertrauten Sprachschatz der Fußballreporter die Vokabel „Formtief", die „fünf Weisen" (des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) machen Anleihen bei der Medizin, um den „Herzmuskel der Wirtschaft zu entkrampfen". Der Ruf ergeht an den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus - die Sozialdemokratie soll handeln.

Das tut sie auch. Nachdem die Reformen auf das „wirtschaftlich Machbare" reduziert und alle, die weiterhin Reformen fordern, auf den ihnen zustehenden Bereich politischer Einflußlosigkeit zurückgedrängt worden sind (soweit sie sich nicht schon unvermutet im Lager „verfassungsfeindlicher Systemgegner" finden), bricht sich der „wirtschaftspolitische Realismus" („Neue Zürcher") Bahn. Was ist das? Die „Süddeutsche Zeitung" sagt's: „Wer es für sozial hält, den Unternehmungen die Erträge wegzunehmen, die zur Sicherung der alten und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unentbehrlich sind, hat das System der Marktwirtschaft noch nichtbegriffen."

Also, ihr Werktätigen und Arbeitslosen, seid sozial und laßt euch so ausbeuten, daß die Unternehmer ausreichend hohe Profite machen! Das klingt zynisch. Und ist es auch.

Im Verlauf des Jahres 1974 war die kapitalistische Weltwirtschaft in die schwerste Krise der Nachkriegszeit geraten. Schnell steigende Inflationsraten, die bisher als „Preis der Vollbeschäftigung" galten, wurden von schnell steigenden Arbeitslosenzahlen begleitet. Ende 1974 zählte man in der Bundesrepublik etwa 800 000 Arbeitslose und 700000 Kurzarbeiter, also mehr als in der Krise von 1966/67, die das Schicksal der Regierung Erhard besiegelt hatte. Damals machte die Regierung der Großen Koalition ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, und mit diesem „modernsten wirtschaftlichen Instrumentarium der Welt" fühlte sich die Regierung Schmidt/Genscher nun gut gewappnet. Sie entwarf ein „Programm stabilitätsgerechter Aufschwung", und es ist beachtenswert, wie diese sozialliberale Konjunkturpolitik aussah:

Zuerst wurden alle Flausen vom Krisenmanagement durch Konsumsteigerung, die Lohnabhängigen zugute kommen soll, aus den Köpfen geschlagen. Statt dessen sollte eine „zeitlich begrenzte besondere Förderung die private Investitionstätigkeit schon für die erste Jahreshälfte 1975 spürbar anregen". Wie sehr die Regierung glaubte, mit einem Konjunkturprogramm von 2 Milliarden Mark den Wirtschaftsaufschwung zu schaffen, sagte sie damals selbst: „Die durch die befristete Gewährung dieser Investitionszulage unmittelbar eintretenden Steuerausfälle werden durch Steuermehreinnahmen aus der erwarteten Belebung der Wirtschaftstätigkeit voraussichtlich mindestens ausgeglichen."

Aber weder die geldpolitischen Leitsätze, noch ein Appell an die „Verantwortung der autonomen Gruppen", weder eine „Mobilitätszulage" für Arbeiter und Angestellte von maximal 600 Mark, noch zusätzliche öffentliche Ausgaben von 1,7 Milliarden Mark oder die Investitionszulage von 7,5 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewirkten etwas - es sei denn, daß womöglich noch Investitionen vorgenommen wurden, die Arbeitsplätze wegrationalisierten. (In einigen Betrieben - so bei AEG-Kanis in Nürnberg- wurde sogar gegen die staatlich subventionierte Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen gestreikt.)

Man hätte freilich auch mit größerem Geldeinsatz allein die Krisenmisere nicht bremsen und keinen neuen Aufschwung herbeiführen können. Das spezifische an der gegenwärtigen Krise wird nämlich mit dem Begriff Stagflation (Stagnation bei gleichzeitiger Inflation) einigermaßen korrekt umschrieben - und diese Stagflation macht eine Wirtschaftspolitik der Staatsverschuldung (deficit spending), wie es das Krisensteuerungsmodell des englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes verlangt, problematisch. Denn der Staat tritt mit seinen Ausgaben als Käufer auf. Gibt er wesentlich mehr aus als er einnimmt, dann steigt die Staatsverschuldung, die allein deshalb eine bestimmte Marke nicht übersteigen kann, weil sie ja getilgt und auf die aufgenommenen Kredite auch Zinsen gezahlt werden müssen. Und die Tilgung und die Zinsen sind aus dem Steueraufkommen zu begleichen, das dementsprechend mit heute steigender Staatsschuld in Zukunft

anwachsen muß. Darüber hinaus werden mit den steigenden Ausgaben finanzielle Mittel in die Wirtschaft „gepumpt", die es dem Kapital ermöglichen, die heraufgesetzten Warenpreise auch am Markt zu realisieren.

Eine angeheizte Inflation wäre nicht etwa der Preis für die Vollbeschäftigung, sondern könnte ihr sogar entgegenwirken. Die Inflation verteuert die Kreditaufnahme, so daß manche Investitionsprojekte nicht mehr finanzierbar sind. Sie beschneidet real die Staatsausgaben, so daß manche für die langfristige Entwicklung notwendigen Projekte nicht durchgeführt werden können. So zeigt es sich, daß Vollbeschäftigung auf Dauer nicht durch eine defizitäre, inflationistische Politik erreicht werden kann.

Aber immerhin: Andere Länder leisten sich eine Inflation. In Frankreich kam der Kriseneinbruch später als in der BRD, doch auf Anhieb wurde eine Konjunkturspritze von etwa 15 Milliarden Mark gegeben, zum Teil sogar für Erhöhung der Konsumausgaben. In Frankreich kann man sich das leisten, da ja die Inflationsrate „nur" noch 10 Prozent beträgt. In Westdeutschland will man sich eine solche Inflationsrate nicht leisten, man erwartet eine Krisenlösung vielmehr von einer besonders starken Stellung auf dem Weltmarkt, vom Aufstieg Westdeutschlands zur westeuropäischen imperialistischen Hegemonialmacht - natürlich auf Kosten der anderen. Vor allem deshalb darf es in Westdeutschland keine hohen Inflationsraten geben. Sie würden westdeutsche Waren auf dem Weltmarkt verteuern.

Die Krise ist durch das Dezemberprogramm nicht behoben worden. Immerhin war das Programm klein genug, um die im Vergleich mit Abstand niedrigste Inflationsrate in der BRD zu halten. Die Arbeitslosigkeit hat noch zugenommen, nicht zuletzt weil - wie der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom August 1975 betont- Exporte in Höhe von 40 Milliarden Mark ausgefallen sind.

Ist also das Ausland an der westdeutschen Krise schuld? Von westdeutschen Politikern wird der Exportausfall gern als Entschuldigung für mangelnde Erfolge des Krisenmanagements vorgebracht. Aber diese Entschuldigung zählt nicht nur nicht, sie verdreht die wirklichen Zusammenhänge. Tatsache ist, daß der Aufschwung aus der Krise von 1967 auch darauf zurückzuführen ist, daß die Exporte bei allgemein expandierendem Weltmarkt sehr stark zunahmen. Seitdem weist Westdeutschlands Handelsbilanz einen permanenten Überschuß auf, der allein 1974 über 50 Milliarden Mark betrug und im ersten Halbjahr 1975 noch 19,7 Milliarden Mark. Exportüberschüsse trotz eines Exportausfalls von 40 Milliarden? Die Erklärung ist einfach: Denn Westdeutschland importiert entsprechend weniger, so daß immer noch Überschüsse in der Handelsbilanz zustande kommen. Seit Jahren klagen alle Welthandelspartner Westdeutschlands mit Recht: Schuld an unserer ökonomischen Krise ist, daß Westdeutschland zuwenig importiert. Auf die Dauer muß ein Weltmarkt in die Krise geraten, wenn ein Land wie Westdeutschland permanent weniger importiert als es exportiert. Also ist an der verschärften Krise in der BRD keineswegs das Ausland schuld. Die Krise ist in der Struktur des Kapitalismus und damit des kapitalistischen Weltmarkts begründet, und die BRD ist ein relevanter Teil davon.

Mit der verschärften Krise wuchs entsprechend das Defizit des Staatshaushalts an. Nichts da mit steigenden Steuereinnahmen wegen erwarteter Belebung. Neben der ökonomischen Krise hatte man nun auch noch die Krise der Staatsfinanzen. Wie sollte unter diesen Bedingungen Westdeutschland als imperialistische Großmacht neben den USA relativ geringe Inflationsraten sichern, ohne sich im Inland das Menetekel einer weiter steigenden Arbeitslosenrate zu leisten? Eine größere Konjunkturspritze war gleichzeitig mit einer Roßkur für die Staatsfinanzen auf einmal notwendig geworden.

Um ausbleibende Steuereinnahmen zu kompensieren, kann dreierlei getan werden: Steuern erhöhen, Ausgaben senken, Kredite aufnehmen. Alle drei Sparmaßnahmen sind wahrgenommen worden, wobei als Resultat eine beschönigend „Verbesserung der Haushaltsstruktur" genannte Etatkürzung von 7,9 Milliarden für 1976 herauskam. Die Kürzungen für die folgenden Jahre laufen auf mehr als 20 Milliarden hinaus.

Gleichzeitig ist aber eine Art erneuten Konjunkturprogramms in Höhe von 5,75 Milliarden beschlossen worden, so daß etwa die Hälfte der „Verbesserung der Haushaltsstruktur" wieder aufgefressen wird. Und damit wird auch der Charakter dieser „Verbesserung" klar: sie stellt eine gigantische Umverteilung von den Posten dar, die für eine „Entkrampfung des Herzmuskels" eine Belastung wären, zu denjenigen Bereichen, die die „Herztätigkeit anregen". Oder anders ausgedrückt: Die Kürzungen betreffen zu einem großen Teil Bereiche, die in die Konsumtion vor allem der Arbeiterklasse eingehen; die Konjunkturspritzen sind für alle diejenigen Zwecke gedacht, die die Profite der Kapitalistenklasse steigern. Hier wird wahrgemacht, was Bundeskanzler Schmidt im Oktober letzten Jahres auf einer Konferenz westeuropäischer Sozialdemokraten zu deren Entsetzen offen formulierte: „Die Völker der westeuropäischen Industriestaaten müssen . . . eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen . . ."

Der Sozialstaat, der unter sozialdemokratischer Regierung die Qualität des Lebens verbessern und Reformen im Interesse der Massen durchführen sollte, erweist sich als eine Illusion. Er kehrt seinen Charakter als Klassenstaat im geklotzten Konjunktur- und Sparprogramm erst recht heraus.

So wie der Staat sich „Zurückhaltung" auferlegt, sind die „autonomen Gruppen" aufgerufen, eine ebensolche zu üben: Die Gewerkschaften sollen bei Lohnforderungen und die Arbeitgeber bei Lohnzugeständnissen Zurückhaltung üben. Dies die zweite Seite der konjunkturpolitischen Programmatik, die zumindest von Teilen der Regierung übernommen worden ist - auch wenn manche Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer dabei Bauchschmerzen haben mögen. In Leitsätzen für die Tarifpolitik, die die „5 Weisen" Ende 1974 aufgestellt und 1975 sinngemäß wiederholt haben, heißt es denn auch, daß erstens die Einkommensverteilung nicht mehr zugunsten der „Arbeitnehmer" verbessert werden soll und zweitens eine „überproportionale Zunahme der Gewinn- und Kapitaleinkommen . . . zu begrüßen" wäre. Der Herzmuskel hat seinen Namen erhalten. Nicht nur durch staatliche Politik soll im Namen der Investitionsneigung der Profit verbessert werden, sondern auch durch gewerkschaftliche Maßhaltepolitik.

Weil das moderne wirtschaftspolitische Instrumentarium die Konjunktur nicht hat ankurbeln können und auch die Geldpolitik nicht so recht zieht, bleibt die Einkommenspolitik als Ausweg. Allerdings ist selbst bei Lohnzurückhaltung und daher steigenden Profiten und eventuell zunehmenden Investitionen nicht ohne weiteres davon auszugehen, daß auch die Arbeitslosigkeit geringer wird. Dies liegt daran, daß erstens die Investitionen zumindest teilweise der Rationalisierung dienen werden und daher eher Arbeitsplätze sparen als sie schaffen, und zweitens die Wachstumswirksamkeit der Investitionen und daher ihr Beschäftigungseffekt langfristig abgenommen hat. Auch in der BRD wird man sich daher - und dies ist keine überraschend neue Erkenntnis - künftig mit einem „Bodensatz" von Arbeitslosigkeit abfinden müssen. Dies hat aber für die Gewerkschaften schwerwiegende Konsequenzen. Ihre Politik, deren Basis die Vollbeschäftigung war, hat die Grundlage verloren.

Mit Reformen und leicht erzielbaren Lohnerhöhungen, weil auch das Kapital prosperierte, ist es auf absehbare Zeit aus. Um die Lebenslage der Arbeiterklasse nicht den Angriffen des Kapitals und der staatlichen Politik preiszugeben und auch im Falle eines erneuten Aufschwungs Verbesserungen zu erzielen, wird es in Zukunft notwendig, wie in anderen kapitalistischen Ländern auch, eine Gewerkschaftspolitik zu entwickeln und durchzuführen, die kämpferischer ist als in den Jahren des prosperierenden Kapitalismus.

In der ökonomischen Krise hat bislang das kapitalistische Interesse gesiegt, auch wenn manche meinen, das sei identisch mit dem Gemeinwohl und daher gehörten auch sie zu den „Siegern". Auf der politischen Ebene ist alles getan worden, um politische Artikulation der gegen das Kapital gerichteten Interessen als „verfassungsfeindlich" zu denunzieren und entsprechend zu unterdrücken. Es zeigt sich, daß die ökonomische Rationalität des Kapitalismus mit demokratischen Rechten und Freiheiten in der Krise nicht mehr kompatibel ist. Der Kampf gegen die ökonomischen Konsequenzen der Krise ist daher nur zu führen, wenn gleichzeitig gegen die politische Repression etwas unternommen wird.

Sonst gilt nicht nur, wie Marx sagte und gegenwärtig deutlich hervortritt, daß die Lohnentwicklung die „abhängige Variable der Kapitalakkumulation" ist, sondern auch, daß die Lohnempfänger, d. h. die Masse der Bevölkerung, zum Spielmaterial kapitalistischer Interessen und einer darauf basierenden Politik werden. Und nicht nur das. In der gegenwärtigen Situation basiert die Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus zu einer westeuropäischen Hegemonialmacht auf der „Disziplin" der Lohnarbeiterklasse. Die Verteidigung der ökonomischen Lebensbedingungen und die Erhaltung demokratischer Strukturen im Inland sowie die Verhinderung einer westdeutschen Hegemonialpolitik sind die beiden Seiten *einer* Medaille.

Konkret 10/75, S. 12

Winfried Thomsen

Radikalauer

Der Ganove saß endlich. Lebenslänglich. In der Chefetage.

Das Kindlein in der Krippe war in Windelen, also schief gewickelt.

Copcon oder Popcorn, das ist die Frage.

Gewinn und hundert Arbeitsplätze erhofft der Hamburger Senat von einem Spielkasino, das als weitere sozialliberale Errungenschaft in der Stadt entstehen soll. Frage: Wieviel Geld und wieviel Arbeitsplätze gäbe es, wenn man das Hamburger Rathaus in einen Puff verwandelte?

Wenn die CDU ihre erfolgreiche Ostpolitik hätte treiben können, herrschte in Leipzig immer noch Mangel an Kohl.

Die Meldungen vom Tejo sind wie die vom Mekong. Die Berichterstatter sind ja auch dieselben.

Während sich die Befreiungsbewegungen ESSO und BP noch heftige Kämpfe lieferten, proklamierte SHELL schon die Unabhängigkeit des neuen Erdölgebiets.

Nach der Verschärfung des Strafrechts hat Bonn mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer eine weitere Reform durchgesetzt.

Weil in der DDR eine ganze Stadt nach dem deutschlandpolitischen Sprecher der CDU, Marx, benannt worden ist, haben sich die Sprecher Abelein und von Wrangel beschwert: der eine will ein Museum in Trier, der andere in London begraben werden.

Henry Kissinger hat sich jede Einmischung in seine portugiesischen Angelegenheiten verbeten.

Was denkt die „Welt" über den Krieg? Aller guten Dinge sind drei.

Überall ist Dürre. Warum stiftet niemand der SPD einen Brandt?

Konkret 10/75, S. 13

Helmut Ridder

Monumentum Germaniae Juridicum

Der „Radikalen-Beschluß" des Bundesverfassungsgerichts* / oder: Der Austritt der Bundesrepublik aus der Familie der westeuropäischen parlamentarischen Demokratien / Eine freiwillige Satire auf eine unfreiwillige

„Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!" Und weil Gott, wie es auch auf den Koppelschlössern zu lesen stand, immer „mit uns" ist, darf man auch die Sache mit der Gottesfurcht so wörtlich nicht nehmen. Sie dient in erster Linie der „seelischen Erhebung", d. h. - überspringen wir die einzelnen sozialpsychologisch interessanten Zwischenstufen - der Selbstanbetung.

Wer nichts auf der Welt und jenseits der Welt fürchtet, den muß die Welt fürchten. Das haben wir der Welt denn auch ganz schön beigebracht und ihr, nicht zuletzt durch die beiden „uns aufgezwungenen" Weltkriege, jeweils handfest in die Erinnerung zurückgerufen, wenn sie vergeßlich zu werden begann, obwohl sie nach Bismarck, dem wichtigsten Glied in der Ahnenreihe der preußisch-deutschen Politrasse, zu solcher Vergeßlichkeit eigentlich gar keinen Anlaß hatte. Wetten, daß es auch im heutigen Bundes-Deutschland weit mehr Bismarck-Türme, -Eichen, -Straßen, -Plätze gibt als Benamsungen nach sonstigen noch so gottesfürchtigen Männern? Und daß die mokant-verständnisinnige Festrednerei, die soeben, den „Gebildeten und Nachdenklichen aller Stände und aller Berufe in der ganzen Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin (von der Nordsee bis zu den Alpen)" zur Hundertjahrfeier des Kolosses von Teutoburg durch die FAZ vermittelt, mit ihren Verharmlosungen völlig neben der Sache liegt, weil sie aus dem Entschwinden eines Teils alter schwertgeschützter Interessen sehr zu Unrecht auf die Harmlosigkeit der mit den alten Methoden geschützten verbliebenen und neuen Interessen schließt? Doch wir wollen nicht vorgreifen . . .

Die Welt hat uns auch gefälligst nötig zu haben, und wir sind selbstverständlich für jeden Inter- und sogar Supranationalismus, der das respektiert, um an unserem Wesen zu genesen. Wir waren und sind an der Front, wenn die „Völker Europas" im Kampf um ihre „heiligsten Güter" nachlassen. Wir sind - auch ungebeten oder in abgründigem Verständnis dafür, daß nicht alle sich die Hände schmutzig machen wollen -ihr Schirm gegen den „Bolschewismus aus dem Osten". Wir kaufen notfalls, auch jenseits des Kanals, ganze Königreiche per Investition, um sie zu retten -- und zu strafen (perfides Albion, wir Älteren haben es schon in der Schule gelernt, daß sich das „made in germany" nicht ungerochen brandmarken läßt) . Die demokratische Christlichkeit der noch nicht einmal nur insgeheim verachteten Itaker ist uns Milliarden wert, und südlich der Pyrenäen waren wir auch schon früher mit den der Zeit und der Lage angepaßten Mitteln bei der Feuerwehr gegen den roten Brand.

Natürlich muß Gott sich gelegentlich ausruhen. Dann nehmen wir mal die Front zurück oder lassen den Feind vorbei, ohne besiegt zu werden, aber, bitteschön, nur vorübergehend.

Das hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) meisterlich in der Entscheidung herausgearbeitet, die der außenpolitische Zwilling zu dem jetzt erst veröffentlichten „Radikalen-Beschluß" (RB) vom 22. Mai 1975 ist und daher gekannt werden muß, wenn man Nährboden, Funktion, Ziel und Aussagewert des letzteren vollumfänglich erkennen will. Das „Kyffhäuser-Urteil" (von Nicht-Kennern des Seelenlebens deutscher Justiz meist nur schlicht „Grundlagenvertrags-Urteil" genannt) spricht erhellend von dem „noch (!) nicht reorganisierten umfassenden Staat (!) Gesamtdeutschland mit einem einheitlichen Staatsvolk (!) . . ., dessen Grenzen genauer zu bestimmen" freilich ganz inopportun wäre und daher auch für „hier nicht nötig" erachtet wird (im RB werden wir „noch (!) nicht verbotene Parteien" kennenlernen). In welches Auge, das Zeuge jener Großen Zeiten war, käme da nicht das in die weiten Steppen und Kornkammern des Ostens entrückende feuchte Schimmern? Zeichen der Hoffnung: Die Bundesrepublik Deutschland (BRD), die ihre Hoheitsgewalt auf den „Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt", mag das zwar in Anerkennung einer vertraglichen Rechtspflicht tun. Aber das ist durchaus unverbindlich, weil dieses Recht minderwertig ist. Und so „fühlt" sie sich - wohlgemerkt: von Rechts, und zwar höheren Rechts wegen, wie (nicht nur) die Richter meinen -zugleich „verantwortlich" für den „umfassenden Staat Gesamtdeutschland".

Hier erweist sich wieder einmal der große praktische Nutzen der dauerhaften Verbindung mit dem lieben Gott, die es der Natur der Sache nach mit sich bringt, daß wir auch immer das Recht auf unserer Seite haben. So kann die BRD völlig rechtsimmanent aus der bundesrepublikanischen Zwangsjacke aussteigen, die jetzt zum Instrument der Transformation dieses Landes in einen ganz normalen westeuropäischen undeutschen Staat mit einer bürgerlich-demokratischen Verfassung und ohne grenzüberschreitende Missionen zuwerden droht. Sie kann kraft höheren Rechts, ohne das Recht zu verletzen, aus dem bloßen „Verantwortungsgefühl" für den „Gesamtstaat" die Identität ihres Handelns mit dem Handeln des „Gesamtstaats" herstellen und - allzeit bereit - alle niederen Rechtsschranken überwinden, wenn „die Vorsehung" (das war der andächtigste Topos des großen Führers, und sein liebster) den Berg auftut und ein neues Äon des Unternehmens Barbarossa- mit zeit- und umständegemäßen, tunlichst „friedlichen Mitteln" natürlich - geschichtliche Wirklichkeit wird . .

.

II.

Betrieb und Erzeugnisse der obersten Justizdestille des bundesdeutschen Zeitgeists weisen, wie wir sehen, zwei charakteristische Symptome auf: Erstens die sich als Wirklichkeitserfassung vorkommende und gerierende seherisch-erfinderische Schau von Unwirklichkeiten, und zweitens ein Rechtsverständnis, dem vorhandene oder politisch herbeigewünschte Wirklichkeiten sozialer Macht in massiver Ballung zu „Recht" werden, das über dem geltenden Recht steht. So werden politische Konflikte uferlos „verrechtlicht" und dem demokratischen politischen Prozeß die ohnehin dünne Luft abgelassen. Der Materialisationseffekt der Unwirklichkeitsanschauung bewahrt die steuernden Kräfte, die Hofschranzen und die von den Massenmedien benebelte Bevölkerung vor Verunsicherungen durch die rotznäsige Behauptung, nackte Kaiser trügen keine Kleider, sondern seien nackt, eine Behauptung, die vor allem geeignet ist, die politisch wichtigste Nicht-Vorhandenheit, nämlich den in zeitloser Schlechthinnigkeit auch über seine eventuellen demokratischen Verfassungen erhabenen „Staat" in Frage zu stellen. Daß dieses Heiligtum „verloren" wäre, wenn mit der Demokratie ernst gemacht wird, befürchtet denn auch mit gutem Grund der RB des Zweiten Senats des BVerfG, der ganz folgerichtig als seinen ersten literarischen Kronzeugen den krypto-absolutistischen Großmeister des Staatsrechts der bismarckisch-wilhelminischen Ära, Paul Laband, aus seinem Scheintod erweckt. Die beiden genannten Phänomene sind Produkte eines Irrationalisierungsprozesses, dessen rasend gewordene unendliche Kreisbewegung der Vertauschung von Recht und Nicht-Recht mit der ihm innewohnenden Folgerichtigkeit die demokratische Verfassung zielstrebig in den Grund bohrt.

Einerseits reflexionsunfähig, andererseits mit „pragmatischem" Gespür für das gerade noch Machbare begabt - es wird ja im justiziellen Gewande objektiv Politik gemacht, und Politik ist (nach geläufigem Fehlverständnis) die Kunst des Möglichen -, paßt sich das Spiel auch unliebsamen Notwendigkeiten des Augenblicks an. Zwar ist für das Kyffhäuser-Urteil der gegen die Ergebnisse des Zweiten verschuldeten und verlorenen Weltkriegs revoltierende Revanchismus, Irredentismus und Expansionismus Rechtens. Aber der aktuelle Verzicht auf diese Postulate durch den Abschluß der „Ostverträge", durch satzungsgebundene UN-Mitgliedschaft, durch Partizipation an KSZE-Beschlüssen usw. kann in einer das Gesetz der Widerspruchsfreiheit preisgebenden Welt von Pseudo-Recht ebenfalls für Rechtens erklärt werden, da er unter dem Vorbehalt des imaginären höheren Rechts steht. Er wird bis auf weiteres toleriert. Die in einer unverderbten stringenten Rechtsbegrifflichkeit keinen Ort findende „Toleranz", die hier das Denkunmögliche leisten soll, muß demnach in diesem Chaos scheinbaren Rechts selbst zu einem „Rechtsprinzip" erhoben werden. Als ein solches erscheint sie denn auch verbal in vielen anderen Entscheidungen der gegenwärtigen bundesdeutschen Justiz und wird sie von der herrschenden Doktrin bejubelt, die sich auf soviel Liberalität etwas zugute und das Chaos für einen Kosmos hält. „Linke" Einfaltspinsel, deren Rechtsbegriff nicht minder kaputt ist, jubeln freilich etwas verhaltener, wenn sie auch jubeln. Da sie das auch ihnen kostbar und bejahenswert erscheinende Elixier der „Toleranz" nur spärlich zu schlecken bekommen, „kämpfen" sie verbissen um ihren Anteil - und damit konzertant für das Ende aller Rechtssicherheit. Die bürgerlichen Ahnen verrieten ihre eigene Revolution und tauschten den Anspruch auf politische Führung und Beherrschung der Exekutive gegen die Sicherheit im goldenen Kommerz, die Väter gaben Gold für Eisen, den Söhnen raubt der Flitter Potemkinscher Rechtsprinzipien die Besinnung auf das, was in Wahrheit ihre verfassungsmäßigen Rechte sind.

„Toleranz", „Übermaßverbot", „Verhältnismäßigkeitsgebot" - in den heutigen Gerichtsurteilen aller Sparten und Instanzen wimmelt es von folgenreichen Bekenntnissen zu diesen angeblichen Rechtsprinzipien, die alle ein und denselben Inhalt haben, nämlich daß die Ausübung staatlicher Macht kasuell zu unterlassen ist, wenn ein Minus an Aufwand dasselbe Ergebnis zeitigt wie das Plus; das Plus ist dabei aber ohne Rücksicht auf die Schranken des Verfassungsrechts das „an sich" Zulässige und darf nach Bedarf verwirklicht werden. Ein Prinzip des aufgeklärten Despotismus, der damit die Ausübung seiner eigenen Prärogativen rationalisierte und auch zügelte und der Wirtschaft das „ökonomische Prinzip" beschert hat. Ein Prinzip, das jedoch keine Zügelung mehr vollbringen kann, wenn es nicht auf Gegebenheiten mit einer Konstante - beim aufgeklärten Despotismus dessen grenzenlose Machtvollkommenheit - angewendet wird. Die demokratische Verfassung aber hat ja alle solche alten monarchischen und exekutivischen Machtabsolutismen von vornherein verabschiedet. Sie ist- in diesem ganz schlichten Sinn - eine „rechtsstaatliche" Verfassung. Die Ausübung staatlicher Gewalt beruht nach ihr auf der Rechtsetzung, und diese setzt der Ausübung Maßstab und Grenzen. Da sie entgegen allen doktrinären Zwecklegenden von einem angeblichen Antagonismus zwischen „Demokratie" und „Rechtsstaat" eine rechtsstaatliche Verfassung ist, kann unter ihr - eine wahrhaft banale Tautologie - nur die Handlung rechtmäßig sein, die dem Recht entspricht, aber nicht die qua „Toleranz" oder ähnlichem dem Recht nicht oder nur teilweise entsprechende Handlung.

In der Rechtsprechung dienen diese angeblichen „Rechtsprinzipien" höchsten Ranges als Instrumente der Anpassung des zum Recht verfälschten Nicht-Rechts an die schnell wechselnde politische Opportunität. Sie machen also dieses Pseudo-Recht, dem der Schein einer gewissen Beständigkeit gewahrt bleiben muß, für die Praxis elastischer (wenn sie auch das unter den Nazis von dem aus derselben Familie stammenden und als ein rechtliches ausgegebenen „Führerprinzip"

vollbrachte Optimum einer hundertprozentigen Identität aller politischer Entscheidungen mit ihrem verfassungs-„rechtlichen" Konterfei nicht schaffen). So erhält z. B. die DKP, deren unbezweifelbar legales Verhalten dieser dominanten Branche von Rechts(er)findung völlig schnuppe ist, den in der wirklich geltenden Rechtsordnung nicht vorkommenden und doch mit (negativen) Rechtsfolgen ausgestatteten Status einer „noch (!) nicht verbotenen Partei". Die Folge ist, daß ihre Mitglieder nicht oder nur erschwert oder jedenfalls nicht mit Sicherheit Beamte werden dürfen. Das gilt dann aber nicht etwa als eine Benachteiligung, sondern als ein Fall großzügigster Praktizierung von „Toleranz", könnte, ja müßte diese Partei doch auch „eigentlich" beseitigt werden (was aber die außen- und innenpolitischen Bedingungen nicht zulassen). Daß für Eingriffe in die Parteienfreiheit nach dem klaren Wortlaut des Grundgesetzes immerhin nur das BVerfG in einem gesonderten Verfahren zuständig ist, wird weggewischt. So wird gegen alles geltende Recht legales Gebrauchmachen von demokratischen Grundrechten mit politisch unerwünschtem Inhalt unter der Kennmarke „verfassungsfeindlich" als „an sich" rechtswidrig betrachtet, aber in den Grenzen der Opportunität „toleriert". Politisch unliebsam = „verfassungsfeindlich" ist auf jeden Fall alles, was nach politikwissenschaftlicher Begriffsbildung, die aber gerade nach der Verfassung keine rechtliche sein darf, als „Fundamentalopposition" bezeichnet werden kann, wobei der schlichte Untertanenverstand bürokratischer Schafs- und Stecknadelköpfe der Maxime huldigt, daß es im Zweifel auch ruhig „etwas mehr" sein könne.

Auf diesem „etwas mehr" der Praxis ruht freilich das Auge der acht Herren des Zweiten Senats des BVerfG ersichtlich nicht mit Wohlgefallen. Daher plädieren sie, die auch mal jung waren und in Studenten junge akademische Kollegen sehen, die schon durch den Ausfall alter Burschenherrlichkeit genug gestraft sind, eher für „etwas weniger". Warum sollen die jungen Leute alle rausgeschmissen werden, die sich im Zweifel doch nur politisch die Hörner abstoßen, um dann um so loyalere Steuerberater und Staatsanwälte zu werden? Wurde nicht schließlich sogar ein Galilei durch das bloße Zeigen der Instrumente zur Räson gebracht? Entscheidend ist doch nur, daß die Grundrechtsbetätigung nicht zur „Systemveränderung" führt, d. h. daß nicht nur nicht „mehr", sondern überhaupt keine Demokratie gewagt wird. Daß ständige Systemveränderung mit legalen Mitteln das Lebensgesetz der Demokratie ist, hat keinen Platz an diesem Horizont. Daß die Gewährleistung der Erfüllung dieses Lebensgesetzes ohne Manipulation und besitzständisch bedingte Verzerrungen Sinn und Aufgabe der Grundrechte einer demokratischen Verfassung ist, geht diesem „Staatsethos" nicht ein, das hingegen gern bereit ist, die Ritualisierung des Dampfablassens zum Inhalt seiner Grundrechtspraxis zu machen.

III.

Das BVerfG hat mit seinem Beschluß die ihm entgegenröhrende, unter „bürgerlich" firmierende, doch heute nicht einmal mehr auf eine Tarnung mit tradiertem „rechtsstaatlichem" Vokabular angewiesene Journaille nicht voll befriedigen können, weil der RB im wesentlichen auf der Stelle der bisher herrschenden Gerichtspraxis tritt und somit, wie der schmerzlich betroffene FAZ-Jurist vom Dienst befinden zu müssen glaubte, das zwecks Präzisierung des Tatbestands der „Verfassungsfeindlichkeit` ersehnte Gesetz gegen die „Radikalen" nicht überflüssig macht. Wir können hier auf die entsprechenden Gesetzesvorschläge aus Zeit- und Raumgründen nicht näher eingehen; bekanntlich steht hier die höchst delikate Entscheidung zwischen der mit oberpriesterlicher Strenge schon legale Verbandszugehörigkeiten zum ausreichenden Delikt machenden CDU/CSU-Version des Bundesrates und der „liberaleren" (oder „rechtsstaatlicheren") Version der Bundesregierung an, die es nach dem handsauberen Vorgang des Pontius Pilatus (SPD) für angemessen hält, im Wege der „Einzelfallprüfung" den Kreis der wegen ihres verfassungs- und gesetzmäßigen Verhaltens verfassungswidrig zu behandelnden „Verfassungsfeinde" kleiner zu halten, nicht zuletzt „um Schlimmeres zu verhüten". Eine diese Entscheidung vorwegnehmende Äußerung des BVerfG hätte ja auch nur die Große Koalition verunsichern können, die noch in diesem Jahre mit der gesetzlich festgelegten grundgesetzwidrigen Zweidrittelmehrheit neue Verfassungsrichter wählen muß.

Als erste Entscheidung des BVerfG zum Komplex der „Berufsverbote" ist die Entscheidung dennoch wichtig, weil sie die Lage mit dem charakteristischen relativ breiten Spielraum für die Behördenpraxis festschreibt. Der RB ermöglicht sogar SPD-Landesregierungen, gemäß dem anstelle von Sachkontroversen die Szene beherrschenden Kalkül um Wählerstimmen im Bedarfsfall zu jener spezifisch sozialdemokratischen „Doppelstrategie" zurückzukehren, die bereit ist, für Bundessünden auf Landesebene gewisse Ablaßgelder zu zahlen, um so bescheidentlich darzutun, daß man sich bisweilen Gesetz, Inhalt und Stunde des Handelns nicht von der Konkurrenz vorschreiben läßt.

Die Entscheidungsformel des RB erklärt eine Vorschrift des Schleswig-Holsteinischen Beamtenrechts, wonach Beamter nur werden darf, wer „die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt", für mit dem GG und dem übrigen Bundesrecht vereinbar. Wir werden sehen, daß diese Formel, die man sogar für richtig halten kann, völlig belanglos ist, weil der Inhalt der zu prüfenden Gesetzesnorm bei grundgesetzkonformer Interpretation nullifiziert ist. Wichtiger ist schon, daß jener landesrechtlichen Vorschrift in der behördlichen und gerichtlichen Praxis und im Meinungsstreit ein Inhalt unterschoben wird, den sie aus verfassungsrechtlichen Gründen gar nicht haben kann. Es ist die falsche sog. Perzeption eines inhaltsleeren Gesetzes, mit der zielbewußt hantiert und spekuliert wird. Das freilich wissen die Hantierer und Spekulierer selbst wiederum größtenteils nicht; man darf sie also nicht etwa unter die neuerdings häufiger in Erscheinung getretene Kategorie der Kanzeltäter

einstufen, die eine andachtsvolle Menge dazu auffordern, ruhig nach Hause zu gehen, und wissen, daß das ein Signal für Brandstiftung und Gewalttat ist. Das wichtigste an dem Beschluß aber ist sein ungeschminktes Bekenntnis zum preußisch-deutschen vorparlamentarischen Konstitutionalismus, anders herum gesehen und mit anderen Worten, seine -durch die vielfältigen und sich potenzierenden Widersprüche hindurch stets unmißverständlich und eindeutig bleibende- Absage an die Grundstruktur der mit dem GG für die BRD nach dem Scheitern des Demokratieversuchs der Reichsrepublik und dem Ende des „Dritten Reichs" inaugurierten Verfassungsordnung.

Als mit Stempel und Siegel der Amtlichkeit versehenes Signalement des realen politischen Systems der hiermit offiziell aus der Familie der westeuropäischen parlamentarischen Demokratien (wieder) ausgetretenen BRD verdient der RB die gespannteste Aufmerksamkeit aller übrigen Familienmitglieder, die zu begreifen anfangen, was ihnen in Gestalt des zum Wirtschaftsriesen erstarkten Bündnispartners gegenübersteht, der sich mit mehr oder minder großer Nachhilfe von außen vor einem Menschenalter halbherzig das parlamentarisch-demokratische Kleid angepaßt hatte. Der verstörte Blick der Demokraten unseres Landes und verständlicherweise noch mehr die Aufmerksamkeit der in ihrer eigenen Person unmittelbar vom „Berufsverbot" Betroffenen erfassen oft nicht die nur mit dem historischen Weitwinkelobjektiv geschlossen aufnehmbare Gesamtszene im fünften Akt der zweiten deutschen bürgerlichen Demokratietragödie. Hier ist Hilfe vonnöten.

Man kann sich also nicht damit beruhigen, daß der RB möglicherweise sogar zur Verminderung der Zahl der Betroffenen beitragen wird. Auch rechtfertigt der von der glatten, kalten, zynischen, großinquisitorischen und auch ziemlich prozeßrechtskundigen Routiniertheit des bekannten Revisionsurteils des Bundesverwaltungsgerichts vom Anfang dieses Jahres in der Sache Lenhart abstechende Affekt der väterlichen Besorgtheit genausowenig wie die Aussicht auf eventuelle Randkorrekturen der politischen Ketzerverfolgung den dem Beschluß bereits entgegengebrachten taktischen Willkommensgruß aus der anwaltlichen Froschperspektive. Und geradezu bodenloser Leichtsinn wäre es, im Vertrauen darauf, daß Lächerlichkeit töte, sich bloß von der Zerfetzung der Stilblüten und sentimentalen Kraftmeierei des Beschlusses durch den politischen Bänkelsang, an der es bis zur polizeirechtlichen Entdeckung auch seiner „Verfassungsfeindlichkeit" (hier = Störung der öffentlichen Ordnung) nicht fehlen wird, einen wesentlichen Beitrag zur Heilung der deutschen Krankheit zu erhoffen.

Wenn wir gleichwohl für einen Augenblick bei den kabarettreifen Sentenzen über den „Staat", in dem der Beamte sich denn doch sage und schreibe „zu Hause fühlen" soll, und über die Pflichten des jeder Schönheitskonkurrenz gewachsenen deutschen Beamten-„Körpers" verweilen, dem der homoerotische Minnesang aus dem Schloßgarten von Karlsruhe erschallt, dann also nicht des Spaßes halber, der sich einstellt, wenn Kurts Maler eine grandiose Kitschigkeit mit den rauschenden Farben seiner schwelgerischen Palette der Leinwand anvermählt. *Den* Jux, der nur verharmlost, brauchte sich auch die FAZ nicht zu verkneifen. So wurde denn „vorne", d. h. im sog. politischen Teil, wo die tägliche veröffentlichte Meinung der Arrivierten gemacht wird, nur etwas über die Bruchstückhaftigkeit und mangelnde Präzision des vom BVerfG dem „Staat" geleisteten Dienstes lamentiert, wobei der smarte FAZ-Verstand sicher besser als die bundesverfassungsgerichtlichen Richtergemüter weiß, wofür die Chiffre „Staat" heute steht. „Hinten" dagegen, wo die infamste der anspruchsvolleren bundesdeutschen Gazetten gekonnt in Feuilleton, Kultur etc. macht, gluckste es vernehmlich über das schier unerträgliche Gartenlauben-Getriefe, das als dem „Wortladen" des 19. Jahrhunderts zugehörig empfunden wurde. Aber Gartenlaube und Pickelhaube, das reimt sich nicht bloß, das gehört innerlich eng zusammen. Auch der Stil, den die Nazis nicht zu ändern, sondern nur zu outrieren brauchten, ist ein keineswegs nachrangiger Bestandteil der vom RB signalisierten Wiederbelebung des konstitutionellen Institutionengefüges und genausowenig von ungefähr wie die modische Nostalgiewelle, die den Gröfaz mit den Rosenliedern des Philipp zu Eulenburg zusammenschwemmt.

Doch zurück zu den ungebrochenen Sehnsüchten, die das Kyffhäuser-Urteil wieder einmal als Rechtsforderungen formuliert und proklamiert: Sie sind nicht nur von den Nazis und den Deutschnationalen, sondern auch von der „Großen Weimarer Koalition" und der gesamten amtlichen Reichsrepublik nie preisgegeben worden. Ja, wer Zeitgenosse des Kampfs um die Saarabstimmung von 1935 gewesen ist, bei der es doch nur darum hätte gehen dürfen, ob ein Stückchen deutschen Landes dem Würgegriff des längst demaskierten NS-Regimes entzogen werden konnte, wird sich mancher Kommunisten erinnern, die vor ihnen in die Knie gegangen sind. Wie Otto Wels diese Sehnsüchte in der letzten parlamentarischen Oppositionsrede im Deutschen Reichstag vom März 1933 bekräftigte, das war kein verzweifeltes taktisches Kuschen der deutschen Sozialdemokratie, sondern die wahrhaftige Aussage eines Mannes von sprichwörtlicher Ehrlichkeit. Der BRD sind sie als nach der „Übergangszeit" zu erfüllende Mission in die Wiege gelegt worden (weswegen eine honorige Erfüllung der „Ost-Verträge", des Grundlagen-Vertrags usw. in der Tat nicht weniger als eine wurzeltiefe Umgründung der Bundesrepublik impliziert, der sich aber der Geist der „Gemeinsamen Erklärung" der immerwährenden Großen Koalition rabiat entgegenstemmt). Aber höchstgradig virulent und schließlich aktualisiert wurden sie, als die institutionelle Binnenstruktur der Republik vor und mit dem Aufziehen der Nazis in die vorparlamentarischen Formen zurückfiel. Deswegen ist die vom RB signalisierte apokryphe Restitution des preußischen Exekutivstaats auch nach außen hin so alarmierend.

IV.

Wie stellt sich den Richtern (bzw. ihren im Umgang mit Büchern erfahrenen anonymen Mitarbeitern aus dem sog. Dritten Senat des BVerfG) „die Geschichte des deutschen Beamtentums seit dem Ende des 18. Jahrhunderts" dar? Vermöge einiger teleologischer Stippvisiten erbringt der Senat eine Lese, welche den literarischen Leitfäden entspricht, die die „Nestoren" des deutschen Beamtenrechts ihrem unendlich geduldigen Abnehmerkreis anzubieten pflegen. „Nestoren" des Beamtenrechts sind - das gilt mutatis mutandis auch für das Polizeirecht usw. - jene ungemein fruchtbaren und zählebigen Autoren, die an ihrer Darstellung unter keiner Verfassung konzeptionell etwas zu ändern brauchten und es auch nach 1945 in ihren Werken mit der Einschwärzung der Worte „nationalsozialistische Weltanschauung" o. ä. bewenden lassen konnten. Alle NS-Auflagen dieser epochalen Werke, die das „Dritte Reich" heute genauso verschweigen wie der dies und anderes nicht erkennende Senat, sind für die Praxis voll verwendbar, wenn man sich der geringen Mühe unterzieht, die jeweiligen zeitgenössischen Leerformeln, hinter denen sich nichts anderes als die jeweils opportune Politik des jeweiligen Establishments verbirgt, durch Leerformeln des aktuellen Vokabulars zu ersetzen. An die Stelle der braun getönten „nationalsozialistischen Weltanschauung" läßt sich so ganz unschwierig die als pop-frisch verkaufte „freiheitlich demokratische Grundordnung" einsetzen. Warum sollte schließlich den Nestoren nicht billig sein, was dem Gesetzgeber in Schleswig-Holstein und anderswo in bundesdeutschen Landen recht ist? Nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 konnten aus dem Dienst entlassen werden - die Frage des Eintritts in den öffentlichen Dienst stellte sich für solche Individuen erst gar nicht - „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten". (Das mit dem „NS" und der „Weltanschauung" hatte vor der politischen Abhalfterung und Rückführung der nur „nationalen" Steigbügelhalter zum reinen Kommerz noch keinen Kurswert; daher also „nationaler Staat" als Passepartout der konkret betriebenen „Staatspolitik".) „Gewähr bieten" „jederzeit", „eintreten" - diese Artikel des Wortladens scheinen von konjunkturellen Schwankungen nicht abhängig zu sein, jedenfalls haben sie keine innovatorischen Bemühungen ministerialbürokratischer Griffelspitzkunst ausgelöst. Das „rückhaltlos" (damals, Anno 33, am Stammtisch hinter vorgehaltener Hand: „rückgratlos") könne als selbstverständlich entfallen, dachte man wohl voreilig zuständigenorts. Den Zweiten Senat des BVerfG hat diese Leichtfertigkeit viel Arbeit gekostet. Denn die Rückhaltlosigkeit, beruhe sie nun auf Rückgratlosigkeit oder nicht, ist zweifellos vor allem ein Tatbestand des persönlichen Innenlebens. Die Normierung solcher inneren Tatbestände ist von unschätzbarem, unmittelbar praktischen Nutzen. Da nämlich ihr Vorliegen nicht nachgewiesen werden kann, es sei denn, der Inkriminierte räume es selbst ein, genügt es, ihr Vorliegen zu behaupten und aus dem Leugnen des Inkriminierten den schlechthin zwingenden Schluß auf die Erwiesenheit zu ziehen. Das „rückhaltlos" wäre also auch heute ein geradezu ideales pseudo-normatives Hilfsmittel gewesen, das einfach zitiert werden und die lästige Schreibarbeit bei „Berufsverbots"-Begründungen in Bescheiden und Urteilen auf einen Bruchteil verringern könnte -eine gesetzliche Aufforderung zum Rausschmiß aufgrund unwiderlegbarer Verdächtigungen. Wer solchen Verdächtigungen auszusetzen ist, das entscheidet sich gemäß der Observierungsroutine, die ebenfalls schon zu der Zeit, als die „Verfassungsfeinde" noch „Staatsfeinde" hießen, voll ausgereift war, konnten doch die Experten des auch damals geheimen „Verfassungs-", pardon „Staatsschutzes", deren mentale und technische Hinterlassenschaft nicht in Abgang geraten ist, beispielsweise schon aus der Art der Darbietung des Deutschen Grußes, der Höhe der Eintopfspende und der Präsentation der nationalen Symbole mit untrüglichem Blick erkennen, wer ein auch nur potentieller „Verfassungs-", pardon „Staatsfeind" war.

Solcher gesetzgeberischer Handreichung entratend, muß man sich heute mühselig mit der „prognostischen" Beurteilung der Persönlichkeit von Bewerbern herumschlagen. Der RB mußte sich des längeren darüber auslassen, daß „die politische Treuepflicht" von den Beamten mehr fordert „als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte", mithin eben nicht rückhaltlose, „Haltung gegenüber Staat und Verfassung" (‚Staat und Verfassung" ist im RB das zwar nicht durchgehaltene, aber häufig verwendete Hendiadyoin für den „Staat"; daß nominell „Verfassungs-" und nicht „Staats-"Gerichtsbarkeit vorliegt, hat schließlich seine nominellen Folgen). Wenn auch die Jahre vergehen, bleibt die Erinnerung doch, und vor allem bleibt die Sache selbst- lassen wir einen Nestor über die positive Einstellung des Beamten zum „neuen Staat" des zwar um 988 Jahre zu kurz geratenen, aber weder aus dem Nichts geborenen noch in dasselbe zurückgekehrten tausendjährigen Reichs zu Worte kommen: „Es genügt nicht, daß ihm (dem ‚neuen Staat`) der Beamte fremd, gleichgültig oder uninteressiert gegenübersteht . . . Der Beamte muß sich immer und überall zu seinem Staat bekennen . . . Der Beamte muß als das sichtbare Organ, als der Repräsentant des Staates seine Staatsgesinnung den übrigen Volksgenossen vorleben. Staat und Beamter müssen sich innerlich und äußerlich decken . . ." (Hanns Seel, Ministerialdirigent, in „Deutsches Verwaltungsrecht", hrsg. von Reichsminister Dr. Hans Frank, Zentralverlag der NSDAP, München 1937, S. 160). Auch für das BVerfG ist der Beamte verbatim „im Staat". Daß der Beamte Grundrechtsträger ist, kostet den Senat einen Fingerschnick: das Abwägen der Grundrechte gegen eben die als Treuepflicht gegenüber der Verfassung ausgegebene, rechtswidrig erfundene Treuepflicht gegenüber dem die Verfassung überragenden und zermalmenden „Staat` außerhalb der verfassungsmäßigen Rechtsordnung, der Chiffre für die Auflösung der rechtsnormativen Bindungen nach Maßgabe der Opportunität und dem physischen Können, der Politik als „Kunst des Möglichen". Was im Hexeneinmaleins des auch die letzten Konsistenzbröckchen verflüssigenden Betriebs von „Abwägen",

„Ausgleich" usw. obsiegt, kann nicht zweifelhaft sein. Drücken wir es der Abwechslung halber in der markanten Sprache deutschnationaler Oberlehrer und Tugendbolde der 20er Jahre aus: Das „Staatsethos" triumphiert über den „ganzen liberalen Formelkram".

Übersehen worden zu sein scheint bis jetzt, daß die Gesetzgebung „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom April 1933 schon die Traumlösung für den Kompromiß der Großen Koalition über ein künftiges „Radikalen-Gesetz" des Deutschen Bundestags vorzeichnet. Nach § 2 des Gesetzes vom 7. April 1933 waren Beamte ohne „Eignung" zu entlassen. Die erste Durchführungsverordnung erläuterte das u. a. wie folgt: „Ungeeignet sind alle Beamten, die der Kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- und Ersatzorganisationen angehören. Sie sind daher zu entlassen." Dies und die Folgen vor Augen hatten, zeitgeschichtlich einwandfrei nachweisbar, die Verfassungsgeber von Bund und Ländern nach 1945 den festen Willen, politische Zugehörigkeiten, Betätigungen usw. nicht zum Kriterium der „Eignung" zu machen, die sie als Voraussetzung für die Übernahme in den öffentlichen Dienst vorschrieben. Gestützt auf die bundesverfassungsgerichtliche These von der Maßgeblichkeit allein des „objektiven" oder „verobjektivierten" Willens des Gesetzgebers (der in praxi immer identisch ist mit dem subjektiven Willen der sich in der Annahme, das Gesetz anzuwenden, auf dasselbe Berufenden) besteht heute unter den Kräften, die anstelle der Verfassung den „Staat" tragen, Konsens über die Belanglosigkeit solcher durch ephemere Anwandlungen von Demokratie bedingten ephemeren Zäsuren des Exekutivstaats. Es stünde also nichts im Wege, nach dem Vorgang vom April 1933 den Bundesratswünschen, die eine absolute Automatik der Verkoppelung von Assoziationszugehörigkeit und „Verfassungsfeindschaft" zum Inhalt haben, dadurch Rechnung zu tragen, daß man die DKP, die sich mehr und mehr zu einer Brutstätte des undeutschen Legalismus entwickelt, nebst ihren Filial- und den mit ihr kooperierenden Vereinigungen zu Quellen mitgliedschaftlich vermittelter unwiderleglicher Nichteignung für den öffentlichen Dienst erklärt. Im übrigen aber würde in diesem gut durchdachten Kompromiß das „Einzelfallprinzip" der SPD/FDP-Regierungsgedankenwelt in Paragraphen zu gießen sein, was auch bis ins Detail vorgezeichnet ist. Denn nach § 4 des Gesetzes vom April 1933 mußten nicht, sondern konnten nur die dem „nationalen Staat" gegenüber Rückhaltvollen entlassen werden, und die Durchführungsverordnungen stellten klar, daß bei ihnen „die gesamte politische Betätigung, insbesondere seit dem 9. November 1918 (durch „8. Mai 1945" zu ersetzen) in Betracht zu ziehen" sei. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei - „ausgenommen die Kommunistische Partei" - dagegen rechtfertige „allein noch nicht die Annahme nationaler Unzuverlässigkeit", erläuterten die Durchführungsverordnungen. Der den unseligen Zwiespalt in der Großen Koalition beendende Kompromiß läge so recht im Sinne des Verhältnismäßigkeitsprinzips und würde wie dieses funktionieren. Er würde, da auf die Wirksamkeit des antikommunistischen Diffamierungsterrors Verlaß ist, mindestens dasselbe leisten wie die totale Automatik, vielleicht noch mehr. Es ist nämlich seit der Eröffnung der Großoffensive gegen die Demokratie der BRD im Jahre 1951 kaum auf die Bekämpfung der mittelbaren Liebesgrüße aus Moskau, sondern entscheidend darauf angekommen, den demokratischen Charakter der politischen Programmatik nicht-kommunistischer Vereinigungen, Tendenzen und Bewegungen zu zerstören.

Das vielberedete und fälschlich so genannte Parteienprivileg sieht der Zweite Senat des BVerfG durch die „Berufsverbots"-Praxis nicht verletzt, obwohl bei ihm von einem „Privileg" nur insofern geredet werden kann, als es sich um die Alleinzuständigkeit des BVerfG handelt, eine politische Partei in einem besonderen Verfahren für „verfassungswidrig" zu erklären, und dieses Privileg, das zu hüten den Mitgliedern des BVerfG naheliegen müßte, durch die Praxis laufend verletzt wird. (Der Anspruch darauf, aufgrund einer so etwas unter Abweichung von demokratischen Prinzipien gestattenden Verfassungsbestimmung vom BVerfG statt von jedem behördlichen Hinz und Kunz zur Strecke gebracht zu werden, ist im demokratietheoretischen Kontext - natürlich nicht in der Praxis - nicht mehr wert als das aristokratische Vorrecht, für begangene Felonie mit einer seidenen Schnur statt mit einem hänfernen Strick erdrosselt zu werden.) *Einer* von acht Richtern hat sich an dieser Stelle an den Kopf gefaßt und die (von ihm allerdings etwas anders aufgezäumte) Frage aufzuwerfen und zu verneinen gewagt -abweichende Meinung des Richters Dr. Rupp -, ob es mit einer ausdrücklich die Freiheit der Gründung und der Existenz politischer Parteien garantierenden Verfassung in Einklang stehen kann, Beamten den Zugang zu bestimmten politischen Parteien zu versperren, was die Richtermehrheit achselzuckend als „faktische Nachteile bei der Gewinnung von Mitgliedern oder Anhängern" für die betroffene Partei bezeichnet. *Keiner* der Richter vermochte wahrzunehmen, daß mit der Verletzung des Art. 21 Abs. 2 GG zugleich auch alle demokratischen grundrechtlichen Freiheiten der vor der Alternative von Berufs- oder politischer Betätigungsfreiheit gestellten Personen verletzt sind. Einstimmig hat man sich also für die Entbürgerlichung der Beamtenpersönlichkeit ausgesprochen. Sieben der acht Herren aber möchten darüber hinaus den von ihnen erfundenen Assoziationstyp der mitgliederlosen Partei zum Patent anmelden. Schlagen wir also die Gründung einer DKBP (Deutsche Kommunistische Beamten Partei) vor. Sie wird kaum Mitglieder haben können. Denn zwar ist Mitgliedschaft in „verfassungsfeindlichen" Parteien nach dem Senat nur ein „Stück" des zur Zurückweisung vom öffentlichen Dienst führenden Verhaltens. Aber das „Stück" könnte doch jederzeit 99 Prozent des Verhaltens ausmachen. So wird die DKBP keine Mitglieder, infolgedessen auch keinen Vorstand und keine sonstigen Organe haben, und ihre nicht vorhandenen Mitglieder können auch nicht bei Wahlen kandidieren. Aber abgesehen von diesen nicht ins Gewicht fallenden „faktischen Nachteilen" genießt sie in unserer freiheitlichen Demokratie doch den vollen rechtlichen Schutz des Art. 21 GG, der schließlich seinen Preis wert ist. Die „bei der Gewinnung von

Mitgliedern oder Anhängern" nur faktisch beeinträchtigten „verfassungsfeindlichen" und dieserhalb laut BverfG „noch" nicht mit einem „förmlichen" (also wohl mit einem „unförmlichen") Parteiverbot überzogenen Parteien können sogar kraft der unendlich langmütigen „Toleranz" eine ganze Menge von rechtlichen Vorteilen einstecken. So werden sie im Wege der Wahlkampfkostenerstattung für ihre „verfassungsfeindliche" Tätigkeit bezahlt. Ihre Kandidaten könnten aber auch Parlamentarier und Minister, Bundespräsident und sogar Bundesverfassungsrichter werden, wie nach dem bis jetzt zur rechtlichen Relevanz der „Verfassungsfeindlichkeit" entwickelten Lehrgebäude „theoretisch" niemand bestreiten kann. Problematisch wäre allerdings der Fall eines Beamten, der als Abgeordneter einer „verfassungsfeindlichen" Partei einem Parlament angehört. Denn hier müßte das Beamtliche nicht nur gegen das Individuell-Politische, sondern auch gegen das Immunitär-Parlamentarische „abgewogen" werden. Zu dieser interessanten Frage wird sicher bald eine gediegene Dissertation geschrieben, die auch „dogmatisch" klarstellt, ob es sich um eine „echte Doppelabwägung" handelt oder nur um eine „unechte", die eigentlich eine „Dreifachabwägung" von „Verfassungsfeindlichkeit" auf der Präzisionswaage der „Toleranz" ist.

Zum reichen Sortiment nur der „Toleranz" gehören kann - und ist demzufolge nur solange beachtlich, wie die Lage nicht doch ernster wird - auch das an den Gesetzgeber gerichtete umsichtige Ersuchen, für „Verfassungsfeinde", die einen Beruf außerhalb des öffentlichen Dienstes anstreben und deswegen für eine begrenzte Zeit von ihrer „Verfassungsfeindschaft" Abstand nehmen, einen „gleichartigen, nicht diskriminierenden" Ersatz für den Beamtenvorbereitungsdienst (aber gefälligst ohne Unterhaltszuschuß; das brauchte wohl nicht ausdrücklich gesagt zu werden und wird sich auch wohl ohnehin im Wege der „Einheitsausbildung" künftig von selbst erledigen) zu schaffen. Vor soviel Herzensreinheit muß auch die Satire kapitulieren. Niemals würde man in der Tat genötigt sein, den Absolventen dieses Vorbereitungsdienstes den tundo rosso mit dem Schriftzug „Verfassungsfeind" in kyrillischen Lettern anzuheften. Denn ihre Diskriminierung bekämen sie ja schon mit der publizitätsträchtigen Aufnahme in die staatliche chambre séparée. Weil das so schön wäre, würde sich niemand um die Aufnahme bemühen, ganz abgesehen davon, daß die Zahl der „Verfassungsfeinde", die sich auch selbst für solche halten und demgemäß etikettieren, sowieso bei Null liegt. Dies wiederum macht den ganzen Apparat überflüssig und entlastet somit den Staat, der auf diese Weise für sein nie realisiertes Entgegenkommen entschädigt wird. „Toleranz" wird eben wie jede Gutheit belohnt; das wissen wir schon von Karl May.

---

*) Der volle Wortlaut dieses Offenbarungsakts mitsamt den Leitsätzen und den drei abweichenden Richtermeinungen findet sich vorerst wohl nur in der Zeitschrift „Grundrechte" (EuGRZ), Heft 21 v. 30. 7. 1975. Wer nachts an Deutschland denken und dadurch um seinen Schlaf gebracht sein möchte, sollte die Lektüre nicht scheuen, die auch Verständnis für die freiwillige Satire der hier vorgelegten Bemerkungen erwecken könnte.

Der II. Teil von Helmut Ridders „Monumentum Germaniae Juridicum" erscheint in der November-Ausgabe von KONKRET

Prof. Helmut Ridder (Universität Gießen) gilt als der bedeutendste demokratische Verfassungsrechtler der Bundesrepublik. Sein wissenschaftliches und politisches Engagement zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats (z. B. im Kampf gegen die Notstandsgesetze) scheiterte an der Restauration zur Adenauer-Zeit wie später an der offenen oder verdeckten Großen Koalition. Für KONKRET schrieb Ridder jetzt die bislang gründlichste und zugleich leidenschaftlichste Kritik des „Radikalen-Beschlusses" der „Rechts(er)finder" von Karlsruhe.

-

Konkret 10/75, S. 19

PDI

Hermann Josef Abs - ein Widerstandskämpfer?

Wenn das so weitergeht, werden unsere beamteten Geschichtsfälscher bald Goebbels zum Helden des 20. Juli machen. Wie weit wir schon sind, zeigt diese Dokumentation des Presseausschusses Demokratische Initiative (PDI)

In dem vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegebenen „Heft für politische Bildung und innere Führung - Informationen für die Truppe" (7/75) wird auch der Bankier Hermann Josef Abs als Widerstandskämpfer vorgestellt. Er soll in der Zeit von 1933 bis 1945 den Initiator des „Kreisauer Kreises", Helmuth James von Moltke, achtmal getroffen haben.

Und dies ist der Lebenslauf des Widerstandskämpfers in Stichworten:

1933:

Abs ist Prokurist des Bankhauses Delbrück, Schickler und Co., zu dessen Kunden auch Hjalmar Schacht zählt, der dort sein Konto „Nationale Treuhand" einrichtet, das zur Finanzierung der Rechtsradikalen dient. Obwohl zu diesem Zeitpunkt noch alle rechtlichen Grundlagen fehlen, wird auf einer Aufsichtsratssitzung am 28. April 33 beschlossen, alle jüdischen Angestellten fristlos zu entlassen.

1935:

Als ein jüdischer Teilhaber des Bankhauses Delbrück, Schickler und Co. ausscheiden muß, übernimmt Abs dessen Aufsichtsratsmandat.

1937:

Abs wird mit 36 Jahren jüngstes Mitglied im Vorstand der Deutschen Bank AG.

1939:

Abs ist in Aufsichtsräten von 30 Firmen vertreten, darunter der IG-Farben Industrie AG, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG sowie Zeiß-Ikon AG. Der von Hitler ernannte Reichsbankpräsident, Walther Funk, reorganisiert die Reichsbank entsprechend den nationalsozialistischen Richtlinien und legt am 15.6. 39 das Gesetz über die Deutsche Reichsbank (wie sie von nun an firmiert) vor. In den reorganisierten Bankbeirat werden drei leitende Mitarbeiter der Deutschen Bank berufen: Georg Emil Stauss, Eduard Mosler und Hermann Josef Abs. Der letztere wird noch Mitglied von drei anderen Beirats-Ausschüssen: des Börsen-, des währungspoetischen und des Außenhandelsausschusses. Beirat und Ausschüsse bilden in den folgenden Jahren wichtige Gremien der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik.

1940:

Am 9. Mai 1940 spricht Abs im „Deutschen Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen" zum Thema der Kriegsfinanzierung: „Zum Kriegführen gehört Geld und nochmals Geld." Deshalb zählen Devisen zu jenen „unentbehrlichen Gütern, die der deutsche Boden und der deutsche Erfindergeist nicht liefern können". Abs unterläßt es hierbei nicht, auf die Bedeutung der hohen Devisen- und Goldbestände im südosteuropäischen Raum hinzuweisen . . .

„Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Es ist mir eine aufrichtige Freude gewesen, durch die liebenswürdige Übermittlung des Herrn Ministerialrats Horst Walter das eindrucksvolle Buch von Dr. Paul Österreich ‚Walther Funk - Ein Leben für die Wirtschaft` in Erinnerung an den 18. August d. J. von Ihnen empfangen zu dürfen.

Die geistvolle Darstellung Ihrer bisherigen Lebensarbeit und Hervorkehrung Ihrer markanten Charakterzüge und Verdienste als Wirtschaftsjournalist und jetziger Leiter der deutschen Wirtschaftspoetik hat mir aufs neue in vortrefflicher Weise das Bild bestätigt, das ich durch manche von mir hockgeschätzte persönliche Begegnung mit Ihnen habe gewinnen können. So wurde mir die Lektüre dieses Werkes nicht nur eine menschliche Bereicherung, sondern auch ein persönliches Vergnügen. Ich benutze diese Gelegenheit, Sie, verehrter Herr Reichsminister, meiner besonderen Wertschätzung zu versichern.

Heil Hitler!

Hermann J. Abs"

(Schreiben von Hermann Josef Abs an Walther Funk vom 23. September 1940)

7941:

„. . .Auch die Perspektiven, die sich für die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege stellen und die auf einen engeren Zusammenschluß aller europäischen kontinentalen Volkswirtschaften hinauslaufen, rechtfertigen ja unter außenhandelsmäßigen Aspekten eine Betrachtung, die Kontinentaleuropa dem amerikanischen Kontinent gegenüberstellt. Dabei ist daran zu denken, daß der Begriff Kontinentaleuropa, unter dem man bisher die europäischen Staaten ohne Großbritannien und Rußland verstand, durch die kriegerischen Entwicklungen im Osten eine neue Prägung erhalten wird. Auch die Wirtschaft Rußlands wird zumindest in wesentlichen Teilen einem zukünftigen kontinentalen europäischen Wirtschaftsraum zuzuzählen sein. Welchen Zuwachs dieser Raum dadurch an Erzeugungs- und auch an Verbrauchskraft erhält, ist naturgemäß im gegenwärtigen Stand der Entwicklung noch gar nicht abzuschätzen. Jedenfalls wird er auch unter dem Gesichtspunkt der Selbstversorgung mit wichtigen Gütern eine weitere Abrundung erfahren . . ." Es „sei davon auszugehen, daß Deutschland nach dem Krieg Europa beherrscht . . ."

(Rede von Hermann Josef Abs vor dem Handelspolitischen Ausschuß der Reichswirtschaftskammer am 17. Juli 1941)

1942:

„Das neue Europa, das auf den Schlachtfeldern dieses Krieges geschmiedet wird, gründet sich vor allem auf dem Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft aller europäischen Nationen und Länder. Hat dieses Bewußtsein einen großen Teil unseres Kontinents im Kampf um die Sicherheit seiner Völker zu gemeinsamem Handeln zusammengeführt, so sind die europäischen Länder sich in den letzten Jahren auch wirtschaftlich viel näher gerückt . . ."

(Hermann Josef Abs, Der Außenhandel im neuen Europa, Artikel für den Auslandsdienst des Auswärtigen Amtes vom z. Februar 1942)

1943:

„Abs ist einer der acht Finanz- und Industriegewaltigen, die den stärksten Einfluß auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und auf die Orientierung der Hitlerpolitik zum Totalitarismus ausgeübt hat."

(Aus einer Erklärung des USA-Justiz-Department)

1945:

Abs wird auf der offiziellen USA-Liste der Kriegsverbrecher unter Nr. A 31/110 im Bereich der Wirtschaft angeführt.

1946:

Die amerikanische Militärregierung bezeichnet Abs als einen schwer belasteten Nazi. Am 16. Januar 1946 wird Abs aufgrund des vom Kontrollrat beschlossenen Gesetzes Nr. 10, das die Bestrafung der Kriegsverbrecher vorsieht, verhaftet und bleibt 6 Wochen in Haft. Das Büro der „US-Militärregierung in Deutschland" stellt über Abs fest:

„Abs war der Spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband . . . Die Deutsche Bank des Hermann Abs handelte wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung und diente der wirtschaftlichen Durchdringung der Satellitenstaaten und der in Europa besetzten Länder . . . Abs setzte seine ganze Kraft ein zur Ausdehnung der Herrschaft . . . über Europa."

Kurt Schumacher auf dem SPD-Parteitag 1947 in Nürnberg: „Wir stehen vor der Aufgabe, die Cliquenreste des Kapitalismus zu entmachten, die die Zerstörung Europas herbeigeführt haben. Sie sind in ihrem Denken nicht mehr korrigierbar . . ."

Konkret 10/75, S. 20

Claudia Wolff

Radikalenerlaß vor vierzig Jahren

Berufsverbot, Schnüffler, Denunzianten, Existenzangst im öffentlichen Dienst - das gab's schon einmal. Dokumentation von Claudia Wolff

6. März 1933

Herrn Professor M. in H.

Nach den Erhebungen haben Sie im Jahre 1929 meinen deutschen Aufsatz mit dem Bemerken zensiert: er sei ein „Kriegervereinsaufsatz" und haben ihm die Note „ungenügend" gegeben. Ich konnte seinerzeit nicht wissen, welcher parteipolitischen Richtung Sie angehören, um danach meinen Aufsatz zu zimmern. Diese Note des deutschen Aufsatzes war bestimmend für den weiteren Verlauf der Prüfung und mußte ich auch dieserhalb zurücktreten.

Sie können verstehen, daß ich, nachdem sich die politische Lage gedreht hat, nicht ruhe und die Sache durch meine Partei wieder in Fluß bringe.

Bevor ich jedoch dem Ministerium des Kultus und Unterrichts weitere Vorlagen mache, frage ich bei Ihnen an, ob Sie bereit sind, die Angelegenheit auf gütlichem Wege zu regeln und mir zu meinem Abitur zu verhelfen; gegebenenfalls erbitte ich Ihre Vorschläge. . . Ihre Antwort erwarte ich bis spätestens Samstag, den 11. März 33.

Hochachtungsvoll

E. F., Bankprokurist a. D.

1. April 1933

Professor M. an Herrn Polizeidirektor H. in H.

Sehr geehrter Herr Polizeidirektor, nachdem am 20. und 21. März Haussuchungen in meiner Wohnung stattgefunden haben, halte ich es als deutscher Staatsbürger und badischer Staatsbeamter für mein Recht, zu den Verdachtsmomenten, die, wie ich aus der Art der Haussuchungen und der Befragung durch die Beamten schließen mußte, gegen mich vorzuliegen scheinen, Stellung zu nehmen. Ich gebe diese Erklärung unter ausdrücklicher Betonung meiner Eigenschaft als Beamter ab:

1) Ich habe niemals der Kommunistischen Partei angehört oder nahegestanden, ich habe niemals politische Beziehungen zu Kommunisten gehabt, ich habe, was bei der Zeitungsstelle des hiesigen Postamts leicht festzustellen sein dürfte, niemals kommunistische Zeitungen und Zeitschriften gehalten.

2) Meine politische Tätigkeit beschränkte sich auf die Tätigkeit im Vorstand der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft.

3) Meine Beziehungen zu Herrn Dr. Gumbel* rühren von dieser Tätigkeit in der Deutschen Friedensgesellschaft her. Wenn nun, wie ich jetzt erfahren habe, ein in unserer Nähe wohnender Herr zu Hausbewohnern geäußert hat, Dr. Gumbel sei Tag für Tag bei uns aus- und eingegangen, so ist das frei erfunden. Dr. Gumbel war höchstens einmal im Semester zusammen mit anderen Familien abends bei uns eingeladen.

4) Meine Beziehungen zum Ausland beschränken sich auf gelegentlichen Briefaustausch mit Personen, die früher als Pensionäre bei uns gewohnt haben ... der Inhalt dieser Briefe war rein persönlich, niemals politisch.

5) Waffen, wonach ich wiederholt gefragt wurde, habe ich noch nie besessen.

Sollte noch irgendein Verdacht gegen mich bestehen, so bitte ich, darüber vernommen zu werden. Mit der Versicherung vorzüglichster

Hochachtung ergebenst

gezeichnet M.

8. April 1933

Direktion der XY-Oberrealschule in M. an Herrn Professor M.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, daß nach einem Erlaß des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 6. April 33 alle im badischen Staatsdienst beschäftigten Angehörigen der jüdischen Rasse bis auf weiteres vom Dienst zu beurlauben sind . . .

Mit kollegialem Gruß

G.

9. April 1933

Sehr geehrter Herr Direktor, nach dem, was bisher in den Tageszeitungen auszugsweise aus dem neuen Beamtengesetz veröffentlicht ist, besteht ja die Möglichkeit, daß ich nicht endgültig aus dem Dienst ausscheiden muß. Ich nehme doch an, daß meine Beamteneigenschaft nach Ablegung des Diensteides, spätestens aber nach Ausstellung des Zeugnisses der Anstellungsfähigkeit . . ., demnach also vor dem 1. August 1974 begonnen hat . . . Hinzufügen möchte ich noch, da mir mitgeteilt wurde, daß diejenigen von der Entlassung ausgenommen würden, deren Väter oder Brüder gefallen seien, daß mein Bruder im Oktober 1917 an der Westfront gefallen ist . . .

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

M.

28. April 1933

Auszug aus dem Bericht der Polizeidirektion H. an das Kultusministerium Karlsruhe

Am 17. 3. wurde der Außenstelle Abteilung N vertraulich mitgeteilt, daß sich die Frau des Professors M., wohnhaft hier, in der kommunistischen Frauenbewegung betätigt habe. Vorgänge darüber waren nicht vorhanden, da bis dahin derartige Wahrnehmungen nicht gemacht worden waren. Es wurde außerdem mitgeteilt, daß die Eheleute M., hauptsächlich aber die Frau, stets Beziehungen zu dem ehemaligen Professor Gumbel gehabt haben. Polizei-Kommissar Ö. hat am 20. 3. 33 in der Wohnung des Professors M. eine Durchsuchung vorgenommen, die ergebnislos verlief. Die Ehefrau des Professors M. gab dem Polizei-Kommissar Ö. an: Wir waren für die Friedensgesellschaft tätig. Nachdem jetzt alles verboten ist, haben wir das gesamte Material verbrannt. Wir wollten nicht, daß die Mitarbeiter Scherereien bekommen. Ich habe auch mit Professor Gumbel verkehrt, solange er hier war . . . Professor M. war in den letzten Jahren Schriftführer und Leiter der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe H. Außer dieser Tätigkeit hat sich über die politische Tätigkeit des Genannten etwas Nachteiliges nicht feststellen lassen.

Gezeichnet

H.

29. April 1933

Auszug aus der Vernehmung von Professor K., Lehrer an der XY-Oberrealschule in M.

Im Herbst 1927 habe ich bei einem Schüler der Prima von Professor M. angeregt, er solle in der deutschen Stunde einen Gedenkvortrag für den 10 Jahre vorher gefallenen Walter Flex halten. Der Schüler war Wandervogel. Er erklärte mir, er mache das nicht und hielt mir eine Stunde lang Ausführungen über seine pazifistische Einstellung. Ein Kamerad dieses Schülers, der mit anwesend war, erklärte mir auf mein Erstaunen, so sei die ganze Klasse eingestellt. Das sei der Einfluß von Professor M.

19 Mai 1933

Aussage des Professors M. vor Oberregierungsrat Dr. M. im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe, Auszug

Auf Einbestellung erscheint Professor M. Dem Erschienenen wurde bekanntgegeben, was ihm zur Last gelegt wird. Er erklärt:

Ich berufe mich auf die von mir am 1. April an Polizeidirektor Dr. H. in H. vorgelegte und am 6. April an das Ministerium weitergereichte Erklärung.

Zu Punkt 1 dieser Erklärung habe ich noch hinzuzufügen, daß ich auch niemals kommunistische Versammlungen besucht habe...

Meine parteipolitische Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei hat niemals zu einer propagandistischen oder agitatorischen Tätigkeit geführt. Ich bin im Jahre 1923 eingetreten, weil ich es für meine staatsbürgerliche Pflicht hielt, mich offen zu einer Partei zu bekennen . . . Was die mir aus einem Bericht vorgehaltene politische Betätigung meiner Frau betrifft, so kann ich versichern, daß sie niemals Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen ist, und nur deswegen, weil sie politisch stärker als ich interessiert ist, Versammlungen aller Parteien, also zum Beispiel auch nationalsozialistische, wiederholt besucht hat...

Zu den Vorhaltungen aus den Akten des Ministeriums erkläre ich: daß ich das Ideal des Heldentods als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet haben soll, muß ich entschieden verneinen. Da ich das Manuskript dieser Rede, an das ich mich streng gehalten habe, noch besitze, werde ich es dem Ministerium vorlegen.

Daß ich von mir unterrichtete Klassen bewußt und aktiv im pazifistischen Sinne zu beeinflussen versucht habe, ist nicht richtig. Ich habe gerade bei politisch umstrittenen Fragen wie bei der Behandlung der Reformation, des Bauernkriegs, Bismarcks und der deutschen Frage öfters Schüler verschiedener politischer Richtung Referate und Korreferate darüber im Unterricht halten lassen . . . Es würde mich sehr schmerzlich treffen, wenn ich durch eine Entlassung aus meinem Lebensberuf entfernt würde, in dem ich immer mein Bestes gegeben zu haben glaube.

19 Mai 1933

An das Ministerium des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Abt. Kultus und Unterricht - zu Händen von Herrn Ober-Regierungsrat Dr. M., Karlsruhe.

Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat,

beiliegend übersende ich Ihnen das in dem Protokoll meiner heutigen Vernehmung erwähnte Manuskript meiner vor 6 Jahren gehaltenen Verfassungsrede. Ich versichere nochmals nachdrücklichst, daß an dem Manuskript nachträglich keinerlei Änderung vorgenommen worden ist . . . Wenn nun behauptet wurde, ich hätte die Idee des Heldentods als nicht mehr zeitgemäß abgetan, so ist das eine geradezu als übelwollende Verdrehung zu bezeichnende „Zusammenfassung" des Inhalts . . . Da mir jene mir unterschobenen Worte über den Heldentod im Rahmen meiner Vernehmung besonders inkriminierend zu sein scheinen, darf ich mir wohl die Bitte erlauben, das Lehrerkollegium der XY-Oberrealschulc in M., soweit es damals der Rede beiwohnte, zu befragen, ob über den Heldentod Sätze in der von mir niedergeschriebenen Form oder jene mir vorgeworfenen Worte ausgesprochen worden sind.

12 Juni 1933

Direktion der XY-Oherrealschule in M. Auszug aus einer Befragung des Kollegiums über das Verhalten des Professors M. an der XY-Oberrealschule in M.

Die Lehrer der Anstalt, welche am 30. 7. 1927 die Verfassungsrede des Professors M. anhörten, haben folgende eidesstattliche Erklärungen abgegeben:

1) Professor K. erklärte, daß die Worte vom „nicht mehr zeitgemäßen Ideal des Heldentods" wörtlich gefallen sind.

2) Die Professoren Dr. B., E., Dr. H., S., Dr. Ue. und Zeichenlehrer H. erklärten, daß sie sich nicht mehr daran erinnern können, ob die Worte vom nicht mehr zeitgemäßen Ideal des Heldentods wörtlich gefallen sind, daß aber Professor M. Worte gebrauchte, die dazu geeignet waren, das Heldentum und den Heldentod herabzuwürdigen.

3) Die Professoren B., K., R., Dr. S. sowie Musiklehrer G. und Turnlehrer H. gaben die Erklärung ab, daß sie sich nicht mehr an den genauen Wortlaut der Ausführungen des Professors M. erinnern, daß sie sich aber durch seine Ausführungen in ihrem vaterländischen Gefühl verletzt fühlten.

4) Die Professoren B., Dr. B., D., E., F., H., K., M., S., Z. sowie Realschullehrer S. und Zeichenlehrer S. erklärten, daß sie von den Ausführungen des Professors M. keine deutliche Erinnerung mehr haben . . .

Ich bemerke noch ergebenst, daß ich selbst nicht in der Lage bin, eine Erklärung abzugeben, da ich an der Verfassungsfeier 1927 wegen Krankheit nicht teilnehmen konnte . . .

Gezeichnet G.

22. Juli 1933

Ministerium des Kultus, des Unterrichts und der Justiz- Der Leiter der Abteilung B - Höhere Schulen.

Sehr geehrter Herr Professor, ich bitte Sic, sofort die nötigen Unterlagen einzusenden zum Nachweis dafür, daß Sie als Frontkämpfer im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zu betrachten sind.

Gezeichnet K

Ministerialrat

23. Juli 1933

Herrn Ministerialrat K., Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Ministerialrat, in Beantwortung des Schreibens vom 22. des Monats übersende ich beiliegend meinen Militärpaß. Ich erlaube mir, insbesondere auf Seite 11 des Passes hinzuweisen, wo als Gefechte verzeichnet sind:

vom 8. 11. 16 bis 8. 10. 17 Stellungskampf im Oberelsaß vom 11. 10. 17 bis 12. 12. 17 Stellungskampf in Westflandern.

3. August 1933

Auszug aus einer Niederschrift des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Karlsruhe.

Zu den Akten wird bemerkt: Bis jetzt war die Eigenschaft des Professors M. als Frontkämpfer zweifelhaft, weil er bei einem Armierungsbataillon in den Vogesen Dienst getan hat. Er war laut seinem Militärpaß Armierungssoldat und nicht Armierungsarbeiter. Nach dem Kommentar zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ... sind Armierungssoldaten, nicht aber Armierungsarbeiter dann als Frontkämpfer anzusehen, wenn in ihren Kriegsstammrollen Eintragungen über mitgemachte Gefechte enthalten sind . . . Die Frontkämpfertätigkeit des Professors M. steht danach fest.

Von den gegen Professor M. erhobenen Beschuldigungen wegen pazifistischer Betätigung war die schwerste, daß er vom „nicht" mehr zeitgemäßen Ideal des Heldentods" im Jahre 1927 bei einer Verfassungsfeier gesprochen haben soll. Daß diese Worte gefallen sind, wird lediglich von Professor K. an der XY-Oberrealschule in M. bezeugt. Professor M. hat die betreffende Rede vorgelegt und angegeben, daß er sie wörtlich gehalten habe, wie die Niederschrift laute . . . Es ist die Rede eines ausgesprochenen Pazifisten, die aber Formulierungen nach Art des Herrn Gumbel nicht enthält. Zweifellos war sie aber geeignet, die Gefühle von Männern, die auf einem anderen Standpunkt stehen, zu verletzen.

Die übrigen gegen Professor M. erhobenen Beschuldigungen bewegen sich alle in der Richtung, daß er bewußter Pazifist war. Nach den im Bereiche der Unterrichtsverwaltung gemachten Feststellungen müßte man, wenn man alle Beamten, die im Sinne der Deutschen Friedensgesellschaft oder der Friedensliga tätig waren, aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums abbauen wollte, eine sehr große Anzahl von Beamten der verschiedensten politischen Richtungen abbauen. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sieht auch ein Einschreiten gegen diese Beamten nicht ausdrücklich vor, sondern nur gegen diejenigen, die sich in der Liga für Menschenrechte betätigt haben. Es muß daher in solchen Fällen festgestellt werden, ob der Betreffende eine entsprechende Lehrpersönlichkeit ist und ob er nach seiner allgemeinen Haltung in der Lage sein wird, sich loyal auf den Boden der gegebenen Verhältnisse zu stellen. Herr Referent K. hat Professor M. zu diesem Zweck zu sich bestellt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Genannte unbedenklich im Schuldienst gehalten werden kann. Es empfiehlt sich aber, ihn nicht mehr in Deutsch und Geschichte, sondern in Fremdsprachen zu verwenden.

---

* Anmerkung: Dr. E.mil Julius Gumbel, Professor für Mathematische Statistik, geboren 1891 in München, Emigration zunächst nach Frankreich, später in die USA, gestorben in New York 1966, veröffentlichte wichtige Bücher über den politischen Mord und die politische Justiz in der Weimarer Republik.

Professor M. wurde bis zum Erlaß der Nürnberger Gesetze im Jahr 1935 im Schuldienst gehalten. 1938 gelang es ihm, zusammen mit seiner Familie nach England zu emigrieren. Er kehrte 1956 in die Bundesrepublik zurück und starb 1971.

Konkret 10/75, S. 23

Für Wahrheit über Portugal

Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller, darunter viele KONKRET-Autoren, richten diesen Appell an die europäische Öffentlichkeit:

Die unterzeichnenden Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler halten es für nötig, die Öffentlichkeit ihrer Länder auf einen Skandal ersten Ranges aufmerksam zu machen: Die Berichterstattung der Presse dieser Länder über die Vorgänge in Portugal.

Was geht in Portugal vor? Ein Kolonialreich, mit äußerster Grausamkeit regiert von einer faschistischen Diktatur, ist zusammengebrochen und hat ein verelendetes Land zurückgelassen. Ein Rat aus den Personen, welche die Diktatur gestürzt haben, versucht seitdem einen Neuaufbau. Der portugiesische Revolutionsrat, bestehend aus Menschen von den verschiedensten Gesinnungen, ist ausgestattet mit einem Mandat, an das er gebunden ist: dem in den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom April 1975 mit überwältigender Mehrheit erteilten Auftrag des portugiesischen Volkes, Strukturen einer sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten. Daran ist nichts zu drehen und zu deuteln: die Massen der sozialistischen und kommunistischen Wähler wünschen ein sozialistisches Portugal. Der Wunsch der Mehrheit des portugiesischen Volkes nach einem wirklichen Sozialismus wäre noch eindeutiger ausgefallen, wenn die Millionen von Portugiesen, die gezwungen sind, als billige Arbeitskräfte in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zu leben, mitgestimmt hätten. Nur ein kleiner Bruchteil von ihnen hat die Möglichkeit dazu gehabt.

In dieser Situation richtet die Presse unserer Länder ein Trommelfeuer von Nachrichten und Kommentaren gegen die Politik des portugiesischen Sozialismus. Gezielt, einheitlich, vollkommen gleichgeschaltet, errichtet sie ein geschlossenes System der Diffamierung. Durch tendenziöse Auswahl der Nachrichten vermittelt sie ein völlig falsches Bild der portugiesischen Realität. Während sie sich wochenlang ausschließlich der Darstellung eines publizistischen Randvorgangs widmet, verschweigt sie - von verschwindenden Ausnahmen abgesehen - die grundlegenden Vorgänge des heutigen Lebens in Portugal: die geduldige, zähe Arbeit der Alphabetisierung zurückgebliebener Regionen, die Überführung des Bodens aus den Händen von zehn Familien in die Hände der Bauern und Landarbeiter, das erstaunliche Ausbleiben jeder Gewalt bei der Sozialisierung des Bodens, der Nationalisierung der Fabriken. Diskussionen im Revolutionsrat, das Auftauchen der verschiedensten Ideen über Rätedemokratie und Planwirtschaft, Investitionslenkung oder Arbeiterinitiative überschüttet sie mit geistlosem Hohn, dem Hohn einer kapitalistischen Nationalökonomie, die vorgibt, alles besser zu wissen und doch ihre eigenen Länder nicht vor ökonomischen und ökologischen Krisen bewahren kann.

Als selbstverständlich suggeriert sie ihren Lesern die Anmaßung der Regierungen unserer Länder, Portugal wirtschaftliche Hilfe vorzuenthalten, solange es nicht bereit ist, auf das System der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsform einzuschwenken. Beharrlich verschweigt sie, daß die portugiesische Militärregierung bis heute nicht darauf verzichtet hat, ein Klima der Freundlichkeit und Toleranz zu erzeugen, und daß jedermann in Portugal sie offen kritisieren kann. Statt dessen bekundet sie Sympathie für jenen reaktionären Mob, der, und das ist ein sicheres Zeichen des Faschismus, von den finstersten Elementen des gestürzten Systems verhetzt, die Institutionen der linken Parteien überfällt und anzündet.

All dies inszeniert die Presse unserer Länder - die sogar den Namen einer bürgerlichen Presse verwirkt hat - im Zeichen einer scheinheiligen Sorge um die Demokratie. Sie, die es jahrzehntelang sorgfältig vermieden hat, sich in die portugiesischen Zustände unter der Diktatur Salazars und Caetanos einzumischen, mischt sich heute in die inneren Verhältnisse Portugals ohne jede Hemmung ein. Sie erfindet zu diesem Zweck ein ganzes linguistisches System. Dessen Leitwort ist die Phrase vom Pluralismus. Allerdings demonstriert sie mit jedem Blatt, das ihr Leser aufschlägt, was sie unter Pluralismus versteht: Jene Art von Pressefreiheit, die es 20 reichen Zeitungsbesitzern in Europa und Amerika erlaubt, uns ihre Meinungen aufzudrängen.

Die Unterzeichnenden, von denen einige die Verhältnisse in Portugal aus eigener Anschauung kennen, möchten mit dieser Erklärung dazu beitragen, daß jenes System der Nachrichten über Portugal als das erkannt wird, was es ist: als Propaganda. Die Journalisten unter den Lesern unserer Erklärung fordern wir auf, ihren Kampf um die politische Mitbestimmung bei der Auswahl der Nachrichten und Kommentare ihrer Blätter fortzusetzen. Jeden denkenden Menschen erinnern wir daran, daß die geschlossene Meinungspresse in unseren Ländern nichts Neues ist: Wir kennen sie aus der historischen Erfahrung des Faschismus. Als demokratische sich zu tarnen, darf ihr nicht erlaubt werden.

Die Unterzeichner sind: James Aldrige, England; Alfred Andersch, Schweiz; Edward Bond, England; Roger Bordier, Frankreich; Henry Deluy, Frankreich; Jean-Pierre Faye, Frankreich; Erich Fried, England; H. A. P. Grieshaber, BRD; Hans Werner Henze, BRD; Günter Herburger, BRD; Richard Hey, BRD; Friedrich Hitzer, BRD; Alfred Hrdlicka, Österreich; Prof. Walter Jens, BRD; Alfred Kern, Frankreich; Heinar Kipphardt, BRD; Professor Friedrich Knilli, BRD; Franz Xaver Kroetz, BRD; Alain Lance, Frankreich; Titina Maselli, Italien; Alberto Moravia, Italien; Professor Michael Nerlich, BRD; Hans Erich Nossack, BRD; Pierre Paolo Pasolini, Italien; Professor Helmut Ridder, BRD; Franco Solinas, Italien; Michael Scharang, Österreich; Carlo Schellemann, BRD; Lorenza Tornabuoni, Italien; Renzo Vespignani, Italien; Peter Turrini, Österreich; Martin Walser, BRD; Peter Weiss, Schweden; Saul Yurkievich, Argentinien.

Konkret 10/75, S. 24

Karin Reschke

Abtreibung ist keine Lappalie

Es ist kein Traum. Ich bin schwanger. aber ich werde keinen schwangeren Berg vor mir hertragen. Kein Alptraum wird aus mir herauswachsen. Ich treibe ab!

Ein Flugblatt vom Frankfurter Frauenzentrum ist rasch zur Hand. Alle notwendigen Informationen lassen sich in Windeseile herbeischaffen. Frankfurt, Frauenzentrum, Eckenheimer Landstraße, Telefon. Keine telefonischen Auskünfte bezüglich organisierter Abtreibungsfahrten nach Holland. Der Feind hört mit. Also, auf nach Frankfurt.

Frauenzentrum, Eckenheimer Landstraße. Heißer Abend. Einige Frauen Kokken beieinander, reden gedämpft. Die Atmosphäre ist eher cool, nicht so sehr einladend, zu bleiben. Der Raum, ein ehemaliger Laden, sieht traurig aus, traurig-lieblos, jederzeit abrißbereit. Diese Abrißbereitschaft drückt sich in der flüchtigen Begegnung mit der Gruppe aus. Ich warte mit großer Ungeduld, gleichzeitig möchte ich wieder davonrasen, andererseits habe ich das Bedürfnis, meine Nervosität an irgendeiner Regung der Frauen festzumachen, es gelingt mir nicht. Zum Glück kommt eine aus der Gruppe auf mich zu. Ich packe sofort aus. Und sie versteht im gleichen Atemzug.

Wir verabreden uns nahezu schweigend für achtundvierzig Stunden später. Erleichtert gehe ich mit meiner Freundin, die mich eher stumm begleitet hat, einen trinken. Achtundvierzig Stunden werde ich schon noch überstehen. Angst, daß alles nicht klappen könnte, schleicht sich ein.

Achtundvierzig Stunden später. Frankfurt, irgendwo in der Stadt. Schlafenszeit, aber schon abgestandene Nacht. Schemenhafte Umrisse von Frauen fügen sich locker zu einem festem Bild der Verabredung. Niemand spricht ein Wort. Die Blicke wandern sekündlich zur nahen Normaluhr. Der große Zeiger rückt voran. Wie werden immer mehr. Taxis kommen und gehen. Frauen machen sich auf, abzutreiben.

Der Bus kommt mit Verspätung. Unser Bus. Alle schlüpfen rasch hinein. Erleichtert. Keine sieht die andere an. Blöde Situation. Das bißchen Furcht, das ich habe, kann ich nicht äußern, da niemand kontaktiert werden will. Plötzlich sausen wir durch die Schlafstadt in Richtung Autobahn. Keine Menschenseele unterwegs. Nacht-und-Nebel-Aktion. Vier Frauen vom Frauenzentrum sind als Betreuerinnen dabei. Eine habe ich achtundvierzig Stunden zuvor im Zentrum gesehen. Galina. Wir lächeln einander erkennend zu. Die erste Hürde scheint genommen. Versuch' auf meinem Sitz noch ein wenig zu schlafen. Scheißsonnenaufgang. Roter Taunus.

Krampfhaft geschlossene Augen, eingeklappte Körperhaltung, Frösteln. Der Busfahrer stoppt. Erkenne unter Blinzeln Camberg, Rasthaus, Parkplatz. Die Tür zischt auf. Eine Frau in mittleren Jahren, mit Strickjacke, Einkaufstasche und sonnigem Gemüt steigt zu. Die ist bestimmt im falschen Bus, hier geht's nicht „auf Arbeit". Unverdrossen lacht sie, hat offenbar ausgeschlafen, sitzt kerzengerade auf ihrem Platz, die Tasche auf dem Schoß. Eine von uns, ganz ohne Frage. Ich versuche trotzdem, weiterzudösen. Die Sonne piekt schon von allen Seiten, auf der Haut kribbelt's. Mit einem Mal ist es taghell.

Evelyn vom Frauenzentrum wünscht einen guten Morgen, gibt uns ein paar Informationen über den weiteren Verlauf der Reise. Voraussichtliche Ankunft in Den Haag I L Uhr 3(l, Erfrischung in einem Hotel, danach Kliniken. Zwei stehen vertraglich zur Auswahl. Die NVSH, eine Stiftung ohne Stifter, und die Klinik S. Bredam. Die zuerst genannte nimmt fünf Frauen auf, die Bredam zwanzig. Wir sind fünfundzwanzig Frauen. Die NVSH rühmt sich, in längeren Einzelgesprächen und Voruntersuchungen die Frauen für den Eingriff entsprechend zu entspannen. In der Bredam geht es mit örtlicher Betäubung schneller. Wir werden quasi aufgeteilt. Da die meisten von uns ohnehin in die Bredam-Klinik müssen, entsteht um die Auswahl von fünf Frauen für die NVSH wenig Gerangel. Und schließlich haben alle ein Ziel, der Rest ist Organisation. Bei Siegburg machen wir Pause. Frühstück. Halbe Stunde Zeit, sich außerhalb des Busses zu beschnuppern. Aber es kommt nicht viel dabei heraus. Die Doppelbödigkeit des Unternehmens soll möglichst gewahrt bleiben. Heimlich, heimlich nach Holland, die Frucht austreiben. Schon die Angst vorm Nachbarn treibt die Blüten der Demut. Die ersatzlose ‚Streichung des Paragraphen 218 scheint überhaupt kein Angriffspunkt der Gespräche untereinander zu sein. Angst ist das einzig vorherrschende Gefühl im Bus, Angst als Treibmittel, Angst vor Strafe, Angst vor Solidarität. Sitze neben einer „Arztehefrau" aus einem hessischen Dorf. Hat drei Kinder, hilft ihrem Mann in der Praxis, will die Frucht nicht mehr austragen, ist in aller Heimlichkeit unterwegs. Auch der Ehemann ahnt nichts von seinem Unglück. Es ist ein Hohn, daß Frauen noch immer dieses Versteckspiel treiben. Sie sagt: „Ein Glück, daß der Rummel um die Forderung der Frauen, eine ersatzlose Streichung des Paragraphen zu erreichen, nachgelassen hat, um so unauffälliger kann man nach Holland fahren und abtreiben."

Zuerst glaube ich, die leistet sich eine Stilblüte, aber im Laufe der Stunden entpuppt sie sich als gesellschaftlich getreues Doppelmoralweibchen. Meine Empörung findet keinen Ausdruck. Alle zucken mit den Schultern, die Frauen vom Zentrum

kochen, ausgesprochen wird es nicht, denn es geht in erster Linie um das psychische Wohl aller. Aber genauso eine Typin stimmt am Ende für die christliche Indikation zum Schutze der Volksgesundheit. Mir ist speiübel.

Damit bleibt vorerst alles beim alten. Die Frauen treiben weiterhin heimlich ab, und die Frauenzentren werden als Sammelbecken der Frustration fungieren und weiterhin den Makel der Zweideutigkeit und politischen Irrelevanz zu tragen haben. Nicht eine einzige Frau im Bus weiß, wie gefährdet ihre eigene Fahrt nach Holland ist, daß das Frauenzentrum Frankfurt noch vor acht Wochen nach dem polizeilichen Überfall auf das Büro in der Eckenheimer Landstraße Zielscheibe der Verfolgungsbehörden war, daß die gesamte Abtreibungskartei verschwunden ist und die Bedrohung durch die Staatsanwaltschaft beinahe die gesamte Arbeit der Frauen lahmlegte.

Die anschließende Demonstrationsfahrt nach Holland erwies sich als augenblickliche Glückssträhne, Tausende waren dabei, die Medien überschlugen sich in der Berichterstattung, die Fragen blieben, die Heimlichkeiten gehen weiter, die Welle der Empörung ist abgeebbt, das Bundesverfassungsgericht ist die unumschränkte heilige Inquisition. Die gebrochene Aggression der Frauen endet im Taktieren. Statt einer Kartei setzen sie Zeichen, Zeichen für Frau, Zeichen für Gesetzesbruch, Zeichen für Solidarität. Frauen gemeinsam sind stark. Aber die Problematik im Bus soll durch ein rasches pauschal individuelles Handeln entproblematisiert werden. Schlagwörter, wie Pillenpause, unglücklicher Zufall, passiert, Pille vergessen, gehen reihum. Wie es nachher weitergehen soll ist Glückssache.

Über die wahren Hintergründe einer jeden Schwangerschaft wird kaum gesprochen. Alles sieht unheimlich oberflächlich aus, und jede Frau scheint aus ihrer Eigenverantwortlichkeit entlassen, entlassen in die Ausnahmesituation der Abtreibung im Ausland. Schwebende, nicht ganz zurechnungsfähige Frauen, glaubt man -an einer Auseinandersetzung über ihre Situation sind sie jedenfalls nicht interessiert-, Einzelwesen sind sie, deren moralische Kategorien familiär bestimmt worden sind, die zurückkehren, als sei nichts gewesen, die die Pille wieder schlucken, ängstlich, demütig, reuig. Die Grenzen der Unmündigkeit werden im allgemeinen nichtüberschritten. Ihre Fragen enden im Augenblick.

Ich bin plötzlich müde, enttäuscht, abgespannt. Ich spüre die Spannung in der Brust, die unaufhaltsame Veränderung durch meinen Fremdkörper in mir. Deutsche Grenze. Holländische Grenze. Niemand interessiert sich für uns. Die Hauptreisezeit ist mit uns, die Hitze und unser Busfahrer, der ständig sein hütend Auge in den Innenspiegel senkt.

In Den Haag schließlich steht die Hitze. Trotz naher See. In einem Vertragshotel, Klinik-Frauenzentrum Touristik, dürfen wir uns frischmachen, sammeln und der Organisation hingeben. Also, ab in die Bredam. Die ersten zehn treten an. Im VW-Bus der Klinik wird mir etwas mulmig. Der Fahrer ist jung, flott, Angestellter der Klinik. Die Betreuerinnen halten Händchen. Die Klinik nennt sich von außen „Studios". Und man vermutet ein stinkfeines Puff. Innen ist das Studio vollkommen verpoppt, Club-Studio, Playboy-Club-Studio. Häschenfrauen mit hochgestylten Brüsten rennen herum, Negerinnen lächeln, nennen sich Helferinnen in der Not. Eine Rezeption wie in einem fast vornehmen Club. Anträge ausfüllen, pro forma, Daten, Blutgruppe usw. Anschließend zahlen: 250 Mark.

Noch im Stehen die Hose herunterlassen für eine Kreislaufspritze. Hose wieder hoch, dann ganz schnell ausziehen, in einer engen Kabine, auf einem winzigen Flur, Nachthemd an, ein wenig Waschen, Pinkeln, Klamotten zusammenhalten. Anschließend in der Reihe sitzen und warten. Alle morgendlich gekleidet, es ist zwölf Uhr. Unausgeschlafene Schlafenszeit. Ein Fest für Fotografen. Zehn unterschiedlich behemdete Frauen, angeturnt durch eine Stabilisierungsspritze. Die anderen zehn Frauen müssen im Hotel warten. Ich bin die zweite Kandidatin. Eine nunmehr typische Holländerin im weißen Kittel ruft mich auf, und ich folge ihr mit meinem Täschchen durch ein mittleres Labyrinth in ein Behandlungszimmer. Rauf auf den „Pflaumenbaum", hurtig, Beine ins Geäst, Kauruck, Spekulum angesetzt, ohne Rücksicht auf die Temperaturunterschiede von Haut und Metall. Jetzt erst sehe ich, daß ich eine Ärztin vor mir habe, die meine Gebärmutter von oben abdrückt und von unten mit einer Zange erreichen will. Sie spritzt ein Betäubungsmittel in den Gebärmuttermund, um den Eingang ins Geheiligte schmerzlos weiten zu können. Sie weitet, ohne die Wirkung der Spritze abzuwarten, den Gebärmutterhals, und führt die Kanüle zum Absaugen der Frucht in die Gebärmutter ein. Sie setzt die Pumpe in Gang, drückt und schlägt auf meinem Unterbauch herum, spricht unablässig mit ihrer Assistentin holländisch, reißt mit einem Mal alles Metall und Plastik aus mir heraus, zerrt mich vom Stuhl und behauptet, daß ich erst in der vierten Woche sei und man da ja bekanntermaßen noch nichts absaugen könne, das wisse ich doch, ich könne hier nicht die Zeit der Ärzte verplempern, solle mich nach Hause trollen, in vierzehn Tagen wiederkommen, da sei die Frucht so groß, daß man sie mühelos absaugen könne. Unten nackt werde ich abgeschoben in den sogenannten Ruheraum. Mein Bauch tut weh, wie aufgerissen, und meine geweitete Gebärmutter hängt mir fast ohnmächtig zwischen den Beinen. Irgend jemand bittet mich, Urin abzugeben zwecks Laboruntersuchung auf Schwangerschaft. Ich wähne mich in einem Horrorfilm. Alles, was ich aus meiner Blase quetsche, ist blutig, klumpig. Flatternd, schwitzend, frierend versuche ich wieder in meine Kleider zu kommen. Der Trip ist zu Ende, ich bibbere am ganzen Körper. Evelyn versteht die Welt nicht mehr. Ich bin total durcheinander, vierte Woche schwanger und solche Riesenbrüste, Nährboden für eine mindestens acht Wochen alte Schwangerschaft. Das kann doch nicht wahr sein. Mein Zeitplan ist nicht mehr rekonstruierbar, ich weiß überhaupt nicht, wie ich mich verhalten soll. Eine dunkle Wut beginnt in meiner Magengrube Unheil anzurichten. Ich habe das Gefühl,

mich übergeben zu müssen. Figuren kommen und gehen, das Behandlungszimmer klappt auf und wieder zu. Eine Frau nach der anderen stürzt bleichgesichtig roden Ruheraum. Die Helferinnen verteilen , Apfelsinensaft im Pappbecher, lächeln wie Stewardessen im Flugzeug. Eine Farce?

Drei weitere Frauen haben es ebenfalls nicht geschafft. Ein achtzehnjähriges Mädchen klappt fast zusammen. Im Warteraum der Klinik verlange ich von den anderen eine Zigarette, obwohl ich seit Monaten nicht mehr rauche. Was tun? Kriegsrat halten. Vier Frauen als Windeier nach Holland? Irgend etwas muß passieren. Es ist ein Unding, in vierzehn Tagen diesen Wahnsinnstrip zu wiederholen, sich so behandeln zu lassen, rücksichtslos, kaltschnäuzig wie eine Maschine, die nicht auf Anhieb funktioniert. Ich bin zum Zerreißen gespannt. Galina vom Zentrum hat einen rettenden Einfall. Wir fahren in die NVSH-Klinik. Evelyn bleibt zurück und betreut die Erfolgreichen, Galina organisiert zwei Taxen in die Beverningkstraat.

Wieder durch die Stadt, mulmig, schon verwundet, aber irgendwie zäh unnachgiebig. Vier angekratzte Frauen stürmen die NVSH.

Wieder ein bißchen Club mit Grünpflanzen, Bar im Foyer und Supermarktmusikberieselung. Galina gibt an der Rezeption eine Erklärung ab. Ein hübsches Weib telefoniert mit noch Unbekannt, nicken, lächeln, Plazet von oben. Wir werden „behandelt". Ein weiteres Elfenwesen auf BH-Busen tänzelnd überreicht uns eine Broschüre „Abtreibung ist keine Lappalie". Ich habe allerdings nicht mehr den Nerv, das Ding zu lesen. Mein gesamtes Karin-System ist durcheinander. Es durchrieselt mich zudem heiß und schauerlich. Was ist aus meinen zweihundertfünfzig Mark geworden? Hat die Galina das Geld eigentlich zurückbekommen, das wir in der Bredam gelassen haben? Ja, denn in meiner Tasche sind auf einmal 250 Mark. Blackout.

Wieder Personalien, Daten, Blutgruppe, Zahlen, Abwarten. Galina ist seelenruhig aber gespannt. Die Voruntersuchung verläuft reibungslos. Ich zittere mich wieder auf den Kletterbaum. Der Arzt in Hemdsärmeln ist ziemlich freundlich. Er fragt mich, warum ich blute. In dürren Worten schildere ich ihm meine Begegnung mit der Bredam. Er schüttelt den Kopf, tastet vorsichtig meine Gebärmutter ab und bescheinigt mir schließlich die achte Schwangerschaftswoche.

Was dann kommt, geht rasend schnell und doch unendlich langsam. Durchschleusen durch ein neuerliches Labyrinth von Kammern, Gängen. Eine Schwester, die mich bittet, mich bis aufs Hemd auszuziehen. Das alte Spiel, Entblößung der Scham, der blinde Aufstieg in den „Pflaumenbaum" das unfreiwillige Spreizen der Beine, links bekomme ich eine Mullsocke angezogen. In dem Moment beginne ich auch schon zu zittern. Zwei Schwestern beruhigen mich. Der hemdsärmelige Arzt hat eine Klarsichtschürze umgebunden, als wolle er Steaks braten. Wieder die Spekulumlöffelchen, Vorziehen der Gebärmutter, Weiten, ziehender Bohrschmerz, das Weiten des Häkchens, was für ein Dakapo! Die Schwestern sprechen beruhigend auf mich ein. Sie erklären mir den Absaugmechanismus. Die lange Angel mit der Absaugkanüle fingert sich durch mich hindurch. Die Pumpe beginnt zu summen. Man sagt mir, das Absaugen sei eine schmerzlose Dreiminutenaktion. Das empfinde ich allerdings nicht. Vielleicht bin ich auch nur so verspannt, daß mir das Aussaugen der Frucht größere Schmerzen bereitet als anderen Frauen. Ich halte mindestens sechs Minuten höchster Anspannung durch. Eine Ewigkeit. Dreimal muß die Kanüle neu eingeführt werden, die Pumpe lossummen. Mein Gesicht schwimmt weg wie im Vortod. Ich sehe nur noch verschwommen das Männerhemd von hinten, die Arme, die ein Behältnis entleeren, einen Strich von Blut auf dem Spülbeckenrand. Die Schwestern heben mich sanft herunter, ziehen mir ein Papierhöschen an, führen mich in eine kleine Umkleidekabine, entkrampfen mich vorsichtig auf der dort installierten schmalen Kunststoffliege. Dann heule ich los. Zitternd, in meinem eigenen Schweiß erkaltet. Abtreibung ist keine Lappalie, beileibe nicht.

Leichtfüßig jedenfalls kommt man nicht nach Holland, leichtfüßig läßt sich eine solche Entscheidung nicht herbeibeten. Meine moralische Kategorie ist der körperliche Schmerz, der die Psyche mitreißt. Minutenlang fühle ich mich in meinem emanzipatorischen Bemühen um Selbstbestimmung ins hexenverfolgte Mittelalter zurückgeworfen, diese Schmach des Eingriffs, ein sexuelles Monstrum der Gesellschaft, minutenlang sind alle Theorien über die Frauenbewegung zum Teufel, der Teufel sei mit allen bösen Geistern der Gegenwart. Die Helfer in der Not, die NVSH, können nicht dieselben Interessen haben wie die Frauen in der Not.

Mit diesem vorläufigen Fazit falle ich ausgehöhlt Galina in die Arme und lasse mich erst mal völlig „abgeschlafft" nach Deutschland zurücktransportieren.

Konkret 10/75, S. 31

Henning Venske

Der NDR zieht ins neue Haus

Drei Jahre lang sehen wir das Haus in der Höhe wachsen. Nun ist es fertig, sechzehngeschossig, und wenn ein mißmutiger Redakteur hinunterspringt, legt er 57,25 Meter im freien Fall zurück. Es war sogar billiger als geplant - für ca. 30 Millionen Mark bietet es 7657 qm Nutzfläche. Wie viele Leute in unserem neuen Haus arbeiten, ließ sich nicht feststellen, weil ein Teil immer Zeitung liest und ein anderer Teil wegen der Sparmaßnahmen keine Arbeit findet. Aber unsere Raumplanungskommission hat vor dem Einzug alles aufs beste geregelt und jedermann Schreibtisch und Stuhl zugewiesen. Die Abteilungsleiter haben rechtzeitig den Raumbedarf ihrer Abteilung angemeldet, so daß nur sehr wenige Kollegen ratlos auf dem Flur standen und nicht wußten, wohin mit dem Mobiliar. Sehr zu loben ist hier der Abteilungsleiter Koordination, unser Herr Hilpert, der auch gleichzeitig unser Gewerkschaftschef ist, denn er hat - ohne Zwang! - vier leerstehende Räume an unbehauste Mitarbeiter anderer Abteilungen abgegeben, obwohl eine solche Raumreserve sein Prestige enorm gestärkt hätte. Denn die Bedeutung eines Zimmerinsassen wird ersichtlich aus den ihm zur Verfügung gestellten Achsen. Eine Achse entspricht einer Fensterbreite. So hat ein Abteilungsleiter Anspruch auf eineinhalb, ein Hauptabteilungsleiter auf zwei und ein Direktor auf drei Achsen. Ein normaler Mensch hat Anspruch auf eine Achse. Freie Mitarbeiter werden auf Halbachsen gepackt. Aber, das ist ja wohl klar, einigen wird mehr geboten als das, worauf sie Anspruch haben. Unser Herr Merseburger zum Beispiel kann nun, da er als notorischer Falschparker bekannt ist, sein Auto mit ins Dienstzimmer nehmen, und der Vorsitzende der Raumplanungskommission, unser Herr Möller, hat ebenfalls eine Nutzfläche zur Verfügung, die nicht in Achsen zu messen ist. Seine findigen Untergebenen wollen ihm zu Weihnachten Fernglas und Megaphon schenken, um die Distanzen zu überwinden. Aber am schönsten hat es unser technischer Direktor, und das muß er auch, denn die Bedeutung der technischen Direktion schrumpft immer mehr, weil die Produktion sagt, was gemacht wird, und das können dann nur große Firmen ausführen, und bald ist sowieso alles vollautomatisch. Also unser Herr Krieger hat die meisten und vor allem die schönsten Achsen, und weil er der oberste ist, im 15. Stock, hat er auch einen schäfchenweichen Teppich, damit er die unter ihm nicht mit dem schweren Tritt des Werktätigen stört. Als unser Herr Jäger, das ist der Programmdirektor vom Rundfunk (wo er ein ganz bescheidenes Bürochen hat), bei unserem Herrn Krieger zur Besichtigung war, hat er gesagt, hier würde er sehr gern als Sekretärin arbeiten. Natürlich haben diese wichtigen leitenden Kollegen häufig Konferenzen abzuhalten, und weil die Untergebenen in der festlichen Atmosphäre des Chefzimmers oft unnötig verhemmt sind, gibt es noch spezielle Besprechungsräume, wo man sich die Meinung sagen kann. Unser neues Haus ist auch trefflich möbliert, weil es dem unterschiedlichen Geschmack in der Hierarchie Rechnung trägt: Die großen AT-Leute, die Außer-Tarifler, konnten sich neue Möbel aussuchen, die Abteilungsleiter haben auch neue Möbel bekommen, durften aber nicht aussuchen, weil zu viele geschmacksunsichere Herrschaften darunter sind, und die normalen Menschen haben die schönen, alten, bewährten Stücke weiterhin in Gebrauch. Natürlich ist unser Haus vollklimatisiert, und wenn die Sonne scheint, gehen überall automatisch die Jalousien runter. Schiebt sich eine Wolke vor die Sonne, gehen die Jalousien automatisch wieder hoch. Seitdem finden wir wechselnde Bewölkung spannend. Bei Windstärke 7 gehen die Jalousien auch automatisch hoch, aber Gott sei Dank steht der Windmesser in einer ziemlich windgeschützten Ecke. Um 18 Uhr wird die Klimaanlage abgeschaltet. Auch am Wochenende ist sie nicht in Betrieb - eine in die Zukunft weisende Sparmaßnahme, wenn am Sonntag die aktuellen Berichte vom Freitag wiederholt werden. In den Teeküchen gibt es keine Klimaanlage und keine Jalousien, damit die kaffeekochende Sekretärin merkt, wie gut sie es an ihrem Arbeitsplatz hat. Wir bedauern ein bißchen, daß unsere Fenster keine Gardinen haben, aber unser Herr Beuthin von unserer Bauabteilung hat geschrieben, daß zugezogene Gardinen den vom Induktionsgerät aufsteigenden Luftstrom abbremsen würden und dann Zugerscheinungen im Raum auftreten, da die kalte Luft dann über unserm Arbeitsplatz direkt auf uns herunterfällt. Wir wollen natürlich keine Erscheinungen, und deswegen verzichten wir auf Gardinen. Dafür genießen wir unseren Gymnastikraum, der sehr kommunikationsfreundlich ist: Früher konnte man sich mit einer willigen Mitarbeiterin heimlich ins Wannenbad schleichen, heute muß man offiziell mit ihr zusammen duschen. Die Umkleideräume sind nach Geschlechtern getrennt, aber dann verlieren wir alle Scheu . . . Daß der Gymnastikraum reichlich frequentiert wird, dafür sorgt unser Stromkreislauf: Wenn auf unserer Etage drei elektrische Schreibmaschinen, ein Fotokopiergerät und ein paar Lampen eingeschaltet sind, verweigert er den Dienst. Dann kommen zwei Elektriker, weil alle Handwerkerposten bei uns doppelt besetzt sind, schließen den Sicherungskasten auf und bringen den Stromkreis wieder in Gang. Aber bis dahin haben wir etwas Gymnastik und viel Duschen hinter uns. Übrigens bemühen wir uns, zu sparen, wo es geht. So sind alle Müllschlucker abgeschlossen, damit wir möglichst lange etwas von dieser schönen Anlage haben. Den Aktenaufzug benutzen wir auch nicht - aus Pietät, weil sich ein Kollege totgelacht hat, als er das Schild „Betreten verboten" las. Aber vor 14 Tagen hat der liebe Kollege Jungwirth ein Glas Milch hineingestellt - und gestern konnten wir ein staubiges Joghurt bestaunen. Wir beschäftigen das billigste Raumreinigungsunternehmen weit und breit - so daß auch unsere zentrale Staubsauganlage noch so gut wie neu ist. Am allerschönsten in unserem neuen Haus ist das Entree, denn dort hängt eine Tafel, die uns den Weg durch unser Haus weist. Jeder Bereich hat eine Farbe - die Technik ist.

blau, die Produktion ist grün und das Programm ist rot. Unser Herr Möller (CDU) hat sich das ausgedacht, und wir alle haben uns über soviel Humor gefreut. Wenn man also in die Produktionsleitung Bildungs- und Kursusprogramm will, muß man nur groß P (Grün), klein b (Rot) suchen, und dann findet man's. Aber zum Fahrstuhl geht es rechts durch die Glastür - die Knöpfe, auf die man zuläuft, das sind nicht die Fahrstuhlknöpfe, sondern die Feuermeldeknöpfe. Die und die Wegweisertafel hat unser Herr Möller extra da anbringen lassen, um eventuelle Terroristen zu verwirren! Jetzt freuen wir uns natürlich schon auf unseren nächsten Umzug, denn daß unser neues Haus schon wieder ein bißchen klein ist, weiß jeder. Und unser Herr Neuffer - der mit dem Durchblick - hat schon gesagt, daß, wenn man die Räume ein bißchen anders aufteilt, man noch ein ganzes Stockwerk rausholen kann! Und wenn das auch nicht reicht, dann bauen wir eben ein neues Haus - die Schrebergärten, auf die wir hinabblicken, gehören uns nämlich schon lange . . .

Konkret 10/75, S. 33

Chile nach dem Putsch - 8. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung im und um den Faschisten-Staat. Autoren der Serie sind die Mitglieder der Union antifaschistischer chilenischer Journalisten in der Bundesrepublik

Die Feierlichkeiten, mit denen der zweite Jahrestag des Militärputsches in Chile begangen wurde, gipfelten in einem symbolischen Festakt im Monedapalast, dem ehemaligen Sitz der verfassungsmäßigen Präsidenten des Landes. In Gegenwart der Mitglieder der Junta entzündete eine Gruppe von jungen Leuten „die ewige Flamme der Freiheit", die, wie es offiziell heißt, „für immer davon künden wird, daß Chile seine Zukunft in den eigenen Händen hält".

Schwarzer Humor, Heuchelei oder Propaganda? Tatsächlich hat dieses zweite Jahr der Militärdiktatur die Bevölkerung nicht nur tiefer ins Elend gestürzt, sondern sie auch einer weitaus raffinierteren und grausameren Repression als im ersten Jahr unterworfen.

Wenige Tage vor diesem „symbolischen Festakt" nahm Augusto Pinochet, der sich seihst per Dekret zum Präsidenten Chiles ernannte, in einen Interview mit dem Wochenmagazin „Ercilla" zum politischen Kurs der Junta Stellung: „Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Mitglieder gleiche Möglichkeiten, Pflichten und Rechte haben. Eine Gesellschaft, die es erlaubt, Freiheit zu genießen, nicht auf eine individualistische Weise, sondern wir alle müssen verantwortlich und solidarisch im Hinblick auf die Bedürfnisse der anderen handeln und bei Erfüllung dieser großen Hufgabe die Erfolge und Opfer miteinander teilen."

Dieses Konzept der „freien Gesellschaft", das Pinochet entwirft, steht in krassem Gegensatz zur Wirklichkeit.

Der Fall der 1 19 Chilenen, die verschwunden waren und später tot aufgefunden wurden - ,;aufgrund interner Kämpfe", wie es die chilenischen Tageszeitungen „El Mercurio" („Mitglieder des MIR streiten untereinander um die Verteilung der Beute") und „La Segunda" („Ausgerottet wie Ratten") meldeten -zeigt die Methoden auf, die von der Junta und ihrem Depressionsapparat angewendet werden. Die Geschichte der 119 Genossen, die „verschwanden und sich untereinander töteten", wurde von den Tageszeitungen „LEA" aus Argentinien und „O DIA" aus Brasilien bekanntgemacht. Diese Zeitungen dienten als Informationsquelle für die internationalen Presseagenturen, um die Nachricht in der Welt zu verbreiten. Interessant ist, daß die beiden Blätter lediglich einmal erschienen und nicht einmal die Pressevereinigungen beider Länder von ihrer Existenz wußten. Die chilenischen Zeitungen fügten ihrerseits weitere Informationen hinzu und gaben bekannt, daß jene Chilenen in Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Mexiko, Panama und Frankreich gestorben seien.

Bis heute gelang es nachzuweisen, daß 77 Personen im Beisein von Verwandten oder anderen Zeugen verhaftet wurden und von weiteren 26 gibt es indirekte Informationen über ihre Verhaftung. Außerdem hatte das kirchliche Komitee „Pro Paz Chile" für die 119 Chilenen die Einleitung gerichtlicher Verfahren beantragt.

Wie sind diese Genossen gestorben? Aus glaubwürdigen Quellen geht hervor, daß die Totenlisten, die in den Zeitungen

LEA" und „O DIA" veröffentlicht wurden, lediglich ein Vorwand waren, um den Massenmord an den 119 Chilenen zu verschleiern. Sie starben an den Folterungen, die Angehörige der Geheimpolizei DINA an ihnen vorgenommen hatten. Einige von ihnen waren sogar noch am Leben, als die beiden Zeitungen veröffentlicht wurden. Sogar der christdemokratische Expräsident der Republik, Eduardo Frei, beantragte beim Obersten Gerichtshof eine Untersuchung über den Verbleib der 1 19 Landsleute. Ohne Erfolg. Das Plenum des Gerichtshofes wies die Eingabe mit sieben gegen fünf Stimmen zurück.

Zurück zu dem Interview Pinochets. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage im Lande führt der Präsident ein wenig verworren aus: „Wenn der Preisindex für die Verbraucher monatlich um 9 bis 12 Prozent ansteigt, bin ich zufrieden, denn das besagt, daß wir dabei sind, (die Inflation) zu senken. Wenn sich das stabilisiert, kann man sagen, daß es uns gut geht. Wenn das nicht so ist, geht es uns schlecht. Wenn wir im Jahr auf 200 bis 250 Prozent kommen, sind wir auf einem guten Weg." Später bezieht ersieh auf die Kaufkraft der Chilenen und erklärt: „Die Käufe (P. meinte wohl: die Kaufkraft) sind zurückgegangen. Aber es stimmt, daß wir immer an etwas anderes gewöhnt waren. Der Chilene hatte eine sehr besondere Eigenart. Er hat immer heute das ausgegeben, was er morgen erst verdienen wollte. Heute gibt er aus, was er hat, das ist etwas anderes. Was geschah früher? Es reichte aus, Geld zu drucken. Ich kann alle zufriedenstellen und ihnen 6 oder 7 Monate Glück schenken. Dann würden wir wieder die gleiche Situation haben. Denn Geld drucken ist nicht schwer . . ."

Die Chilenen geben das aus, was sie haben, und leider haben sie sehr wenig. Nach Zahlen, die in Chile veröffentlicht wurden, ist der Anteil der abhängig Beschäftigten am Bruttosozialprodukt von 57 Prozent (Ende 1973) auf 36 Prozent gesunken. Die Leiter der Verbände der Bau-, Textil- und Metallindustrie haben erklärt, daß die Arbeitslosigkeit im Lande 20 Prozent erreicht hat. Dementsprechend ist auch die industrielle Produktion im ersten Halbjahr 1975 um 17 Prozentzurückgegangen.

Die Sozialpolitik der Militärjunta, die Pinochet als „zutiefst menschlich" bezeichnet, bewirkt irreparable Verluste. Beispielsweise sind die Folgen der Unterernährung bei Neugeborenen und Kleinkindern (körperliche Schäden, geistige Unterentwicklung, Schwachsinn etc.) unübersehbar. Selbst ein Mitglied der Junta, General Gustavo Leigh, hat lakonisch erklärt, daß „die sozialen Kosten des Programms ein wenig die Grenzen desjenigen überschritten haben, was ich erwartet hatte", und im Hinblick auf die deflationistische Politik gab er zu, daß sie „den ärmsten Klassen des Landes schwere Leiden" gebracht habe.

Trotz alledem halten die für die gegenwärtige Situation in Chile Verantwortlichen weiter daran fest, daß sie sich auf einem guten Weg befinden. Ihr wichtigstes Barometer ist die Unterstützung im Volke. Dazu meint Pinochet: „Bis jetzt haben wir sehr wenig Rückhalt verloren. Gott sei Dank! Wir hatten 76 Prozent und sind auf 72 Prozentgesunken. Bis jetzt. Denn wahrscheinlich könnten wir noch mehr verlieren."

Pinochets schönste Sentenz: „Wir Militärs sind nicht zum Regieren geschaffen, sondern zum Befehlen und zum Führen. Die Ausübung von Befehlsgewalt ist nichts Neues für uns, denn darin besteht das Wesen unseres Berufes und eben dies befähigt uns zu regieren."

Zwei Jahre ist die Militärjunta jetzt an der Macht. In dieser Zeit wurden dreißigtausend Chilenen ermordet, etwa hunderttausend sind durch die Konzentrationslager gegangen und mehr als hundertfünfzigtausend leben im Exil.

In diesen zwei Jahren hat die Bewegung der internationalen Solidarität mit dem chilenischen Volk ihre Unterstützung unverändert aufrechterhalten. Allein in der BRD wurden im Laufe des Septembers 60 Veranstaltungen und vier große Kundgebungen in den Städten Frankfurt, Hamburg, Bonn und Düsseldorf durchgeführt.

Wir werden zurückkehren und wir werden siegen!

-

Konkret 10/75, S. 34

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Früher bei Hitler, heute bei Springer - **Albert Speer** hat immer gewußt, wo's warm rauskommt. In der „Welt" antwortete der NS-Häuptling jetzt auf den Vorwurf, aus seiner kriminellen Vergangenheit ein Geschäft zu machen: „Ich habe meine Schuld auf mich genommen. Ich habe bezahlt. Selbstverständlich kann ich mit dem, was ich geschrieben habe, auch Geld verdienen. Gute Arbeit hat ihren Preis." Speers Bilanz sieht infolgedessen etwa so aus: Aktiva: Vierzig Millionen Tote, unzählige Millionen Verstümmelte. Passiva: Zwanzig Jahre Spandau. Saldo: Zwei Bestseller. Scheiß auf „Entdämonisierung des Nationalsozialismus" - das wahrhaft Dämonische am Auf und Ab zwischen KZ-Wächtern und Springer-Journalisten ist doch die Unsterblichkeit des Koofmichs.

Und dieses sagt - ungefragt -**Heinz Schulte**, Vorsitzer des Vorstandes der Steag AG, Essen: „Ein Wesensmerkmal erfolgreicher Unternehmer ist die Anpassungsfähigkeit nicht nur an Marktentwicklungen, sondern auch an die des Staates." Genau.

Was ließ die Welt, die andere, einen Sommer lang in schier unerträglicher Spannung verharren? Wogegen schrumpften Portugal und Arbeitslosigkeit zu Randnotizen? Richtig, das Pressefest der „**UZ**" auf den Düsseldorfer Rheinwiesen war's, dem die DKP-Zeitung entgegenzählte wie John Maynard dem Hafen von Buffalo:

. . und noch 15 Tage bis Düsseldorf." Wo aber noch nicht die Weltrevolution ausbrach, sondern bloß - „Junge, Junge" - „eine Begeisterung, als Frank Schöbel, der internationale Schlagerstar aus der DDR, auf der Pressefesttribüne seine Lieder sang. Im Nu eroberte der Sänger die Herzen seiner vielen tausend Zuhörer." Schade, daß Dieter Thomas Heck wegen gleichzeitiger Verpflichtung durch die CDU-Frauen verhindert war, den Sänger für die ZDF-Hitparade und den Rezensenten für „Hör zu" anzuheuern. Ob ihm das Schöbel-Foto aus der „UZ" gefallen hätte? Freddy im HO-Look? Es kömmt, soll mal einer gesagt haben, darauf an, die Welt zu verändern. So?

Edward Kennedy schrieb einen Brief an die Kirchenzeitung der Erzdiözese von Boston: Ein Schwangerschaftsabbruch sei moralisch falsch und stelle keine legitime oder auch nur annehmbare Antwort auf eine Notlage dar. Wollten die USA der moralischen Grundlage, auf die sie sich beriefen, treu bleiben, müßten sie „jedes ungeborene Leben, ob erwünscht oder unerwünscht, ohne Einschränkung durch das Gesetz schützen". Sind die Kubaner und Vietnamesen selbst schuld, daß sie sich hatten entbinden lassen, bevor der eine Kennedy seine Ledernacken übers Meer schickte. Und auch der andere, der sich jetzt beim Bischof anmeiert, hat kein Kind im Mutterleib getötet, sondern bloß eine lästige Geliebte im Auto absaufen lassen.

Die Alten meinten, die Erde sei flach wie ein Brett. Das wurde ihnen irgendwann ausgeredet. Seitdem hat die Ehrfurcht vor Überliefertem nachgelassen -selbst in der „**Frankfurter Allgemeinen Zeitung**", die jetzt den Aberglauben, die Entlassung sogenannter Arbeitnehmer werde von sogenannten Arbeitgebern vorgenommen, gründlich zerstört: „Krause und seine Kollegen in den anderen zuständigen Gewerkschaften haben offenbar das Gefühl für Menschen verloren, die stempeln gehen müssen." Dennoch, die „FAZ" leidet auch darunter, daß es nicht mehr so ist, wie es einmal war: Früher hießen die Entdecker Kopernikus oder Galilei. Dieser hier heißt bloß noch „Vr.".

Eine Studie der jugoslawischen Regierung kommt zu dem Schluß, Korruption sei das beste Mittel, die Berichterstattung der westdeutschen Presse über den Balkan-Staat zu verbessern: „Über freundschaftliche Beziehungen, durch Bestechung und in jedem Fall in direktem Kontakt . . . Die westdeutschen Journalisten gehören zu den privilegiertesten der Welt, die politischen Parteien schmieren sie ausgiebig." Noch einer, der mit der Behauptung Aufsehen machen will, die Erde sei kein Brett. Es wird ein bißchen viel entdeckt in letzter Zeit.

Doch kaum hat sie sich ein paarmal gedreht, sieht die „Welt" wieder ganz anders aus: „1n vielen Zeitungsredaktionen sitzen maskierte oder offene Parteigänger der radikalen Linken, in den Fernsehanstalten sind sie in der Überzahl . . .", schreibt Löwenthals Freund **Rudolf Krämer-Badoni**. Und nachdem er Stephan Stolze-Alts „Report-Magazin" gesehen hatte, fragte er besorgt: „Bist du's, Gerhard -oder bist du maskiert?"

Bekenner des römisch-katholischen Glaubens zeichnen sich dadurch aus, daß sie auch vor der unbefleckten Empfängnis (folgenreiches Petting mit dem Heiligen Geist) nicht kaltmachen. Ähnlich der FDP-Vorsitzende **Hans-Dietrich Genscher**: „Deshalb steht bei uns an der Spitze das Bekenntnis zur Markwirtschaft." Nun ist Markwirtschaft eigentlich der Glaube an die beglückenden Wirkungen von Profit und Risiko. Beelzebub ist der Dirigismus, die staatliche Planung. Infolgedessen fährt Genscher mit seinem Bekenntnis fort: „Als kurzfristig wirkende Maßnahme ist ein öffentliches Investitionsprogramm erforderlich, das vor allem in der Bauwirtschaft weitere Beschäftigungsrisiken verhindern soll." Also sprach der Papst zu seinen Kurienkardinälen: „Kinder, das Mahl war vorzüglich, der Tag war heiß, geh'n wir in den Puff .',

Im Reiseteil der „**Zeit**" werden Kreuzfahrten angepriesen: „Ostern auf der Queen." So sorgt die adlige Belegschaft dafür, daß das Thronfolgeproblem bis Weihnachten gelöst ist.

Der Bremer SPD-Politiker Franke wurde von der CDU verdächtigt, einen Pfarrer zum Meineid angestiftet zu haben. Die „**Welt**" berichtet zutreffend: „Der angegriffene stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende bestritt die Vorwürfe . . . Dagegen bestätigte er, mit Pfarrer Kaiser ein Telefongespräch geführt zu haben." Demnächst in diesem „Welt"-Theater: „Der Jungsozialist bestritt, fünf Kleinkinder geröstet zu haben. Dagegen bestätigte er den Kauf einer Bratpfanne." Was machen solche journalistischen Strichjungs eigentlich, wenn mal einer meldet: „Der ‚Welt'-Verleger Axel Springer bestritt, in seinem Kampener Haus minderjährige Schüler sexuell mißbraucht zu haben. Dagegen gab er zu, Verleger der ‚Welt` zu sein?"

Diese „Welt" hatte im August zwei bemerkenswerte Autoren - einen Kommunisten und einen Gewerkschaftsführer. Alvaro Cunhal und Heinz O. Vetter? Nicht gerade die, aber **George Meany** und **Jiri Pelikan**. Meany ist Chef des US-Gewerkschaftsverbands AFL/ CIO (wobei sich über das O streiten läßt), Pelikan war Chefredakteur des tschechoslowakischen Fernsehens zur Zeit des Prager Frühlings. In der „Welt" war Meany dagegen, „unsere überlegene Technik den Russen" zu liefern, und Pelikan - neben dem Stammplatz des Nazi-Karikaturisten Hicks - dafür, einen „neuen Sozialismus" (im Osten) zu schaffen. So einen richtig freiheitlichen, mit dem menschlichen Antlitz des George Meany auf allen Briefmarken.

Erst sagt die FDP, was das Kapital will, dann sagt „**Capital**", was die FDP will: „Eine Lohnpause für die Dauer des Minus-Wachstums". Während einer Zigarettenpause darf geraucht werden. Hingegen wollen die Liberalen während der Lohnpause nicht mehr löhnen, jedenfalls nicht für die Dauer des Minus-Wachstums. (Was das ist? Ganz einfach: das Gegenteil von Plus-Schrumpfung.) Und wenn die Gewerkschaften nicht mitspielen, können die Freidemokraten ihren Finanziers immer noch raten, in den Pinkelpausen der Tarifverhandlungen ihren Minus-Durst an den Plakatwänden der FDP abzuschlagen.

Der „Playboy" hat **Gunter Sachs** gefragt: „Wie sehen Sie sich zur Zeit?" Man hätte sich gewünscht, daß einem, der sich aus dem Schweiß von Tausenden ein lustiges Leben macht, ein wenig Selbstkritisches beifallen würde, warum nicht, kostet ihn ein Lächeln. Aber nein: „Sacks: Irgendwie als eine Art Faust, der noch immer nicht seinem Mephisto begegnet ist. Es wäre eine interessante Herausforderung." Sachs denkt dabei an Gründgens, obwohl selbst in dessen Interpretation Faust mehr Zweifler als Hurentreiber war. Andererseits wäre noch wünschenswerter eine Inszenierung, in der der Vorsitzende eines Arbeiterrats der Firma Fichtel & Sachs seinem einstigen Ausbeuter mit der mephistofelischen Dienstanweisung versähe: „Staub sollst du fressen . . .

Obwohl nach einigen Klagen die Fernsehgesellschaften nur noch solche Bewerber als politische Kommentatoren zulassen, die zuvor in Anwesenheit einer ziemlich paritätischen Kommission langsam von eins bis sieben gezählt haben, taucht immer wieder dieser **Friedrich Nowottny** auf, und zwar so: „Helmut Schmidt dämmerte es am Telefon. Vorsichtig nickte er zu erwartendes Einverständnis und erbat Einzelheiten . . . Die Dinge nahmen ihren Lauf . . . In dem dann folgenden strategisch glänzend rollenden Dreiersprung der Spitzengespräche . . ." Das sind Bonner Perspektiven: Der Kanzler telefoniert bei Sonnenuntergang, nickt seinem Gesprächspartner durch die Leitung zu, der schüttelt mit Kopf und Hörer unerwartetes Nixverstehn, schon rollen spitze Gespräche im Dreisprung, Nowottny nimmt seinen Lauf, der Intendant erbittet vorsichtig Einzelheiten, German language - heavy language, der Rezensent hustet zu erwartendes Einverständnis in die Schreibmaschine, den strategisch glänzenden Göttern vom Studio Bonn dämmert es . . . und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat einen neuen Sorgefall.

Tun wir ihm den Gefallen, gehn wir auf Nummer **Neckermann**. Bloß, wie heißt die? 08/15? 10,0? 1933? Der Neckermann-Reiseprospekt versucht eine Antwort: „Neckermann erfüllt die gute deutsche Kreuzfahrt-Tradition mit neuem

Leben!" Hin und her, ins gelobte Land und heim ins Reich, Kiautschau und Agadir, Deutsch-Südwest und „Zauber der Karibik". Doch da endet auch schon der Traum: Das Kreuzfahrerschiff heißt nicht „Walter Flex", sondern „TS Maxim Gorki". Und das ist doch eine Art Versicherung.

Helmut Schmidt hat sich in seinem Urlaub am Brahmsee auch mit Gerhard Stoltenberg getroffen: „Das Treffen war über die SPD-Fraktion im Kieler Landtag bekanntgeworden. Ein Fahrer war mit einem Schinken und einer Flasche Schnaps - ein Geschenk von Oppositionsführer **Matthiesen** - auf dem Weg zum Kanzler, wo er nach Angaben der SPD überraschend auf den Ministerpräsidenten stieß." Die Genossen schlafen nicht, Schinkenhäger macht sie reger. Das ist freilich kein lückenloses Informationssystem - mit Melissengeist wär's vielleicht danebengegangen.

Fritz Raddatz, Verfasser der Marx-Biographie „Dicker Kalle, gutes Kind", hat einen Protektor gefunden, den Mainzer Provinz-Buffo **Helmut Kohl**. Der hat sich - im Geburtshaus von Marx in Trier -nämlich für „eine Marx-Forschung in vernünftigen Dimensionen" ausgesprochen, und zwar so, daß „freien Menschen in unserem freien Land eine Auswertung Marxscher Originale" ermöglicht werde. Nein, natürlich nicht schrankenlos, sondern „zu Studienzwecken". Nach Voranmeldung und nach Genehmigung durch den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz, weil sonst der Zweck des Studiums, zum Beispiel der Lehrerberuf, nicht erreicht werden kann. Wenn aber in Zukunft nicht verhindert wird, daß Zecken am Arsch der Bourgeoisie das Geburtshaus von Marx mit ihrer Ausdünstung füllen, soll man's abreißen. Irgendein Kohl-Freund spekuliert sicher schon auf das Grundstück.

Konkret 10/75, S. 36

Yaak Karsunke

Wenn der schwarze Affe den weiden Jäger jagt

Kampf des Jahrhunderts, Kampf des Jahrtausends - verbrauchte Slogans (verbraucht für die Kämpfe Ali-Frazier und Ali-Foreman), aber verbraucht schon vorher, verbraucht wie Werbung bloß sein kann: was uns als Knirpse begeisterte, hieß „Ringschlacht". Das waren die ersten Schlachten nach der Schlacht um Berlin, die wieder von Deutschen gewonnen wurden; Kunststück, es traten bloß Deutsche gegen Deutsche an damals, im erbitterten Kampf um die begehrten „Kalorien", die Schwerstarbeiterkarte zum Beispiel. Alte Männer prügelten im Berliner Waldbühnenring erbarmungslos aufeinander ein, bis sie auf der blutigen Matte ausglitschten und sich sportlich-fair wieder auf die steifen Beine halfen: Heuser, Neusel . . . Nach der Währungsreform versuchte auch noch Max Schmeling sein trauriges Comeback, am 31. Oktober 1948 verlor der 43jährige seinen letzten Kampf in Berlin.

They'll never come back: Gahrmeister, „die menschliche Windmühle", Hucks, „der Hufschmied vom Rhein" (damals hatte das Fernsehen den Sportreportern noch nicht die Sprache verschlagen). Als Dieter Hucks gegen Conny Rux antrat, saßen mein Freund Rolli und ich ratlos am Radio - was macht man mit zwölf, dreizehn Jahren, wenn sich zwei heißgeliebte Heroen eine *Ringschlacht* liefern? Wir schwankten rundenlang und schlugen uns schließlich auf die Seite des Siegers, des Stärkeren. Mehr hatten wir nicht gelernt.

Das war so eine Sache mit den Göttern, aber wir hatten Übung. Hitlerjunge Herbert Norkus & SA-Mann Tennigkeit waren Anfang Mai 1945 außer Kurs gesetzt worden; ungläubig staunend sah ich dem Rotarmisten zu, der bei meinem Vater eine Kiste Zigarren aus dem Schrank holte, dessen Protest mit zwei Ohrfeigen quittierte (wie mein Alter sonst meinen) und ihm anschließend versöhnlich eine der eben geklauten Zigarren anbot. Erlebnisse dieser Art wirkten ungeheuer befreiend. Aber die Befreiung hielt nicht vor, ich begriff sie auch noch nicht. Also suchten wir uns neue Götter.

Die neuen waren den alten ähnlich, identisch mit ihnen waren sie nicht. Das Recht des Stärkeren wurde eingeschränkt und korrigiert durch Gewichtsklassen, Regeln und Ringrichter: Als „de kölsche Aap", Peter Müller, im Ring durchdrehte und Ringrichter Pippow k. o. schlug, fanden wir ihn nicht einmal mehr komisch. Unseren Müttern allerdings konnten wir diese feinen Unterschiede nie klarmachen, sie hielten Boxer schlicht für brutal. (Dabei schlugen sie selbst, nur nicht sich mit etwa gleich schweren anderen Hausfrauen, sondern ihre weitaus leichteren Kinder, vom übrigen Terror ihrer Kleinfamilien mal nicht zuschreiben.) Uns war es egal; wir saßen weiter vor dem Volksempfänger, warteten auf den dreifachen Anfang jeder Ringschlacht: den nur schwach vernehmbaren Ausrufer „Ring frei - zur ersten Runde!", die dröhnende Lautsprecher-Ansage „Runde eins" und den blechscheppernden Gong.

Was unsere Mütter nicht schafften, brachte ein freundlicher Deutsch-Amerikaner namens Kirsch zuwege. Er war der erste Manager, der nach 1945 wieder US-Boxer nach Berlin importierte, „vier schwarze Perlen" als internationalen Vergleichsmaßstab für die lokalen Matadore. Und die Herren Jones, Marshall, Stribling und Young leisteten ganze Arbeit. Zwei Kampftage (im Frühjahr und im Sommer 1950) genügten, um den Westberliner Boxfans ein „Weltniveau"-Trauma beizubringen, wie es sonst nur in der DDR gedieh. Als Conny Rux am 20. August 1950 gegen Gene Jones in der fünften Runde k. o. ging, schaltete ich das Radio aus.

Seither ist mein Verhältnis zum Faustkampf gebrochen wie eine Boxernase. Trotzdem stellte ich mir in der Nacht vom B. auf den 9. März 1971 meinen Wecker auf 4.15 Uhr (nicht anders als mein Großvater seinen in jener Nacht des Jahres 1938, als aus dem Volksempfänger anstelle einer Boxreportage lediglich der entsetzt-beschwörende Zuruf des deutschen Reporters kam: „Max, steh auf, steh auf!" - aber der „braune Bomber" Joe Louis hatte Max Schmeling, den „schwarzen Ulanen vom Rhein", in der ersten Runde ausgeknockt; der *Neger* den *Arier,* wie es damals hieß).

Auf meinem Bildschirm fand 33 Jahre später der Kampf eines *Black Muslim* gegen einen Uncle Tom statt: Muhammad Ali versuchte, den ihm gestohlenen Weltmeistertitel Joe Frazier wieder abzunehmen. In seiner politischen Bedeutung war dieser Kampf eine Zweitauflage des Treffens mit Floyd Patterson am 22. November 1965 in Las Vegas. Eldridge Cleaver hat dessen Hintergründe (in „Seele auf Eis", dtv-Taschenbuch 710) analysiert: das weiße Amerika akzeptiert einen schwarzen Champion nur so lange, wie er sich zwar im Ring wie ein Tiger, außerhalb desselben jedoch wie eine Schoßkatze benimmt.

Cleaver: „Durch einen kuriosen psychischen Mechanismus erlebt sich der unscheinbarste weiße Mann selbst als Gigantenkiller, als Supermann, als großer weißer Jäger, der einen riesigen schwarzen Affen, den vom weißen Mann gezähmten schwarzen Champion, an der Leine herumführt. Aber reißt der Affe sich von der Leine los, schlägt mit tödlichen Fäusten an seine massive Brust und fängt obendrein zu reden an, verkündet sich selbst als den Größten, deklamiert Poesie und vernichtet jeden Gewehrträger, den der weiße Jäger auf ihn hetzt (der weiße Jäger ist selbst ja nicht gewillt, in den

Ring zu klettern), so findet eine gefährliche Verschiebung im Selbstwertgefühl des weißen Mannes statt - weil *das, wodurch er sich definiert hat, nicht länger eine erkennbare Identität besitzt. , Wenn* dieser schwarze Affe ein Mann ist', sagt sich der weiße Jäger, ‚was bin dann ich?"`

Jedes der hier angesprochenen Tabus hatte Ali verletzt. Als er sich 1964 auf seinen ersten Titelkampf gegen „Sonny" Liston vorbereitete, lud er Malcolm X ins Trainingslager nach Miami ein - auf der Pressekonferenz nach dem Sieg über Liston bekannte sich der neue Weltmeister zum Islam, die weißen Zeitungen machten daraufhin einen Black Muslim aus ihm und Floyd Patterson erklärte öffentlich, er als Katholik werde versuchen, den Titel aus den heidnischen Händen zurückzuerobern.

Als der Kampf dann tatsächlich stattfand, war Cassius Clay bereits tatsächlich den Black Muslim beigetreten, hatte seinen Namen in Muhammad Ali geändert und war nach Mekka gepilgert. Den christlichen Glaubenskämpfer Patterson jagte er zwölf Runden lang durch den Ring, bis ein mitleidiger Ringrichter den ungleichen Kampf abbrach - den Sieger Ali bedachte das weiße Publikum mit Unmutsäußerungen. *Schwarzes Selbstbewußtsein* war nun wirklich das letzte, was man im Boxring zu sehen wünschte.

Ali aber demonstrierte es genau dort, und er demonstrierte es unnachahmlich. Das Schlimmste an seinem *ballyhoo* „Ich bin der Größte" war eben, daß er recht hatte damit. Anläßlich der Fernseh-Übertragung eines seiner Titelkämpfe wurden im Beiprogramm alte Wochenschau-Aufnahmen von einem Joe-Louis-Titelkampf gezeigt - man gewann den Eindruck, Ali wäre mit beiden Kontrahenten zur gleichen Zeit in einem Ring fertig geworden und zwar so schnell, daß die andern es vermutlich nicht mal gemerkt hätten. Wo die alten Kämpen verbissen Fuß an Fuß aufeinander einschlugen, da tänzelte er per *Ali-shuffle* durch den Ring: wenn er es nicht vorzog, sich scheinbar an den Seilen festnageln zu lassen und bearbeitet zu werden wie ein Sandsack; hatte er das Gefühl, der Gegner habe sich nun genug verausgabt, verschaffte er sich mit ein paar Schlägen Luft und zog seinen ausgepumpten Widerpart leichtfüßig hinter sich her an den Platz, an dem *er* den Kampf fortzuführen gedachte.

Über Alis Schlagkraft ist viel spekuliert worden, mehr als einmal wurde behauptet, *die* kampfentscheidende Wucht besäße er eben doch nicht: Die Technik konnte ihm nicht mal ein Blinder absprechen, also bezweifelte man eben die Kraft. Im Fernsehen kommen die Schläge auch meist wie leicht getupft, schnell hintereinander, mehr Ballett als Boxen. Erst wenn man anderntags Inder Zeitung Trefferfotos sieht, Alis Handschuh in den zerbeulten Gesichtern des jeweiligen Gegners, wird ziemlich deutlich, daß sich Burschen wie Liston oder Foreman nicht deshalb auf die Bretter gelegt haben, weil Ali sie lediglich müde gestreichelt hatte. Von den neun erfolgreichen Titelverteidigungen zwischen 1965 und 1967 hat Ali immerhin sieben durch K. o. gewonnen -mit einem Bums wie ein Baby läßt sich so eine Liste nicht erklären.

Dennoch brachte der *weiße Jäger* ihn schließlich zur Strecke - per Einberufungsbefehl. Bereits im Frühjahr 1966 hatte Ali erklärt, *er* habe keine persönlichen Streitigkeiten mit dem Vietcong, ein Jahr später wurde er noch deutlicher: „Ich gehe lieber ins Gefängnis, als mich aktiv an einem Krieg zu beteiligen, der die Fortsetzung der weißen Vorherrschaft auf dieser Erde zum Ziel hat." Wenn man sich erinnert, mit welcher hysterischen Hetze damals - 1967 -bundesdeutsche Politiker auf den studentischen Protest gegen den Vietnam-Krieg reagierten, kann man sich vorstellen, welchen Skandal diese Worte im Mutterland des imperialistischen Raubkrieges selber machten. Noch bevor Ali am 9. März 1967 wegen Wehrdienstverweigerung zur Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis und 10 000 Dollar verurteilt wurde, hatte man ihm die Berufsboxlizenz entzogen und den Titel aberkannt. Die Berufungsverfahren zogen sich fast zweieinhalb Jahre lang hin.

Trotz dieser langen Zwangspause gewann er die beiden Vorbereitungskämpfe zum „Fight des Jahrhunderts" Ende 1970 durch K.o.-Siege. Wie er am B. März 1971 im Madison Square Garden, New York, gegen Joe Frazier dennoch verlor, steht in Volker Brauns Gedicht (und in Norman Mailers „King of the hilf"); wie er den „Fight des Jahrtausends" gegen George Foreman am 29. Oktober vergangenen Jahres in Kinshasa/Zaire gewann (durch K. o. in der achten Runde) stand in allen Zeitungen.

Inzwischen hat er, 33 Jahre alt, in seinem 50. Kampf den 25jährigen Joe Bugner geschlagen - wenn's nach mir geht, gewinnt er den 51. am ersten Oktober gegen Joe Frazier auch. Fünf Monate nach der Befreiung Saigons wäre es eine hübsche Jubiläums-Ohrfeige für den weißen Jäger.

Konkret 10/75, S. 40

Volker Braun

Der Fight des Jahrhunderts

1
Cassius Clay, das Großmaul, der Gaukler im Ring
Der fette Schreihals!
Joe Frazier, der Dauerschläger, die tapfre Maschine
Der Sänger aus den Slums!

2
Verhandelt beide mit Haut und Knochen für 25 Millionen
Als strampelnde Mona Lisa
Im Madison Square Garden, dem Box-Zoo New Yorks
Für die *Hölle von einem Kampf:*

3
Sie schlagen in unerhörtem Tempo, ineinander verhakt
Ich werde dich töten! schreit Clay
Ich dich auch! schreit Frazier.

4
Clay, der Mann mit den schnellsten Fäusten der Welt
Trommelt auf Fraziers Schädel
Der aber porscht vorwärts, eine Lokomotive
Und bohrt mit geballter Kraft seinen Stump
In Clays Lunge.

5
Clay hängelt im Seil, seine langen Arme Rabaumeln im Infight
Drei Jahr aus dem Ring gesperrt von den Richtern in Disneyland
In den Beinen wächst Blei wie Gitterstäbe.

6
Clay strappt seine Faust vor, krault Joe, beizt ihn
Bis ihn ein linker Haken bestraft
Und der Schlachthofprolet aus Philadelphia
Flubbt auf seine Muskeln los wie Niagara Falls.

7
Zwei schwarze rotierende Tiere
Kreisfern in die Televisoren:
Frazier kartätscht Clay die Luft aus den Rippen
Aus dem Ring gemanagt Clay drei Jahre

Wegen verweigerten Mords in Vietnam.
Ali! Ali!

8
Der nicht zu Boden ging vor dem Pentagon
Der nach seinem gestohlenen Titel grapscht, Clay-Ali
Treibt seine Späßchen mit Onkel Tom Joe
Aus Müdigkeit.
Buh!

9
Frazier, *the great white hope*
Klebt Clay in die Ecke, krawalkt ihn durch
Clay klistert drei Rechte auf den mageren Teufel. *Ali*!

10
Frazier, unzermanscht, brutal wie eine Aktie
Schtalpt sich durchs Sperrfeuer in die Kaldaunen
Ein hirnloser Handwerker
Clay Hackt ihn links ab, schlenkt mit der Rechten nach.

11
In der elften Runde stippt Clay in den Staub
Steilt auf, brullt, randault *Ich bin der Champ!*
Und Frazier radastert über ihn, ein Orkan Clay wackelt!

12
Frazier will Schluß machen mit dem Idol
Frazier stülpen fast deckungslos nach vorn
Frazier, der bibelfeste Baptist
Frazier führt klar nach Punkten.

13
Frazier steckt alles ein wie nichts
Sein Brägen schwilludelt zu einem grinsenden Klump
Er kalpantert Clay sturmreif, die feste Burg
Den Gott der Nigger
Stoppt Alis *Marsch aufs Capitol*
Skalpiert die Gloriole der Black Panthers.

14
Clay bringt was er noch drinhat: was einer kann
Cassius Marcellus Clay, der sich Muhammad Ali nennt.

15

Clay haut zu Boden, sein Kinn zerkirscht
Clay weiß, daß er geschlagen ist
Clay steht fast wehrlos, geschmäht, gespießt
Unterlegen nach Punkten dem Beßren, dem Blindgänger Joe
Clay-Ali, verzeichnet unter den Siegern im Kampf
Des Jahrhunderts.

Aus „Olympische Spiele", hrsgb. von Rainer Kirsch und Manfred Wolter, Aufbauverlag Berlin (DDR) 1972

Konkret 10/75, S. 41

Christel Buschmann

„Da machen wir nicht mit, Herr Staatssekretär..:“

Christel Buschmann berichtet über die Schwierigkeiten beim Drehen des neuen Böll-Films

U Am Mittwoch, dem 20. z. 1975, verläßt eine Frau, 27, abends gegen 18.45 Uhr ihre Wohnung. Sie geht tanzen. Vier Tage später, mittags gegen 12.15 Uhr, erschießt sie einen Journalisten.

Dazwischen liegt, was man, vergleichsweise niedlich, die deutsche Pressemisere nennt.

Böll: „Ich habe eine Zeitlang einen meiner gelegentlichen Mitarbeiter gebeten, die Bild-Zeitung und andere Boulevardblätter auf eklatante Verleumdungen von unbekannten und bekannten Personen durchzusehen. Sagen wir mal: Schauspielerin X hat gestern mit Regisseur Sowieso geschlafen, Ehemann hat sie ertappt, und so weiter. Die übelste Art also von Kolportage, meistens mit Namen oder Bild. Und da habe ich mir überlegt, was wird aus diesen Menschen. Irgend jemand steht in so einem Boulevardblättchen, wird plötzlich für ein, zwei Tage zur Sensation, und keiner weiß, was mit dem Leben dieser Menschen danach passiert. Diese Geschichte habe ich regelrecht studiert, Material gesammelt, und daraus schließlich die Geschichte einer völlig unbekannten und belanglosen Zeitgenossin gemacht, die plötzlich einer solchen Verleumdung ausgesetzt wird."

Als Katharina Blum ist die „völlig unbekannte Zeitgenossin" mittlerweile bekannt. Einigen - und das ist richtig - als „unbescholtene Hausangestellte aus der Eifel, die überhaupt keinerlei politische Meinung hat, ganz außerhalb steht" (Schlöndorff), und plötzlich in den Verdacht gerät, einen Anarchisten zu verstecken. Einigen mehr - und das ist falsch - als Ulrike Meinhof oder, in diesem Zusammenhang bedenklich wie immer in diesem Zusammenhang, als „so 'ne Jüdin". Filmautorin Margarete von Trotta: „Und das nicht nur auf so kleinen Dörfern. Auch auf den vielen Behörden und Ministerien, alle immer ja sehr an Film interessiert, wußte man meistens, worum es ging, komischerweise ohne die ‚Katharina Blum' von Böll gelesen zu haben: ‚Jaaa, wissen Sie, diese Judengeschichten und diese Katharina Blum und das Dritte Reich, das wollen wir doch nun vergessen!` "

Schwierigkeiten bei der Verfilmung der „Politschnulze" („Bild") „Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewaltentstehen und wohin sie führen kann", deren Autor „Kriminalpolitiker" Böll (Hans Habe) wegen eben dieses Buches von Matthias Walden für die Erschießung Drenkmanns mitverantwortlich gemacht worden ist. Eine Unterstellung, gegen die Böll - entsprechend der vorherrschenden Gesinnung: vergeblich geklagt hat.

Trotta/Schlöndorff: „Wir wußten halt anfangs nicht, worauf wir uns eingelassen hatten."

Aber das war leicht zu erfahren. Trotta/Schlöndorff waren darauf angewiesen -ein erstes Beispiel -,eine große Polizeitruppe aufzubauen, da der Riesensturm auf die Villa, in der sich der Anarchist Götten (erstellt sich am Ende als Bundeswehrdeserteur heraus) verborgen hielt, zu inszenieren war.

„Mit schöner Naivität haben wir geglaubt, die Polizei, die doch jeden ‚Kommissar` immer so freudig unterstützt, würde uns mit Material und Hundertschatten versorgen. Wo wir sogar noch einen Nobelpreisträger aufzuweisen hatten, die Verfilmung also doch sowas wie ein nationales Anliegen sein sollte . . ."

Schlöndorff ging nach Bonn ins Innenministerium. Dort wurde er sehr freundlich empfangen. Überhaupt ist er wochenlang bei den zuständigen Stellen immer sehr freundlich empfangen worden. Die Innenministerialen meinten, das sei doch ein interessantes Projekt, sie seien aber nicht zuständig. Schlöndorff hinterließ ihnen das Buch mit einer Widmung von Böll zur Erinnerung und ging weiter auf das „zuständigere" Innenministerium in Düsseldorf/Nordrhein-Westfalen. Sehr höflicher Empfang, großes Interesse, nach zwei, drei Tagen Personalmangel, keiner mehr da, der noch absagen, geschweige denn zusagen konnte. Nach mehreren Telefonaten kam es dann schließlich doch noch zu einer Aussprache mit dem zuständigen Staatssekretär und dem für alle Polizeieinheiten zuständigen Mann im Ministerium.

Der Staatssekretär: im Grunde dem Projekt geneigt. Er wußte auch, daß Trotta/ Schlöndorff und einige andere Beteiligte sich monatelang im Rahmen der Wählerinitiative für die Koalition eingesetzt hatten. Eigenartigerweise aber herrschte hier das Verständnis vor, daß „Katharina Blum" gar kein Film über die Presse, sondern ein Film über die Polizei sei, was weder aus dem Buch von Böll noch aus dem Drehbuch von Trotta/Schlöndorff ersichtlich ist.

„Sie haben uns mit ihrem Mißtrauen eigentlich erst darauf gebracht, mal in dieser Richtung mehr nachzudenken. Jedenfalls als der Staatssekretär uns unterstützen wollte, fiel ihm der Polizeichef ins Wort und sagte: ‚Herr Staatssekretär, da machen wir nicht mit.` Worauf der Staatssekretär fragte: ‚Aber wieso denn, das ist doch eine interessante Sache.' Da aber sagte der wieder: ‚Herr Staatssekretär` - denn so fing er jeden Satz an -‚Herr Staatssekretär, dafür sind Sie noch nicht lange genug im Haus. Da blicken Sie noch nicht durch.` "

Als auch auf den kleineren Polizeistellen nach anfänglichen Zusagen sogar und vielen Freiwilligen jeweils nach zwei, drei Tagen („dann war die Weisung durchgedrungen") wieder Absagen kamen, begab sich Schlöndorff noch mal in „die Höhle des Löwen":

„Bitte. Ich merke, hier besteht ein Mißtrauen Ihrerseits. Ich bin bereit, das Drehbuch mit einem Sachverständigen für Polizeieinsätze bei Ihnen zu diskutieren und den auch mit an den Drehort zu nehmen und mir beim Inszenieren helfen zu lassen. Denn ich habe gar nicht vor, hier jetzt eine übertriebene Polemik vom Stapel zu lassen, sondern will die Dinge so darstellen, wie sie in Wirklichkeit ablaufen." Worauf der entsprechende Herr das Drehbuch durchblätterte, auf die Figur des Kommissars Beizmenne stößt und ausruft: „So ein Mann wär bei uns sofort weg vom Fenster. Das gibt's gar nicht, dieser Mann, der wäre in 24 Stunden weg vom Fenster!" - Ich frage: ‚.Ja, wieso?" „Ja", sagt er, „zunächst mal duzt er jemanden, den er verhört. Das gibt's bei uns überhaupt nicht!"

Überhaupt nicht gibt's auch den im Drehbuch geschilderten Einsatz des Mobilen Einsatzkommandos, das Haus und Häuserkarree. wo der Anarchist vermutet wird, umstellt. Schlöndorff: „Ein solcher Aufwand war ihm gänzlich unbekannt. Das gibt's doch gar nicht. Da gehen drei Mann in Uniform hin, klingeln und fragen nach. Und überhaupt: Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl! Die Formel ‚Gefahr im Verzug` war ihm unbekannt."

Damit war nun klar, daß Trotta/Schlöndorff für ihren Film weder eine Polizeiuniform noch ein Polizeiauto, geschweige denn irgendein Polizeigebäude zur Verfügung gestellt bekommen würden. Ein zuständiger hoher Polizeibeamter, ihnen in den Mantel helfend: „Sie müssen doch verstehen, daß wir den Kakao, durch den wir gezogen werden, nicht auch noch trinken wollen."

Schlöndorff baute sich also selbst eine Truppe auf, aus ausrangierten Beständen der Polizei, kurz davor, nach Jugoslawien oder anderswo verkauft zu werden, mit Hilfe von Leuten, die nichts mit der Polizei zu tun hatten - er bekam Zugang zu einem Behördengebäude, das in Bauweise und Material absolut identisch ist mit einem großen deutschen Polizeigebäude - und mit Hilfe von Leuten, die mehr mit der Polizei zu tun hatten, als man gemeinhin annimmt:

„Das war beunruhigend. Um das Mobile Einsatzkommando zu besetzen, also die Kampftruppe, kann man sagen, die ganz speziell trainiert ist für diese bürgerkriegsartigen Einsätze, haben wir uns an der Studentenbörse in Köln umgesehen und erstaunlicherweise lauter Leute gefunden, die dafür ausgebildet waren, die die Ranger-Ausbildung bei der Bundeswehr mitgemacht hatten und uns auf Befragen genau vormachen konnten, wie sie in eine Privatwohnung eindringen und was sie dort tun würden."

Beunruhigend für die echten Polizisten, die bei den Dreharbeiten zuguckten, war offenbar die Tatsache vor allem, daß unter den „Hilfssheriffs" anfangs viele Langhaarige waren. Der Ruf „Um Gottes willen, wenn das Herr Weyer sieht, Polizisten mit langen Haaren!" war für Schlöndorff nur eine schwache Entschädigung für die „sehr eigenartige Verfilzung einer gewissen Rechtspresse und den ermittelnden Behörden, die sich regelrechte Zubringerdienste leisten" und die er für die nicht erfolgte Unterstützung mitverantwortlich macht.

Die „Gesinnungslage der Nation", wie Böll das zu sagen pflegt, zeigte sich während der Arbeit am Film nicht nur auf offizieller, sondern auch auf privater Ebene. Ein zweites Beispiel: Schlöndorff: „Es gab da einen ganz prominenten Schauspieler, einen deutschen, dem ich eine interessante Rolle angeboten hatte, und der erkundigt sich zunächst mal: ‚Ja, wer spielt denn noch mit?` Und ich sage: ‚Ja, da spielt zum Beispiel die Frau X mit.` Da sagt er: ‚Die steht aber doch sehr weit links`, läßt sich weitere Namen aufzählen und meint dann: ‚Ja, aber alle Namen, die Sie mir da nennen von Schauspielern, die da mitspielen, haben eine ziemlich eindeutige politische Couleur.` Und bevor er sich entscheidet, mitzuspielen, will er Gesinnungsprofile von denen haben. ‚Sie müssen mich recht verstehen, ich stehe nicht rechts, ich bin nur konservativ.` Als ich ihn fragte, was er denn gegen das Buch von Böll einzuwenden habe, da sagte er: ‚Ja, es ist doch eigentlich ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren.` Was denn das schwebende Verfahren wäre, die Lage der Presse in Deutschland oder die Art der Polizeieinsätze oder die Haftbedingungen in den Anstalten, wollte er nicht sagen. Er hat dann abgelehnt."

„Da werden Sie noch viel Ärger bekommen, Herr Schlöndorff", sagte Böll dann nach Besichtigung des Rohschnitts. Gespannt darf man wirklich sein, wie die Kulturinstanzen auf den Film reagieren werden (Schlöndorff: „Derer wir ja bedürfen, denn Film ohne Förderung ist bei uns heute nicht denkbar"), wie die Öffentlichkeit und wie die Springer-Presse, um die es sich, wie aus dem Buch sogar im Klartext hervorgeht, vor allem handelt:

Sollten sich „Ähnlichkeiten mit den Praktiken der ‚Bild'-Zeitung ergeben haben, so sind diese Ähnlichkeiten weder beabsichtigt noch zufällig, sondern unvermeidlich". Dieser Text, anfangs noch im Nachspann des Films, wird bei der Premiere im Oktober fehlen. Bislang hat die Springerpresse nur eines verlauten lassen, einen Kommentar in „Bild" unter dem Motto: Die verlorene Wahrheit des Herrn Böll. „Seit Baader-Meinhof angefangen hat, zu schießen, zu rauben, zu morden, würde ‚Bild` verhöhnt, beschimpft, mit Dreck beworfen. Warum? Weil ‚Bild` von Schießen, Rauben, Morden schrieb. Weil ‚Bild` von einer Mörderbande sprach und nicht von Gruppe plapperte, wie es lange Mode war (noch gestern übrigens). Leithammel der Modebewußten war Heinrich Böll, der Dichter. Mit Steuergeldern (eine der üblichen ‚Bild'-

Falschmeldungen. Die Red.) wird zur Zeit ein Buch von ihm verfilmt, eine Politschnulze, in der die Terroristen offen bemitleidet und die ‚Bild'-Zeitung versteckt verleumdet wird. ‚Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder wie Gewalt entsteht oder wohin sie führen kann` heißt das Werk. In Stockholm wurde der ganzen Welt gezeigt, wo sie entsteht und wohin sie führt, die Gewalt. ‚Bild` ist stolz darauf, als eine der ersten großen deutschen Zeitungen den Terror angeprangert und beim Namen genannt zu haben. Denn die Wahrheit über den Terrorist nicht das Buch von Böll. Es ist die Nacht von Stockholm." Im Tenor nahtlos dazu paßt die Rede des Verlegers der „Zeitung" am Grabe des von Katharina erschossenen Journalisten Tötges:

„Die Schüsse, die Werner Tötges tödlich getroffen haben, haben nicht nur ihn getroffen. Sie galten der Pressefreiheit, einem der kostbarsten Güter unserer jungen Demokratie. Und durch die Schüsse sind auch wir, die wir trauernd und entsetzt stehen, nicht nur betroffen, sondern getroffen. Wer spürt nicht die Wunde, wer spürt nicht den Schmerz, der weit übers Persönliche hinausgeht. Wer spürt nicht den Atem des Terrors und die Wildheit der Anarchie, wer spürt nicht die Gewalt, mit der hier an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerüttelt wurde, die uns allen so kostbar ist. Hier wurde scheinbar private Motivation zum politischen Attentat, und wieder einmal gilt: Wehret den Anfängen. Seid wachsam, denn mit der Pressefreiheit steht und fällt alles: Wohlstand, sozialer Fortschritt, Demokratie, Pluralismus, Meinungsvielfalt, und wer die ZEITUNG angreift, greift uns alle an."

Und nahtlos zu beiden Texten paßt die Einsicht: Es ist so kompliziert wie es ist, die Suche nach klaren Positionen hat nur Erfolg, wenn man den Widerspruch mit einbezieht und sich von ihm nicht lähmen läßt. Die Nacht von Stockholm und „Bild": Nicht entweder oder, sondern weder noch. Die Ermordung des Journalisten Tötges: „Ein Versuch", wie Böll sagt, „die Ehre wiederherzustellen, der, wie ich hoffe, in der Versinnlichung dieser Person (Katharinas) logisch ist . . . Ich glaube nicht, daß jemand seine Ehre und seine Integrität durch einen Mord wiederherstellen kann. Die Katharina muß das machen. Sie. Und zwar so, wie sie versinnlicht ist. Da bestehe ich auch drauf, als Autor und Verantwortlicher. (. . .) Ich sehe sie anschließend im Kittchen und sehr viel reflektieren . . . Und so integer finde ich das auch nicht, daß sie ganz offenkundig einen Kriminellen versteckt und laufenläßt. Als Autor finde ich das phantastisch, respektiere ich es. Das muß so sein. Das verteidige ich bis zuletzt. Aber es ist nicht nur ihre Stärke, es zeigt doch auch ihre Schwäche, Gott sei Dank, und ihre Nicht-Integrität, Gott sei Dank."

Konkret 10/75, S. 43

Reinhard Lettau

Eitle Überlegungen zur literarischen Situation

Angefangen haben diese Schwierigkeiten damit daß wir eines Tages von der Revolution nach Hause kommend, wo der Schreibtisch noch immer freundlich stand, nicht wußten, wie das, was wir schrieben, mit dem zu tun hatte, was eben auf der Straße geschehen war. Wir hörten also zunächst erst mal auf mit dem Schreiben. Da wir mit etwas anderem anfingen wußten wir nicht, daß wir nur anfingen. Flugblätter waren wichtiger die Geschichte von dem Koch, die ich damals schrieb, wurde abgebrochen. Mit Erfolg hat er eine schwierige Pastete hergestellt, dekoriert, aber in dem Moment, wo sie zu Tisch getragen werden soll, langt er blitzschnell mit der Hand mitten hinein, die Geschichte wurde nicht geschrieben. Kritiker mit Doppelnamen schlossen hieraus, wir seien auf die Straße gegangen, weil uns am Schreibtisch nichts mehr einfiel - obwohl doch das Land voll war von Personen, die aus eben diesem Grund geradezu selig am Schreibtisch verharrten. Als ob Schriftsteller (d. h. Personen, die sich dem Eindruck ergeben, es werde ein weiteres Buch von ihnen erwartet) - als ob also Schriftsteller nicht im Gegenteil die Ankunft von Skrupeln als jene Krise zu feiern verstehen, deren Schilderung ihr nächstes Buch garantiert.

Die Letztgenannten sind allerdings schon die besten oder zumindest die raffiniertesten, denn durch genaues Aufschreiben des angeblichen Nicht-Schreibens kann man das Publikum, das ja die deutsche Romantik nicht kennt, noch immer in großes Erstaunen versetzen. Damit nicht alles falsch wird, muß daher zunächst erinnert werden, daß 1967 die meisten Schriftsteller rücksichtslos weitergeschrieben haben. Dies fiel ihnen um so leichter, als sie überhaupt gar nicht auf der Straße gewesen waren. Zwar haben von dort an ihr Ohr dringende Geräusche ihnen gelegentlich die Syntax durcheinandergebracht, aber welchen Schaden stiftet ein Beben im Dschungel? Damit meine ich, daß die Weiterschreiber, da sie sich für Avantgardisten hielten, ihre Sprache ohnehin absichtlich verkrüppelten: Sie schrieben weiterhin historische Romane, natürlich mit absichernder, sogenannter ironischer Erzähldistanz, antichronologischer, unterbrechender Fabelsequenz, eingestreuten Wirklichkeitszitaten (Grass, Handke etc.). Ziemlich komisch war eine Gruppe von Personen, die aus der Tatsache, daß Leute, die schreiben konnten, nicht mehr schrieben, ihrerseits schlossen, daß sie selbst, die tatsächlich überhaupt gar nicht schreiben konnten, daher schreiben müßten (Salvatore, Chotjewitz etc.): *„Ich schreibe, also kann ich schreiben."*

Einigen wir uns darauf, daß die historische Romanliteratur und das, was die Amerikaner Non-Books nennen (um Zeit zu sparen: H. M. Enzensberger z. B.), die letzten Jahre überlebt haben, so bleiben unter den Weiterschreibern jene Personen, die ihre angeblichen Wahrnehmungs- und Artikulationsschwierigkeiten geschickt zur Schau stellen (Jürgen Becker, Peter Schneider, Peter Handke): „Ich *kann nicht schreiben, daher schreibe ich."* Unbewußt demonstrieren sie die historische Feindschaft zwischen Leiden und seiner Artikulation. Schon in der dem Aufschreiben vorausgehenden Planung verflüchtigt sich das Leiden, dessen direkter Ausdruck andererseits nur ein Stammeln wäre. Es ist merkwürdig und wunderbar, daß man beim Schreiben nicht lügen kann. Zwar die Sprache scheint gutwillig mitzumachen, aber sie verrät, was sie perfekt zu sagen gezwungen wird, schon dadurch, daß sie es sagt.

Für Künstler, d. h. auf jeden Fall Schreibende, sind dies keine Probleme. Das Schlimme an den echten Künstlern ist, daß sie, kaum daß sie angefangen haben zu schreiben, d. h. eigentlich schon vorher, mit dem Schreiben Schluß machen und einen Plan ausarbeiten, d. h. sie begleiten, was sie jeweils beobachten, mit Meinungen, die sich zu einer präsentablen Idee ordnen. Der Plan verpflichtet das vorher lebendige Material, wie man aus einer Sache eine Folgerung zieht, von der man noch gar nichts weiß: Sie spielen Schachpartien ohne Gegner. Das Material wird auf seine Verarbeitbarkeit hin festgelegt, verliert Willkür und Wahrheit. Die marktbeherrschende Literatur (Grass, Handke, Schneider) ist deshalb hauptsächlich dogmatisch, auch wenn die inhaltliche Information diese Tatsache verdeckt; nach ein paar Seiten ist sie determiniert, vorhersagbar, allegorisch: Etablierte Erfahrungen (Reduzierung der Welt auf ein verzweifeltes Individuum, d.h. Luxuselend) werden sozusagen taktisch exekutiert. Dies trifft auf Leser, die lesen zum Zwecke des Wiedererkennens populärer Ideen (Alleinsein, Unglück, Widerspruch von Kunst und Leben). Ich hoffe, man mißversteht mich nicht dahin, daß ich diese Erfahrungen und Ideen für unwahr halte, nur sind sie in der Bestimmtheit und sogar Schönheit, in der die genannten marktbeherrschenden Autoren sie immer wieder neu vorlegen, schon seit mindestens hundert Jahren in diskursive Sprache bereits bekannt, ihre nachmalige künstlerische Ratifizierung ist nicht nötig. Ich geniere mich, dies alles zu sagen, denn es ist ein Gemeinplatz: die Imagination, die bei Geschichtsschreibern wie Grass und Luxuselendern wie Handke Erfüllungsorgan diskursiver Anstrengungen ist, benötigt tatsächlich nicht das Medium der Sprache* Das Fürchterlichste, was man über sie sagen kann, ist, daß sie wegen der Priorität der das Material bindenden Ideen bei der Übersetzung in andere Medien nichts verliert, denn das bedeutet (um es kraß zu sagen), daß die Sprache bei ihnen (die hier

natürlich nur stellvertretend für andere stehen) neben einer Botschaft hertänzelt, die man ebensogut auf einem Telegrammformular unterbringen könnte, d. h. die Didaktik von Grass, der Exhibitionismus von Handke, der Opportunismus von Schneider richten keinen Schaden an - nur partizipiert bei ihnen die Sprache selbst nicht am Inhalt, d. h. Material, sie „kommuniziert` lediglich, und das ist natürlich ungeheuer deprimierend.

Sprache als Werkzeug der „Kommunikation" ist etwas für Leute, die schon etwas wissen. Konkretes Beispiel: Manche Leute glauben, der Revolution dadurch zu helfen, daß sie ihre Hoffnung und die Analysen, die uns zur Einsicht ihrer Notwendigkeit gebracht haben, noch einmal als Figuren und Handlungen vermummt literarisch auftreten lassen. Als ob alle diese Probleme schon gelöst wären und es nur noch gälte, diese Gewißheiten künstlerisch zu „kommunizieren"! Es ist nicht gerade radikal, sondern eher sogar opportunistisch, die Literatur aufzufassen als einen Briefträger der Revolution. Vielmehr müßte die Literatur radikal genug sein, ohne Plan und Spekulation, mit ihren ganz eigenen Mitteln, der Revolution jene Fragen vorzulegen, die sie vielleicht nie lösen kann, deren Sticheleien sie hoffentlich unsicher machen, also stärken, d. h. die Literatur hat gegenüber der Revolution die Verpflichtung der Subversion, wobei die radikale revolutionäre Praxis des Schriftstellers die ebenso radikale, jeden Sklavendienst ablehnende ästhetische Praxis des Schriftstellers nicht ausschließt, sondern ergänzt. Ich kann mir nicht denken, daß es jemanden gibt, der der Meinung ist, diese Arbeit könnte bis zu einer Zeit nach der Revolution verschoben werden, als könnte man ein Haus bauen, nachdem man es gebaut hat.

Es ist, wie schon gesagt, merkwürdig, daß man beim Schreiben nicht lügen kann. Natürlich kann man etwas erfinden, etwa neun Töchter, deren Gebrechen man darstellt oder Xerxes, wie er Anweisungen zur Bestrafung des Flusses gibt, oder einen gehbehinderten Einbrecher, er sei lediglich etwas gelähmt, also er humpele. Nachts, die Familie, warte im Wagen, hustend kehrt er zurück: „Ich bin nicht reingekommen", sagt er. Damit widerspricht man keinen Wahrheiten. Die Lüge fängt an bei diesen Personen, die ernst schreiben und die nicht aussterben wollen. Sie lügen, weil sie über sich selbst schreiben, ohne gegen sich selbst zu schreiben, selbst wenn sie sich nicht ernst nehmen. Sie schildern sich als Hochstapler, was ja nichts Schönes ist. Schließlich sitzen sie zu Hause im geheizten Zimmer, haben die Einladungen verschiedener Freunde mit der Begründung, sie schrieben, abgelehnt und schreiben mit gespitzten Bleistiften auf leere Seiten, die sich zu ihrer Befriedigung füllen, Sätze, aus denen hervorgeht, daß ihre Helden, also sie, Hochstapler seien oder Verzweifelte oder Zwerge oder Stotterer.

Ganz unerträglich sind Personen, die ihre Figuren, d. h. sich selbst vollkommen ernst nehmen. Liest man ihre Bücher, so stellt man etwa fest, daß ihre Freundin, die sie verlassen hat, ihnen genug Kraft hinterließ, diesen Umstand zu melden. Es ist mein Verdacht, daß die Literatur solche und ähnliche extreme Erfahrungen nicht ausdrücken kann, ohne zu lügen. Wo dies geschieht, ist es erinnertes (zum Zwecke künstlerischer Darbietung erinnertes) Leiden und, für den Fall, daß es in einem Briefumschlag an einen Verleger versandt wird, der es drucken und in Schaufenstern auslegen läßt, Exhibitionismus.

Oder (wir wollen es uns mit unsern Beobachtungen so schwer wie möglich machen): Nehmen wir an, wir lesen in einem Buch, daß die Hauptfigur, die der Autor Lenz nennt, einen Freund besucht hat. Der Freund bietet dem Helden in der Küche Tee an - ein schöne Idee. Nun schildert der Autor, wie er, also die Hauptfigur, den gedachten, also wirklichen Freund bei der Herstellung des Tees beobachtet. Oder noch schlimmer, er ist von seinem Autor, also sich selbst, zu einem Fest getrieben worden, auf dem nur lauter Idioten sind, außer natürlich ihm selbst, wie sonst würde er's wissen? Natürlich könnte er einwenden, er habe es im Moment des Festes nicht gewußt, erst hinterher, beim Schreiben. Was bedeutet das? Es bedeutet, daß wir hier einen ziemlich imposanten Burschen vor uns haben, daß der Betreffende sich schon seit langem ziemlich genau beobachtet und zu dem Resultat gelangt ist, daß er ein ziemlich imposanter Bursche ist. Wenn er eine Treppe hochgeht, denkt er: „Vorsicht, diese Stufen bedeuten etwas!" Er lebt also so, daß er immer bereit ist, was er erlebt, zu verwerten. Das verändert natürlich sein Leben. Er schreibt nur noch, was er, ohne einzugreifen - also verfälscht- erlebt. Aschenbach ging wenigstens nicht auf Berliner Architektenfeste. Die Antwort Dantons auf Camilles Polemik gegen die Künstler (II, 3 - in der dtv-Ausgabe S. 30) fordert, wie ich sie verstehe, die Priorität des eingreifenden Handelns über die realistische Abmalerei.

Aber um es zu wiederholen, das ist nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist es, wenn der Ernst im Umgang mit der eigenen Person kein Erlebnis mehr leidet als das Verharren am eigenen Schreibtisch. Die Wahrnehmungsschwierigkeiten von dort sind allerdings ernst zu nehmen. Es werden repetiert die sprachlichen Schwierigkeiten bei der Abbildung der Wirklichkeit - als ob nicht eine ganze Menge sehr klar zu erkennen ist, wenngleich auch künstlerisch nicht darstellbar.

Ferner haben wir noch den von Ästhetikern wie Habermas, Bürger, Lippe, Gallas, C. Enzensberger angebotenen Literatur-Ersatz durch Ästhetik. Sie beschäftigen sich mit eigenartigen Fragen wie z. B. mit einer Sache, die sie „Rezeption" nennen,

oder „Kommunikation". Offenbar haben sie sich über die Tatsache, daß zum Zorn der Herrschenden einige Bücher noch immer gelesen werden, Gedanken gemacht und sind zu schlimmen Ergebnissen gekommen, die sie allerdings in einer Sprache vortragen, die nicht einmal sie selbst verstehen können. Lediglich aus den Mienen, die sie machen, während sie schluchzend sprechen, kann man schließen, daß sie sich sehr quälen.

Lettaus Aufsatz erscheint Ende Oktober in Rowohlts „Literaturmagazin 4" zum Thema Politisierung der Literatur.

Konkret 10/75, S. 45

Winfried Thomsen

... nur Globke fehlte

Die Kultur der Hitler- und Adenauer-Ära hat nie kapituliert. Jetzt hilft auch das Fernsehen mit, daß die Vergangenheit Gegenwart bleibt

Sie sind wieder da: Nazi-Kitsch und Adenauer-Schnulze. Johannes Heesters geht ins „Maxim", Oma Rökk rockt Operette, die Kesslers heben ihre Beinchen, und O. W. Fischer badet in den Abwässern Ludwigs II.

Sie sind immer noch da: Burgschauspieler Curd Jürgens ist im Rollstuhl zu bewundern, Werner Höfer zelebriert wiederum die Verwandlung von Wein in Geist, Dr. Corda gesteht auch beim dritten Mal nicht. Unentschuldigt fehlen lediglich Dieter Borsche als Arzt, Willy Birgel als Reiter und Gustav Gründgens als Tiger von Eschnapur.

Wiederholung. Die Mütter und Väter der Klamotte geistern durch die Programme und überziehen die Bildschirme mit einer dicken Staubschicht, auf der uns der weiße Flieder wieder blüht. ARD und ZDF haben das Archiv zum Jungbrunnen erklärt.

Angeblich ist dafür Geldmangel verantwortlich. Jedoch: Das ZDF kann seinen Pariser Korrespondenten mit Hunderttausenden aushalten und 400 000 Mark für einen „Kommissar" ausgeben. Eine Anneliese-Rothenberger-Show kostet fast das Doppelte.

An den Höfen fehlte noch nie Geld. Für eine Galashow zur Einweihung der Berliner Funkindustrieausstellung können 1000 Mäzene je 250 Mark stiften - mit dem Geld sollen sich alte und notleidende Schriftsteller einen bunten Abend machen dürfen. Zugunsten einer ebenfalls guten Sache müssen sich die Stars einer weiteren Galashow mit Spesen von je 2000 Mark begnügen; die Show ist im Juni zu Köln in Anwesenheit vieler „Wirtschaftskapitäne und Gesellschaftslöwen" (dpa) - von „Bild" schlicht „Kölner" genannt - passiert. Eintrittskollekte pro Frack: 500 Mark, Erlös für die „Deutsche Krebshilfe": eine Million. Dafür hätte auch Anneliese Rothenberger ausfallen können.

Was fehlt, ist also nicht Geld, sondern Ideen, es besser zu verteilen. Die Dauer-Rückshow entspricht dem Sparprogramm des Helmut Schmidt: vorwärts in die fünfziger Jahre. Das System hat seine Grenze erreicht, ihm fällt nichts mehr ein. Die Politiker sind am Ende ihres Lateins, jetzt wird wieder bayrisch gesprochen. Im Fernsehen meldet sich der „Treue Husar" zum Dienst zurück.

Die bürgerliche Gesellschaft ist mal wieder politisch und kulturell am Ende, ist unfähig zu eigenen schöpferischen Taten. Offenbar gelingt es ihr auch nicht mehr, sich andere Geister mit der Drohung zur Einpassung (Mitmachen oder Index!) dienstbar zu machen. Sie kann wohl auch Proletarisches nicht mehr einbürgern -Beispiel: wie die Rolling Stones von „Satisfaction" zur „Lady Jane" kastriert wurden.

In diesem Jahr haben die Amerikaner ihre Revolution wiederholt. Nicht in einer neuen, modernen, echten Ausgabe. Sie konnten nur nachspielen, in alten Kostümen eine müde Schau abziehen, nicht einmal eine Variante der Vorlage brachten sie zuwege.

Bisher aber steckte in Wiederholungen doch immer etwas Frisches, eine Überraschung. Das Neue war zwar immer das Alte, doch in neuer Form. Irgendwann aber gibt es nichts mehr zu variieren, dann tanzen nur noch die Puppen. Dieser Zustand, der Gipfel der Einfallslosigkeit, ist jetzt erreicht.

Auch die TV-Programmierer wiederholen ganz einfach. Nichts steht da aus den Ruinen auf, die Ruinen selbst sind sendefähig, und der Trödel ist noch nicht einmal poliert. Freddy Quinn, Heidi Brühl und Peter Kraus greifen nicht heute zur alten Leier, sie werden so gezeigt, wie sie damals ihre künstlerische Notdurft verrichteten. Niemand knüpft an das gute Alte noch -Brecht sei's geklagt- an das schlechte Neue an. Das schlechte Alte kommt unverdaut wieder hoch. „Keine Experimente", nach dieser Adenauerparole soll nicht in der Politik, nicht in der Ökonomie, nicht in der Kultur ein Haar gekrümmt werden (was sich hier im letzten Jahrhundert änderte, war sowieso nur die Form).

Die Wiederholung des Mists verödet die Programme und setzt Maßstäbe für das Niveau der Zukunft. Systematisch werden Zuschauer eingeschläfert, bis ihnen auch der Appetit auf Information und Aufklärung vergeht und das Bedürfnis nach dem „Spiel ohne Grenzen" steigt. Die Programme werden entpolitisiert und analphabetisiert.

All diese Wiederholungen zielen auf die Gewöhnung an den Stil der alten Zeit, als die Unternehmer noch Investitionslust verspürten. Die sozialdemokratischen Realpolitiker- Ossietzky hat den Typ beschrieben - sind wieder da und treten ihre Ideale mit Füßen. Der Weg wird frei für Sonthofen, die Rückshow zum Reichsparteitag. Denn die Widerständler GmbH & Co. KG ist sowieso noch da. Die Zuschauer zahlen den „Preis der Freiheit" (Wiederholung).

Adolf Schnickschnack ist wieder da und salonfähig: besser frisiert, mit angenehmeren Manieren. Seine Teppiche ißt er jetzt mit Messer und Gabel, und Eva Braun spreizt beim Schnickschnack mit ihm den kleinen Finger ab.

Wir erinnern uns gern: Bei ihm war die Ertragslage ausgezeichnet, der Rechtsstaat wankte nicht. Und hat dieser Grundordner nicht konsequent den Radikalenerlaß angewendet, die Konjunktur gekurbelt, die Arbeitsplätze bis nach Sibirien gesichert und sogar schon geplant, in Rußland ganz, ganz freie und pluralistische Wahlen abzuhalten? Lauter aktuelle Tophitlers - nur besser aufgelegt werden sie jetzt.

Auch das Fernsehen wiederholt. Nichts ist zu alt, um braun zu sein. Hans Moser nuschelt, und der „Stern von Rio" funkelt im kulturellen Glanz des Dritten Reiches, in dem die „Große Freiheit" (1944) herrschte und im Krieg doch Zeit für eine „Romanze in Moll" (1943) war. Ach, überhaupt war das Ganze nur ein „Spuk im Schloß", so daß wir getrost wieder mit den Schlagern beglückt werden können aus der Zeit, da die Geister mit der Schloßrenovierung begannen. Der Reichstag brannte, und die Deutschen lachten und tanzten „bei etwas zärtlicher Musik". Man müßte nochmal zwanzig sein und so verliebt wie damals -hinter Stacheldraht. Oder: Hitparade -präsentiert das Gewehr.

Diese Kultur hat ja nie kapituliert. Drum wird sie jetzt rekapituliert, wiederholt. Neues kommt nur noch vom Sperrmüll. Bevor aber in der Tagesschau seit 5.45 Uhr zurückgeschossen wird und das DDR-Programm endgültig auf den „Blauen Bock" umgestellt ist, bricht über uns Anfang Oktober noch die erwähnte Kölner Show herein. Man kann aber auch abschalten, denn das Werk kann nur einen Seemann (oder Fernsehmann) nicht erschüttern, so sehr ist es zum Kotzen.

Die Stars dieser Krebs-Gala, auf einem Gruppenbild zur abschreckenden Wirkung einbalsamiert, bringen immerhin allerlei Jahre zusammen: 20, 30, 40 Jahrhunderte schauen auf uns herab. Zu den Klängen von „Humba Täterä" stolpert ein ausgewogenes Künstlervölkchen daher. Ausgewogen: weil vom rechten aufs linke Bein und weil die Adenauer-Repräsentanten um Vico Torriani und die Naziveteranen um Heinz Rühmann gleichermaßen vertreten sind. Verbunden sind sie einander ohnehin. Lili Palmer (Steinzeit) und Peter Alexander (Vorzeit) entdecken im Duett „O mein Papa" (noch ohne Dopoulos) die gemeinsame Vergangenheit.

Wiederholung. Sie sind alle noch da, nur - hier wiederhole ich was von Qualtinger -Goebbels fehlt. Und Globke.

Konkret 10/75, S. 47

Walter Boehlich

Plagiarius Raddat□

Vom Rechthaben und □ om Rechtbekommen

Im April war das Entzücken groß: Harich hatte im SPIEGEL eine Kritik veröffentlicht, die weder auf Samtpfoten einher- noch um den heißen Brei herumging. Das hat es in unseren eher langweiligen Feuilletons lange nicht mehr gegeben. Der arme Radlatz, haben da viele gedacht, aber ihren Spaß hatten sie trotzdem. Und ein paar Monate später denken viele: der arme Harich, und haben gar keinen Spaß mehr. Radlatz nämlich, dessen Marx-Biographie Harich mit allgemeinen Sätzen und detaillierten Beispielen so trefflich zerpflückt hatte, daß sie Käufer kaum noch hätte finden dürfen, hat Sympathisanten und Richter gefunden, die ihm geholfen haben. Er selbst hat dabei eine eher stumme Rolle gespielt, aus Gründen.

Unter den Sympathisanten spielte Grass, der immer auf den Plan tritt, wo er eine Verschwörung stalinistischer Provenienz und einen Angriff auf die FDGO wittert, die erste Geige. Er wußte gleich Bescheid, sah in der Kritik des Buches eine Liquidation und Exekution dessen Autors, sprach von Fallbeil und Genickschuß, warf Harich Denunziation und Schwindelei vor. Er muß ganz vergessen haben, welche Rolle er im Kipphardt-Fall gespielt hat. Dann wurde das Gericht bemüht. Warum, von wem, wogegen?

Harich hatte Raddatz einen Plagiarius genannt und behauptet, man könne ihn in flagranti erwischen, wenn man einige Seiten seiner Marx-Biographie mit der von Otto Rühle vergliche. Und weiter hatte er späterhin behauptet, Hoffmann & Campes Verlagsleiter Knaus habe ihm brieflich die Richtigkeit dieser Behauptung bestätigt. Vielleicht war das ein wenig tollkühn und offensichtlich, was Knausens Brief angeht, sogar falsch; auf jeden Fall gab es Raddatz die Möglichkeit, eine Auseinandersetzung zwischen Schriftstellern zu einem Justizproblem umzufunktionieren, die heißen Kastanien anderer Leute Fingern zu überlassen. Statt seine scheinbar gute Sache in die eigenen Hände zu nehmen, Harich zu widerlegen und Gras über die Geschichte wachsen zu lassen, die unter Literaten schon mal vorkommen dürfte, ließ er den Dr. Knaus handeln. An die Stelle der wahren Kontrahenten Raddatz und Harich traten so Hoffmann & Campe und der SPIEGEL. Beide sitzen in Hamburg, aber nicht dort, sondern in Stuttgart wurde der Prozeß ausgetragen. Den Gerichtsort muß Hoffmann & Campe gewählt haben. Warum? Da gibt es nur Vermutungen. In Stuttgart haben in letzter Zeit einige Prozesse gegen Schriftsteller stattgefunden (Siemens gegen Delius, Ries gegen Engelmann), die dieses Gericht der klagenden Seite offenbar empfehlen. Die Beklagten pflegen da den kürzeren zu ziehen.

So auch diesmal. Das Stuttgarter Landgericht hat befunden, daß Knaus den Plagiatsvorwurf nicht bestätigt habe (was eine Nebenfrage war) und daß er außerdem (im Falle Rühle-Raddatz) nicht haltbar sei. Da steht Harich nicht sonderlich gut da - auf den ersten Blick, bei dem es meist zu bleiben pflegt. Was Harich bewogen haben mag, den Brief von Knaus mißzuverstehen, ist für die Kernfrage unwesentlich. Wesentlich ist allein der Plagiatsvorwurf, und da könnte man immerhin argumentieren, daß Harich höhere Anforderungen an Selbstdenken und Quellennachweis stellt als das Gericht. Das spricht nicht gegen ihn, sondern macht nur deutlich, daß eine vom Gericht gebilligte Praxis sich nicht mit jedermanns Moral zu decken braucht.

Bleibt der zweite Blick. Heißt, daß das Stuttgarter Gericht Harichs Meinung, Raddatz habe Rühle plagiiert, nicht teilt, daß Raddatz generell vom Odium des Plagiarius befreit ist? Nein. Dem Gericht ist nur dieser eine Fall, weil von Harich ausdrücklich als Beispiel angeführt, vorgelegt worden. Um mehr brauchten sich die Stuttgarter Richter nicht zu kümmern, um mehr haben sie sich nicht gekümmert. Aber warum hat die klagende Seite nicht mehr gefordert? Schließlich hatte Harich mehr behauptet. Er hatte von Vorworten und Rezensionen seines „Opfers" gesprochen und gesagt, das Verfahren von Raddatz hebe sich vom gewöhnlichen Plagiieren durch die Bequemlichkeit ab, der Mühsal tarnender Neuformulierung enthoben zu sein. Davon war in Stuttgart keine Rede, darauf ist Raddatz nie eingegangen. Er hat das auf sich beruhen lassen, und das hätte ich auch getan, wenn es keinen Prozeß gegeben, wenn nicht ein Recht gesprochen worden wäre, das Harich unrecht tut.

Was Harich behauptet hat, ist belegbar. Mir ist gleichgültig, ob man von gewöhnlichem oder ungewöhnlichem Plagiieren oder von schamlosem Abschreiben spricht. Jeder der Ausdrücke kann die Praxis von Raddatz decken. Harich war lediglich zu allgemein, und dort, wo er konkret wurde, zu skrupulös. Ich wiederhole also den Plagiatsvorwurf, um nun meinerseits Harich von einem Odium zu befreien das er nicht verdient hat. Ich glaube nicht, daß Raddatz wieder klagen wird, denn anders als Harich würde ich meinen Vorwurf vor Gericht erhärten, mit simplen Textgegenüberstellungen. Und damit

Raddatz weiß, wovon ich rede, nenne ich wenigstens ein Beispiel: seine Rezension des Briefwechsels zwischen Freiligrath und Marx und Engels aus der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 25./26. Oktober 1969.

Das, könnte man sagen, gebe ja noch keine Auskunft über die Marx-Biographie. Wer einmal abschreibt, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, von wem er all das, was da als eigene Kenntnis und eigene Formulierung erscheint, in Wirklichkeit hat, braucht ja nicht immer abzuschreiben. Wohl. Aber all die klugen Leute, die in den letzten Wochen angedeutet haben, Harich sei wohl zu weit gegangen, die ihm Mogelei und Overkill vorgeworfen haben, hätten ja mal einen Blick in das Personenregister der Raddatzschen Biographie werfen können, das schließlich über 40 Seiten füllt und sich durch vielerlei Angaben zu Leben und Werk der Aufgeführten angenehm vom hierzulande Üblichen unterscheidet. Sie hätten dann nämlich entdeckt, daß diese Kurzbiographien zu großen Teilen fast Wort für Wort (Fehler inklusive) aus dem Personenregister der Mehringschen Marx-Biographie und aus den Personenregistern der MEA abgeschrieben sind. Auch da sehe ich einer Klage von Raddatz gelassen entgegen. Ich kann's belegen.

Damit sind die Vorwürfe gegen Harich allerdings noch nicht erledigt. Er hatte zwei peinliche Schnitzer als Beispiele für Raddatzens Schludrigkeit angeführt und behauptet: „Mit Geschichtsschnitzern dieser Preislage sind in meinen Exzerpten 30 Seiten angefüllt". Das mag ihm heute offenbar niemand mehr abnehmen. In der Tat hat er sich in eine ziemlich ausweglose Lage hineinmanövrieren lassen, sich und andere. Knaus hat ihn ganz freundlich gebeten, ihm seine Exzerpte doch zuzusenden, damit in einer neuen Auflage die von ihm bemerkten Fehler verbessert werden könnten. Das hat Harich abgelehnt, da ein Kommunist sich nicht dazu hergeben könne, ein antikommunistisches Machwerk verbessern zu helfen. Ergebnis: die Kritik beginnt zu zählen und kommt auf zwei von Harich und einen von Golo Mann nachgewiesene Fehler, summa summarum also drei. Harich muß also aufgeschnitten haben. Ich glaube das nicht. Aber Knaus hat mit seiner Taktik auf jeden Fall erreicht, daß jeder potentielle Kritiker des Buchs von Raddatz entweder eine Sisyphus-Arbeit auf sich nehmen muß, was niemand tun wird und wozu auch kein Kritiker verpflichtet werden kann, oder die Fehler Fehler sein läßt, was unweigerlich Harichs Position schwächen und die von Raddatz stärken muß - immer unter der Voraussetzung, daß Harich nicht aufgeschnitten hat. Wie gesagt, bis jetzt sieht es so aus, als habe er, und es sieht so aus, weil offenbar entweder niemand das betroffene Buch sehr sorgfältig gelesen hat, oder die, die es sorgfältig gelesen haben, gerade die sind, für die das Buch geschrieben ist: Unwissende. Wer etwas von Marx weiß, wird es ohnedies nicht lesen wer etwas jenseits der berufenen Kammerdienerschaft wissen möchte, sollte es besser nicht lesen, also ist Raddatz fein raus. Nicht ganz fein, denn daß sich niemand des von Raddatz abgelieferten Manuskriptes hilfreich angenommen haben kann, niemand, der mit Sachkompetenz ausgestattet gewesen wäre, das hat sich immerhin herumgesprochen, dafür zeugen all die Sätze, die keinen Sinn geben, zeugt so mancherlei, das den Beweis in sich selbst trägt, daß Raddatz gar nicht gewußt haben kann, wovon er da gesprochen hat- aber, noch einmal, hat Harich nicht doch übertrieben?

Ich nehme einen, nicht ganz beliebigen, Abschnitt von 17 Zeilen (Seite 143/4). Da steht, die Deutsche Nationalversammlung habe „nahezu 600" Abgeordnete gehabt. Wenn ich mich nicht täusche, waren's 655. Da steht, der Erzherzog Johann sei am 27. Juni zum Reichsverweser gewählt worden. Es war am 29. Juni. Da steht, von Friedrich Wilhelm IV. stamme das Wort „gegen Demokraten helfen nur Soldaten". Es stammt aus Wilhelm von Merckels Gedicht „Die fünfte Zunft". Da steht, derselbe König habe die Krone „aus Dreck und Ketten" abgelehnt. Was der König ablehnte, war ein Reif „aus Dreck und Letten".

Mit Marx und seinem Denken hat das freilich genausowenig zu tun wie diese angeblich „politische" Biographie überhaupt, aber es hat etwas mit der Arbeitsweise von Raddatz und einem grundsätzlichen Mangel seines Buches zu tun, den Harich und andere längst hervorgehoben haben: der Blick auf die Unterhosen ist Raddatz, der für ein großes, unaufgeklärtes Publikum schreiben wollte, wichtiger gewesen als der Blick auf Politik und Gesellschaft. In dem Maße, in dem Raddatz undeutlich geblieben ist, auf was Marxens Denken reagierte, ist ihm auch dieses Denken selbst unklar geblieben. Daran kann kein Stuttgarter Urteil etwas ändern. Man kann ohnehin fehlbare Gerichte durch geschickt gestellte Anträge irreführen, man kann auch die Öffentlichkeit irreführen, aber man sollte es nicht zu weit treiben, denn, wie das Sprichwort sagt: Das Recht ist eine große Glocke, wenn nur der Schwengel nicht so leicht herunterfiele.

-

Konkret 10/75, S. 50

Freimut Duve

Wyhl - die Stunde der Exekutive?

KONKRET-Essay

Die sogenannte Energiekrise hat nicht nur zu tiefen Schockwirkungen auf die Weltwirtschaftsordnung -und auf die konjunkturelle Situation geführt, sie hat auch tiefgreifende Veränderungen im Verhältnis zwischen Bürger und demokratisch organisiertem Staat ausgelöst. Wir haben diese Veränderungen bisher kaum registriert, sie scheinen aber schon heute ihrer Tendenz nach geeignet, die in Krisenzeiten ohnehin gefährdete Demokratie auszuhöhlen.

1. Die Funktion der allgemeinen Daseinsvorsorge wird inzwischen nicht nur durch staatliche Instanzen beansprucht, sondern auch durch private Firmen. Die großen Energiekonzerne rechtfertigen die steigenden Energiepreise in Anzeigenserien mit der Verantwortung, auch künftig für alle Bürger genügend Energie bereitzustellen. Das Aufspüren neuer Energiequellen kostet ungeheure Summen, und die eben müßten schon heute über die Energiepreise aufgebracht werden. Eine Art globaler Vorausbesteuerung für Daseinssicherung, der sich der Bürger kaum entziehen kann. Zukunftsinvestitionen der Energiegiganten werden durch diese neue Besteuerung finanziert. Der Monopol-Markt gibt es her - es findet faktische Umverteilung auch in der privaten Haushaltsführung statt. Die natürliche Reaktion der Verbraucher, sich bei höheren Preisen etwas einzuschränken, wird sofort mit weiteren Erhöhungen bestraft. Denn die Zukunftsinvestitionen „müssen" ja durchgeführt werden. Diese Zukunftsinvestitionen - Tanker, Pipelines in Alaska, Bohrungen in der Nordsee - gehen von bestimmten Bedarfs- und damit Verbrauchserwartungen aus, die aus der Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre extrapoliert werden. Nicht mehr der Staat allein, sondern die Energiekonzerne haben also die Rolle der langfristigen Daseinssicherung für den Bürger übernommen, zugleich treiben sie die dafür nötigen Steuern über sich stetig erhöhende Preise direkt ein.

2. Der Staat - die Kommunen vor allem - ahmen dieses Verhalten präzis nach. Auch sie bestrafen den Bürger im Bereich der Wasser- und Energiepreise durch höhere Gebühren für die vernünftige Reaktion eines geringeren Verbrauchs. Kommunale Gebührenpolitik wird zunehmend die Bestrafung der Bürger für vernünftiges, d. h. sparsames Verhalten. Wenn, wie in den meisten Städten der Bundesrepublik in den vergangenen zwei Jahren, die Bürger weniger Strom verbrauchen, dann fehlen den E-Werken Einnahmen, die sie für ihre projektierten Investitionen - vor allem für die Atomkraftwerke - brauchen, und sie erhöhen die Gebühren. Irgendwann ist der Bürger gezwungen, mit dem Minderverbrauch aufzuhören. Auch hier also eine Zwangssituation neuer Art. Die beantragten Gebührenerhöhungen finden schon bald nicht mehr im Jahres-, sondern im Halbjahresrhythmus statt. Immer rascher dreht sich die Gebührenschraube, und manche Bürger setzen sich zur Wehr. Da die Gebührenerhöhungen ordnungsgemäß durch die demokratischen Instanzen gelaufen sind - wer wird sich der Logik der notwendigen Daseinssicherung verschließen-, da die Presse dazu Stellung genommen hat, ist jede Demonstration gegen die Erhöhung von vornherein verdächtig. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen um Fahrpreiserhöhungen zeigen hier das künftige Konfliktfeld. Die Polizei muß sich- oft gegen den Willen des ebenfalls betroffenen Polizisten - bereitmachen, die Gebührenerhöhungen mit dem Knüppel durchzusetzen. Die Politiker sehen in den Demonstranten *politische Dissidenten* - die sich aus dem logischen Konsensus sachorientierter Zukunftsplanung heraushalten. Der Kriminalisierungskreislauf beginnt: Der Demokrat wird zum technologischen Dissidenten.

3. Bürgerinitiativen treten am Ort der Investition selbst auf. Sie wehren sich gegen Kernkraftwerke. Sie weisen Gefahren nach, sie protestieren gegen den Widersinn des prognostizierten und erzwungenen Verbrauchszuwachses bei knapper werdenden Ressourcen. Sie bezweifeln die von Experten vorgelegten und wiederum von staatlichen Instanzen übernommenen Atompreisprognosen. Sie widersetzen sich dem anerkannten Fachmann und stützen sich auf den nicht anerkannten Fachmann. Auch sie werden kriminalisiert. Im Falle Wyhl gehörte der politische Chef des Landes auch noch dem Aufsichtsrat der Elektrizitätswerke an. Die Logik der Planung war also zwischen politischer Intention und wirtschaftlicher „Notwendigkeit" so kurzgeschlossen, daß für demokratisch erwirkte Alternativpositionen kein Fingerbreit mehr blieb.

„Deshalb hat die Aktivierung der Basis vielfach zur Folge, daß im oberen Bereich opportune Entscheidungen getroffen werden und nicht Entscheidungen, die *von der Sache her geboten* sind." So verwahrte sich im Sommer 1975 der Bürgermeister Hamburgs gegen eine allzu unreflektierte Demokratisierung - d. h. Beteiligung der Basis. Was aber heißt von der Sache her geboten bei zentralen Entscheidungen unseres Gemeinwesens, bei der Energiepolitik? Schließlich ist Energiepolitik in kürzester Frist von einem unbekannten Apolitikum zum Politikum ersten Ranges geworden. Was ist die richtige energiepolitische Entscheidung, welche ist von der Sache her geboten?

Das Bündel der großen administrativen Fehlentscheidungen der 60er Jahre - Aufblähung der öffentlichen Haushalte, Prestigeprojekte, Reichtumsprotz der Kommunen mit heute unerträglichen Folgekosten, die Fehlinvestitionen in Stadtautobahnen (die oft dann nicht zu Ende gebaut wurden), der aberwitzige Autobahnbesatz des Köln-Bonner Raumes, die Belastung der Haushalte durch die Regelbeförderungen im öffentlichen Dienst, die schildbürgerwürdige Ober-Überkapazität der angeblich personaleinsparenden Computer im öffentlichen Sektor - all das ist nicht von Basisdruck, von Bürgerinitiativen, sondern von Beamten und Politikern entschieden worden, weil sie es „von der Sache her für geboten" hielten. Von verschwendeten Millionen für Großforschungsbereiche, wie EDV u. ä., von dem MRCA-Flugzeug ganz zu schweigen. Bürger haben Grund, den von der „Sache gebotenen Entscheidungen" ihrer Politiker zu mißtrauen. Zumal sie mehr und mehr erkennen, daß gar nicht mehr die Politiker jene Entscheidungen treffen, sondern daß diese häufig zu Public-Relations-Referenten degradiert worden sind für die Entscheidungen, die andere getroffen haben, die als „Sachverständige" wissen, was *von der Sache her geboten* ist.

Bei den Aktionen der Bürgerinitiative gegen geplante Atomkraftwerke steht die Frage des „richtigen Sachverstandes" an oberster Stelle. Geht sie doch weit über den Bereich des Nuklearen hinaus: Energiepolitik ist zu einem Prüfstein für Demokratie geworden, in seiner zentralen Bedeutung etwa vergleichbar mit dem historischen Sachverstand des Generalstabs, der dem Regierungschef die „sachnotwendigen" Informationen zusammentrug, um ihn zur Kriegserklärung zu veranlassen oder um ihn davon abzuhalten. Allerdings sind die historisch einigermaßen erforschten Entscheidungen von Politikern über Krieg und Frieden nicht in Demokratien, sondern zumeist in Feudalstaaten, Diktaturen, Monarchien usw. getroffen worden. Der längste Krieg, an dem je ein Staat mit demokratischer Verfassung beteiligt war, der Vietnamkrieg, fand übrigens völlig ohne Kriegserklärung, die eine Beteiligung demokratischer Kontrollinstanzen erfordert hätte, statt.

Ist also Energiepolitik des Staates, betrieben als langfristige Daseinssicherung, vereinbar mit den Grundregeln eines demokratischen Gemeinwesens? Genauer, sind die Institutionen der parlamentarischen Demokratie geeignet, das Konfliktbündel um die Energiepolitik zu lösen? Wo sind die demokratischen Interessen beteiligt, wenn es für richtige oder falsche Energiepolitik verschiedene Alternativen gibt, wenn also die pluralistische Idee unserer Verfassung auch in der Energiepolitik zum Tragen kommen soll?

Aus der vielgelobten Bürgerinitiative, die Anfang der 70er Jahre als - von der Studentenrevolte gewiß mitbeeinflußte -neue Form demokratischer Meinungs- und Willensäußerung begrüßt worden war, ist inzwischen eine organisierte Bürgerbewegung geworden.

Die Ölkrise des Winters 1973/74 hat das Atomenergieprogramm der Bundesregierung unter dem plötzlich aufbrechenden Endzeitbewußtsein der Politiker zu einer Art Notstandspolitik werden lassen, in der der sachorientierte Konsensus der politischen Kräfte vorausgesetzt wurde. Jedenfalls hat weder eine im Bundestag oder in einem der Landtage vertretene politische Partei, noch irgendeine der großen meinungsbildenden Zeitungen eine ernsthafte Kampagne gegen die Gefährlichkeit der Atomkraftwerke geführt. Dasitzen wieder einmal alle Demokraten in einem Boot.

Atomkraftwerke werden gebaut werden. Eine „Denkpause", wie sie die Energiekommission unter Vorsitz von Sicco Mansholt für die Niederlande vorgeschlagen hat, wird es in der Bundesrepublik nicht geben. Das Programm der Bundesregierung wird zügig vorangetrieben. Alle Bedenken werden - demokratisch - zur Kenntnis genommen, für alternative Politik jedoch scheint es keinen Raum zu geben.

Stets stand Politik in der demokratischen, pluralistischen Verfassung des Westens unter dem Druck des „Sachzwanges"; jener Form der Freiheit, die Einsicht in die von Experten geforderte Notwendigkeit, als höchstes Stadium von Politikerunabhängigkeit, zum Prinzip erhoben hat. Stets mußte sich die Forderung nach alternativen Entscheidungen an der ehernen computerhaften Sicherheit der Experten brechen, die einfach Bescheid wissen und später keine Verantwortung übernehmen.

Die Folgen falscher Expertenentscheidungen tragen nie die Experten selbst, sondern stets die betroffenen Bürger. Und auch die Politiker können schlechterdings für die technisch komplexen Entscheidungen, für die sie verantwortlich „zeichnen", verantwortlich gemacht werden. Wurden sie nicht von den besten Wissenschaftlern beraten?

Kann in der Demokratie der neutrale Fortschrittsbegriff aufrechterhalten werden? Kann dem Sachexperten die lebensbestimmende Entscheidung überlassen bleiben? Anfang der 60er Jahre stand die Neutralität des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts außer Frage. Die Wiederherstellung der Fortschrittlichkeit unserer Republik war eines der

großen Themen, mit denen die Sozialdemokraten gegen die Christdemokraten zu Felde zogen. Inhaltlich bestimmte der Experte den Fortschritt. Seine Funktion im Wachstumskonsensus droht heute die Demokratie auszuhöhlen. Mitte der 70er Jahre muß die Entmachtung des neutralen Experten, muß die Verstärkung der demokratischen Beteiligung auf dem Programm stehen. Schon in wenigen Jahren wird sich das Bonner Atomprogramm in seiner jetzigen Ausgestaltung und unverantwortlichen Hast möglicherweise als gewaltige Fehlplanung erweisen. Davon betroffen werden nur die schon heute Betroffenen sein, verantwortlich die Computer, die falschen Bedarf und falsche Kosten-Nutzen-Rechnungen aufgestellt haben.

War Wyhl der Anfang oder das Ende einer engagierten Bürgerbewegung gegen die technokratischen Entscheidungen von Politikern? Ist es eine Chance für die Demokratie oder eine Bedrohung für die staatliche Autorität?

Wer heute glaubt, nun sei allüberall die Stunde der Exekutive gekommen, wer gegen die engagierten Bürger mit der entpolitisierten Mehrheit regieren will, betreibt nicht die Wiederherstellung von Politik, sondern deren endgültige Aufgabe zugunsten der Administration technischer Zwänge. Wer den Demokraten zum Dissidenten stempelt, macht sich zum Objekt von Interessenlagen, die weder die der Bürger noch die der Demokratie sein können. Der trotzige, oft pittoreske Protest aus dem oberen Rheintal ist ein Signal für eine - positive oder negative - Qualitätsveränderung unserer Republik.

Konkret 10/75, S. 52

Ralf Thenior

Mit Rotwein-Flasche und Rimbaud in der Tasche

Bob Dylans Aufnahmen von 1966 kommen erst jetzt auf den Markt - ein Lyriker darf entdeckt werden

Da sind sie nun endlich, die legendären Basement Tapes, die privaten Aufnahmen, die Bob Dylan nach seinem Motorradunfall im Jahre 1966 im Keller des Landhauses Big Pink mit den Musikern der Band zusammenspielte. Vierundzwanzig bisher unveröffentlichte Songs finden sich auf diesem Doppelalbum und geben Auskunft über Dylans musikalische Aktivitäten zwischen den LPs „Blonde Ort Blonde" und „lohn Wesley Harding".

Zu ihrem geheimnisvollen Ruhm gelangten diese Nummern unter anderem dadurch, daß eine Reihe von bekannten Musikern mit Interpretationen dieser Songs in den Hitlisten auftauchten. Julie Driscoll und Brian Auger landeten 1968 einen Erfolg mit „This Wheel's On Fire", Blond, Sweat & Tears nahmen 1972 „Down In The Flood" (hier „Crash On The Levee") auf, Fairport Convention brachte ,.Million Dollar Bash", und es gibt unzählige andere Versionen der Basement-Tape-Titel von bekannten und unbekannten Gruppen.

Warum Dylan gerade jetzt seine Zustimmung gegeben hat, diese Bänder zu veröffentlichen, eine Frage, an der sich manische Dylan-Biografen noch einige Zeit den Kopf zerbrechen werden. Dylan-Fans werden eher Vergnügen daran finden, sich z. B. „This Wheel's On Fire" im Original anzuhören, das mindestens genauso gut ist wie die besten verfügbaren Interpretationen.

Eins läßt sich über alle Songs dieses Doppelalbums sagen: Sie haben eine Atmosphäre, die bei normalen Studioaufnahmen nur ganz selten erreicht wird. Art ihnen läßt sich ablesen, daß Dylan gleichzeitig mit „Blonde Ort Blonde", dem Höhepunkt seiner Drogenphase, mit den Drogen Schluß gemacht hatte. Während der Einspielungen der Basement Tapes sind die Jungs, Dylan und Robbie Robertson, Rick Danko, Garth Hudson, Levon Helm und Richard Manuel von der Band, jedenfalls kräftig beim Abtörnen mit Flasche.

Und das ist nicht nur an der lockeren, leicht gröhligen Stimmung und den mindestens acht in das Album aufgenommenen Saufliedern abzulesen, sondern auch an der Art, wie sie gebracht werden; Dylan singt mit Fahne -- was den Songs noch einen zusätzlichen Kick verpaßt. In der dritten Strophe von „Lo And Behold" stößt Dylan die Zeilen hervor, als könne er sich kaum noch auf den Füßen halten, und in „Please, Mrs. Henry" wird gleich Klartext gesprochen; da heißt es in der dritten Strophe: „Now, don't crowd me, lady / Or I'll fill up your shoe / I'm a sweet Bourbon daddy / An' tonight I am blue" (etwa: Komm, faß mich nich' an hier, Frau / sonst mach' ich dir die Schuhe voll / ich bin ein süßer Bourbon Daddy / und heut' nacht bin ich blau).

Dylan hat in seiner Liedproduktion neben impressionistisch-realistischen Texten immer auch eine Vorliebe für die absurde Situation, für den surrealistischen Effekt, für den Nonsense-Vers gehabt. Besonders gelungenes Beispiel dafür etwa ist der Song „Leopardskin Pill-box Hat" aus dem „Blonde-On-Blonde"-Album, in dem Dylan den brandneuen Leopardenfellpillenschachtelhut auf dem Kopf seiner Trägerin balancieren läßt wie eine Matratze auf einer Weinflasche.

In einer ganzen Reihe von Titeln dieser Doppel-LP läßt Dylan seinem Witz und seinem Spieltrieb auf ähnliche Weise freien Lauf. Leider lassen sich die meisten dieser Lieder nicht einmal annähernd aus dem Handgelenk übersetzen, da ein wesentlicher Teil ihres Reizes im unvorhergesehenen Reim liegt, durch den der Inhalt erst zu einem zusammenhängenden Ganzen wird. In „Yeah, heavy and a bottle of bread" reimt Dylan zum Beispiel ‚bus` auf ‚pus` (Bus/Eiter) und kriegt die Geschichte dadurch erst auf die Reihe. „Well, the comic book and me, just us, we caught the bus. / The poor little chauffeur, though, she was back in bed / On the very next day, with a nose full of pus . . ." (Also ich und das Comicbuch, wir zwei, wir kriegten noch den Bus / Der arme kleine Chauffeur, aber, sie lag wieder i m Bett / am nämlichen nächsten Tag, mit 'ner Nase voller Eiter).

Aber es finden sich nicht nur Nonsense-Lyrik und Sauflieder in dem Album. In der „Clothes Line Saga" berichtet Dylan mit dem ihm typischen understatement von ganz alltäglichen Ereignissen. Er schrumpft die bombastischen amerikanischen Familiensagas auf Wäscheleinenforrnat zusammen: „Nach einer Weile nahmen wir die Kleidung wieder rein, / niemand sagte besonders viel. / Nur ein paar alte, abgetragene Hemden und ein paar Hosen, / die eigentlich keiner gern anfassen mochte. / Mutter kam rein und nahm ein Buch auf / und Papa fragte, was es war. / Jemand sagte, was geht's denn dich an? / Papa sagte, na einfach darum. / Dann begannen sie die Kleidung wieder zurückzubringen / und auf die Leine zu hängen. / Es war der dreißigste Januar / und alle fühlten sich wohl." In der zweiten Strophe kommt der Nachbar vorbei, Mutter sagt natürlich hi, und der Nachbar sagt, haben Sie schon gehört der Vizepräsident ist verrückt geworden, und Mutter fragt, wo?, und der Nachbar sagt, unten in der Stadt, und Mutter fragt, wann?, und der Nachbar sagt, heute nacht, und Mutter sagt, hmm, das ist ja sehr unangenehm, und der Nachbar sagt, wir können da sowieso nichts dran ändern, das muß man halt schnell vergessen, und Mutter sagt, ja, das denke ich auch, und in der dritten Strophe fängt der Nachbar ein Techtelmechtel

mit der Tochter an, die beim Wäscheabnehmen ist, und Vater schreit, Mutter möchte, daß Du sofort reinkommst, und die Tochter geht rein und macht die Tür hinter sich zu.

Daß Dylan ein ernstzunehmender Lyriker ist, läßt sich nicht nur an den Texten der Basement Tapes ablesen, sondern auch an seiner vorletzten LP mit neuesten Liedern, an dem Album „Blond Ort The Tracks". Der Dylan von „Blond Ort The Tracks" ist gelassen, bevorzugt schlichte Texte und läßt erkennen, daß er ein qualitativ neues Verhältnis zu seiner Umwelt gefunden hat. Die größere Gelassenheit, die Dylan in seinen neuesten Texten zeigt, kündigt sich schon in dem vorhergehenden Album „Planet Waves" an, auf dem man erstaunlich neue Töne in der Darstellung zwischenmenschlicher Beziehungen hören konnte. Wie auf „Planet Waves" gibt es auch auf „Blond Ort The Tracks" zwar noch melancholische Liebeslieder, aber sie haben die verletzende Schärfe verloren, die so vielen seiner vorhergehenden lovesongs eine neurotische Färbung gab.

Auch Dylans Ausfälle gegen die Presse haben auf dieser Platte mit „Idiot Wind" einen anderen Charakter bekommen. Daß sein Verhältnis zu den Medien streckenweise als paranoid bezeichnet wurde, verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß eifrige Dylan-Biografen sogar seiner Frau auflauerten, wenn sie mit der Mülltüte runterkam.

Er macht sich lustig über die Geschichten, die man ihm anzuhängen versuchte: „They say I shot a man named Grave / and took his wife to Italy . . ." (Sie sagen, daß ich einen Mann namens Grab erschoß / und mit seiner Frau nach Italien bin . . .). Das ist alles nichts als: „Idiot wind, blowing every time you move your teeth / idiot

wind, it's a wonder that you still know how to breathe" (Idiotenwind, der losbläst, wenn du nur die Zähne bewegst / Idiotenwind, ein Wunder, daß du überhaupt noch atmen kannst). „Idiot Wind", das ist die ansteckende, korrumpierende Ideologie, die permanent durch die Köpfe geblasen wird und sich aus den Mündern fortpflanzt. „Idiot wind blowing through the Buttons of your coat / blowing through the letters that you wrote / Idiot wind blowing through the dust upon your shelves / we are idiots, habe, it's a wonder we can even feed ourselves" (Idiotenwind bläst durch unsere Mäntelknöpfe / bläst durch die Briefe, die wir schrieben / Idiotenwind bläst durch den Staub auf unseren Regalen / wir sind Idioten, Baby, ein Wunder, daß wir uns selbst ernähren können).

Die Lyrik ist im angelsächsischen Spachraum beneidenswert rege. Da die Schallplatte für die subkulturelle Bewegung eine weitaus größere Bedeutung hat als das Buch, kommt ihr, so paradox es zunächst erscheinen mag, wohl ein erheblicher Anteil an dieser Blüte zu. In weit stärkerem Maße noch als die be-bop-Phrasierungen der Jazzmusiker Einfluß auf die Lyrik der fünfziger Jahre nahmen, beeinflußten die Texte der Popmusik die Lyrik der sechziger Jahre. Mit zunehmendem politischen Bewußtsein erhielten die Texte der Popmusik eine konkrete Funktion: Reflexionen zu bewirken über die Fremdbestimmung durch ein inhumanes Gesellschaftssystem und über den Sprachzerfall, der zurückgeht auf die von Tag zu Tag inhaltsleerer werdenden Terminologien von Politik, Werbung und Massenmedien. Das poetische Sprechen wurde zu einer lebensnotwendigen Reaktion.

An diesen beiden Alben zeigt sich erneut, daß Dylan ein Lyriker ist, der einen entscheidenden Beitrag zur amerikanischen Dichtung der sechziger und siebziger Jahre geleistet hat.

Bob Dylan; „The Basement Tapes" CBS 88147 und “Blond On The Tracks" CBS 69097.